

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 50 Pfg. Postzeitung- und 72 Pfg. Postbeleggebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderzeitung“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönholz 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkonto: Berlin 37 506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65 D. S. u. D. K. - G. S. Depositionskasse Lindenstr. 3.

Freitag
14. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konfession der 80 Blätter, welche die 3- und 4-Blätter „Kleine Anzeigen“ des „Vorwärts“ (Wort 25 Blätter) (jeweils zwei festschriftliche Blätter), jedes weitere Wort 12 Blätter, (Einschlagung des ersten Wort 15 Blätter, jedes weitere Wort 10 Blätter, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Blätter, Familienanzeigen Seite 40 Blätter, Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Neue Verhandlungen. Die Deutsche Volkspartei wieder beteiligt.

Da nach der Annahme der Young-Gesetze die Erledigung der Finanzfragen in den Vordergrund tritt und für die Beratung der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegenden Gesetzentwürfe nur kurze Zeit zur Verfügung stehen wird, sind am Donnerstag die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien wieder aufgenommen worden. Für die Deutsche Volkspartei, die sich jetzt wieder an den Verhandlungen beteiligt, war der Abg. Dr. Cremer erschienen. In der Besprechung wurden nochmals die Vorschläge erörtert, die die Weimarer Parteien in den letzten Tagen der Regierung gemacht haben. Wegen der Umwandlung der Biersteuer in eine Verbrauchssteuer wurden vom Abg. Dr. Cremer verfassungsrechtliche und sachliche Bedenken geäußert. Er äußerte ferner Bedenken gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Besteuerung der Einfuhr. Die Verhandlungen sollen am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

und daß der Parteivorstand Schaffer und der Fraktionsführer Reichert ihre heftigen Gegner gewesen sind. Die Haltung Dr. Helldorf wird auf den Einfluß seiner deutschnationalen Regierungsfreunde zurückgeführt, die offen mit einer Regierungskrise gedroht hätten für den Fall, daß sich die Bayerische Volkspartei im Reichstag positiv zum Young-Plan stellen würde. Dr. Helldorf fürchtet aber nichts so sehr, als die Krise mit den Deutschnationalen; er weiß, daß sie seinen Sturz als Ministerpräsident unmittelbar im Gefolge hätte.

Nach der Rückkehr Helldorfs und Schaffers aus Berlin wurde sofort eine Sitzung der Landtagsfraktion zusammenberufen, in der über die Vorgänge in Berlin Bericht erstattet wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, dagegen wurde mit großem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die „Gesundheit“ des Prälaten Reichert durch den Ablauf der letzten Ereignisse in Berlin stark erschüttert sei. Die offizielle „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ bezieht sich, die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu verteidigen. Dementsprechend stellt sie auch jede Krise innerhalb der Partei und jeden Gegensatz zwischen Helldorf und Reichert entschieden in Abrede. Es herrsche im Gegenteil volle Einmütigkeit, und Reichert, als der bewährte Führer, besitze das uneingeschränkte Vertrauen der Gesamtpartei. Diese Einigkeit und das Vertrauen zu Reichert werden aber ganz offensichtlich nur deswegen so sehr in den Vordergrund gestellt, weil die Bayerische Volkspartei beides braucht, um bei der Finanzreform doch noch einige Dutzend Millionen herauszuschlagen, damit der Staat Bayern das Bankrotstadium endlich überwindet und sich selbst für fünf bis sechs Millionen fälliger Haushaltsplan endlich aufgestellt werden kann. Sein Finanzminister hat nur noch Kassenbestände für wenige Wochen und außerdem drückende kurzfristige Schulden von 120 Millionen Mark.

Das bayerische Heidenstück. Peinliche Ueberrasschung in München.

München, 13. März. (Eigenbericht.)

Das Nein der Mehrheit der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstag zum Young-Plan hat in den führenden Kreisen dieser Partei in München große Ueberrasschung hervorgerufen. Das Erstaunen wuchs nach, als bekannt wurde, daß der Ministerpräsident Dr. Helldorf allein der Urheber dieser Haltung war

Abschied von Hindenburg. Undeutsche Unverschämtheiten mit Trauerrand.

Die Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg, die wir gestern noch in dem größten Teil unserer Abendausgabe veröffentlichen konnten, predigt in der Sprache, die die rechtsstehenden Kreise des Volkes verstehen und zu hören gewohnt sind, einen gesunden politischen Gedanken. Die Fortführung des Kampfes um den Young-Plan nach seiner endgültigen Annahme kann außenpolitisch keine Wirkung mehr üben, sie kann jetzt höchstens aus innerpolitischen Gründen unternommen werden. Mit anderen Worten heiße das, eine erledigte außenpolitische Frage zu Zwecken innerer Berührung und Zerfetzung mißbrauchen. Das ist es, wovor der Reichspräsident warnt.

In die Reihen der nationalistischen Heher hat die Unterzeichnung der Young-Gesetze durch den Reichspräsidenten und die Begründung dieses Aktes wie eine schwere Mine eingeschlagen. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ ist gestern mit Trauerrand erschienen und einem Leitartikel „Abschied“. Der mit diesem Abschied verabschiedet wird, ist kein anderer als der Reichspräsident von Hindenburg. Ihm wird jetzt folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Nach dem, was der Reichspräsident jetzt über sich gebracht hat zu tun, wird er sich nicht wundern, daß, wie er sich von demjenigen geschieden hat, deren Vertrauen ihn vor fast fünf Jahren zu seinem hohen Amte berief, nun diese von ihm scheiden, da er

wordene Feldmarschall verlagert hat. Es genügt die Feststellung — die geschichtlich nicht zu widerlegende Feststellung —

daß dieses Reichsoberhaupt im großen und im einzelnen verlagert hat, daß seine Präsidentschaft ein einziges, sich immer mehr verschlimmerndes Martyrium für seine alten Getreuen und Verehrer wurde.

Der zweite Reichspräsident der Republik kann sich — wenn er überhaupt eines Trostes bedarf — damit trösten, daß nicht nur seinem unmittelbaren Vorgänger, sondern auch den ehemaligen kaiserlichen Regierungen und dem Kaiser selbst von den Aposteln des nationalistischen Irrsinns noch ganz anders mitgespielt worden ist. Hatte sie doch dem armen Bethmann während des Krieges nachgesagt, daß er auf seinen Englands stehe! Vor dem Krieg, während der Marokkofriege, mußte ein alldeutscher Redakteur schleunigst verschwinden, weil er sonst einem Prozeß wegen Majestätsbeleidigung nicht hätte entgehen können. Ohne das Treiben dieser Leute wäre Deutschland niemals in den Krieg hineingeschlittert, hätte der Krieg nicht so lange gedauert und wären dem deutschen Volke niemals die Lasten entstanden, über die sie jetzt heulen.

Ein Volk, das in wesentlichen Teilen dieser nationalistischen Hirnpest verfällt, schwebt in Lebensgefahr. Der Reichspräsident hat das erkannt und warnt. Dafür kriegt er jetzt den schlichten Abschied.

Prozeß um Heimwehrwaffen. Angeklagte Sozialdemokraten freigesprochen.

Wien, 13. März. (Eigenbericht.)

Im Dezember hatte die bürgerliche Presse sich darüber ereifert, daß in dem Industriort Johansdorf (Steiermark) zehn Schußwaffen und zwei Gemeindefreiwächter verhaftet werden konnten, weil sie versucht hätten, Waffen der Heimwehr zu stehlen. Tatsächlich erhob die Staatsanwaltschaft auch gegen diese 12 Leute Anklage wegen Diebstahls. Das Schöffengericht Voeben sprach nun am Donnerstag alle Angeklagten mit der Begründung frei, daß auf Aussagen des Spießers der Gendarmenriege, auf dessen Angaben hin die 12 verhaftet wurden, ein Schuldspruch nicht aufgebaut werden könne. Es sei den Angeklagten also kein Diebstahl nachgewiesen, wohl aber sei ihre Verantwortung nicht widerlegt, daß sie eine Schließung der Heimwehr mit Waffen verhindern und die Gendarmenriege verständigen wollten.

Zweitkampf Moskau — Rom. Bucharins gefährliche Vergleiche.

Von Peter Garwy.

Am 19. März findet der „Weltfühnetag“ statt, den der Papst in seinem Protestbrief gegen die Religionsverfolgungen in Sowjetrußland angeordnet hat: „Wir werden das heilige Herz um Verzeihung und Barmherzigkeit für die Opfer und auch für ihre Henker bitten.“

Dieser Gebetskreuzzug, wie ihn der Papst selbst nennt, ruft im Kreml einen Entrüstungssturm ohne Gleichen hervor, der beweist, daß der Papstbrief den wunden Punkt der Sowjetpolitik getroffen hat. Die Bolschewisten rüsten sich gleichfalls zum „Kulturkampf“ im internationalen Maßstabe: Stalin gegen Pius XI., Moskau gegen Rom, die kommunistische Internationale gegen die katholische Weltkirche.

Der Papstbrief wurde formell an den Generalvikar in Rom, Kardinal Basilio Pompili, gerichtet. Stalins Antwort darauf ist von seinem Generalvikar, dem reumütigen und dienstfertigen Bucharin verfaßt. Sie ist soeben in der „Pravda“ vom 7. März in der Form eines feurigen Pamphlets erschienen, das den Titel: „Das Finanzkapital unter dem Papstmantel“ trägt und mit dem Ruf endet: „Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Papst und seinen Erzbischöfen!“

Bucharins Pamphlet gegen den Papst gehört zu jener Art Literatur, die von Karl Marx als „grobianische“ bezeichnet wurde. Die unaufrichtige und übertriebene Leidenschaft des Tons verrät nur das schlechte Gewissen der Bolschewisten, die die Religionsverfolgungen auf die Spitze treiben, aber sie vor der ganzen Welt glatt verneinen. Der unerträglich falsche Pathos des Bucharinschen Pamphlets wirkt gerade deshalb abtöndend.

Um was handelt es sich in diesem seltsamen Zweitkampf zwischen Rom und Moskau? Die steigende Welle des Glaubensirrors in Sowjetrußland veranlaßte den Papst, die Initiative der Protestbewegung in der ganzen Welt an sich zu reißen und sich an die Spitze des moralischen Kreuzzuges zu stellen. Man kann mit Paul Schaeffer, dem früheren Moskauer Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“, die letzten Gründe der päpstlichen Initiative in der römischen Kirchenpolitik suchen, die auf die Vereinigung mit der, um mit dem Papst zu sprechen, „unglücklicherweise von der katholischen Einheit getrennten“ russischen Kirche hinzielt. Man kann, wie es die Kommunisten machen, den päpstlichen „Gebetskreuzzug“ mit der finanzkapitalistischen Politik der „Umkreisung Sowjetrußlands“ in Verbindung bringen. Man kann schließlich dem heiligen Stuhl überhaupt das Recht abprechen, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen. Aber man kann und darf nicht versuchen, die päpstliche Protestoffensive gegen die Religionsverfolgungen mit Argumenten zu entkräften, die das Wesen des Streitens einstellen und an Heuchelei alles überbieten, was sogar die klerikalen Pharisäer selbst auf diesem Gebiete bisher geleistet haben.

Und in der Tat: Gegen die Gegenwart der Glaubensverfolgungen in Sowjetrußland wird im Bucharinschen Pamphlet die grausame Geschichte der Inquisition ins Feld geführt. Wegen der blutigen Verbrechen vieler Päpste im Mittelalter soll jetzt dem Papst Pius XI. das Recht abgesprochen werden, sich gegen die Gräueltat des Gewissensterrors im heutigen Rußland zu wenden. Die Beschlüsse der Kirchenkonzilien vom XI. bis XV. Jahrhundert, die Ausprüche des Thomas von Aquino, die grausamen Kezergesetze Ludwigs des Heiligen und Friedrichs II., die Scheiterhaufen der „heiligsten Inquisition“, die Giftmorde und Sittenverderben von Cesare Borgia, — alles wird ins Feld gezogen, um den moralischen Protest des Papstes Pius XI. gegen den bolschewistischen Gewissensterror zu entkräften!

Was sollen aber diese geschichtlichen Exkursionen Bucharins im Mittelalter beweisen? Sind denn die mittelalterlichen Gräueltat des Katholizismus eine Entschuldigung für den Glaubensterror des Bolschewismus im XX. Jahrhundert? Diese seltsame Beweisführung Bucharins führt unerwartet zum entgegengesetzten Resultat. Die haarsträubenden Schilderungen des katholischen Mittelalters bringen vielmehr die Gräueltat des russischen Bolschewismus in Erinnerung, der sich anmaßte, den lichtstrahlenden Zukunftsstaat auf der Erde zu errichten, in der Tat aber das finstere Mittelalter in Rußland wieder hergestell hat.

Die heilige Inquisition, die übrigens der ferneren Vergangenheit angehört, hat wirklich ein verfeinertes System der moralischen und physischen Folterungen ausgearbeitet. Sieht aber Bucharin nicht, daß auch die neueste „rote“ Inquisition ein „verfeinertes System der moralischen und physischen Folterungen“ ausgearbeitet hat: Bucharin hat recht: Die katholische Kirche hat im Mittelalter das Pfaster der Städte Westeuropas mit dem Blut der Kezer durchtränkt. Was wird aber dadurch geändert, daß heute das Blut der Gegner des

zum Volkstreue marxistische Erfüllungspolitik

geworden ist. Wie dieses selbstmörderische Verhalten eines verblendeten Teils unseres Volkes in der Geschichte ohne Beispiel da steht, so auch das Verhalten des Reichspräsidenten. . . Dem Sieger von Tannenberg wurde es von der Masse der nationalen Deutschen in überschwänglichem Maße entgegengebracht, und durch diese Kreise ging ein Ruf aus, ja jubelnde Hoffnung, als Feldmarschall v. Hindenburg sich bereit erklärte, im zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentschaft als Bewerber aufzutreten. Die Bedenken dieser wurden überhört, die durch die Erfahrungen in allen Fällen, wo der Feldmarschall politisch handeln mußten, erkannt haben, daß dem großen Soldaten und Kriegsmeister

das Geschenk des Staatsmännischen Genius nicht in die Wiege gelegt

worden war, daß er in diesen Fällen Klarheit des Urteils, Ratschheit und Eindeutigkeit der Entschlüsse hatte fehlen lassen.

Wir wollen in dieser bitter schweren Stunde nicht aufhören, wie in eigentlich allen Einzelheiten der zum Reichspräsidenten ge-

Bolschewismus in den Kellern der Tscheka und nicht — wie in dem neuen Mittelalter — auf den Marktplätzen fliebt?

Bucharin verneint das moralische Recht des Papstes, „die Kultur und Zivilisation zu verteidigen“, da seine Vorgänger einst Giordano Bruno verbrannt und Galilei eingesperrt hätten. Wie sieht es aber mit der Forschungs- und Lehrfreiheit in Sowjetrußland? Sind denn nicht Wissenschaft und Philosophie, Kunst und Literatur, Wort und Geist in Sowjetrußland einer neuen Inquisition ausgehebt? Haben denn nicht die Bolschewisten selbst den lebendigen Marxismus zu einem erstarrten Staatsdogma herabgewürdigt und zum Werkzeug der Geistesnechtung blasphemisch gemacht?

Bucharin beruft sich bei der Bekämpfung des Papstschreibens auf die von Päpsten beschützte Theorie und Praxis der Jesuiten: „Sie haben eine Organisation aufgebaut, deren Mitglieder die Forderung von eigenen Ueberzeugungen für ihre höchste Tugend und Pflicht halten.“ Bucharin zitiert dabei Bonifazius berühmte Ausführungen über „die drei Stufen der Kadaverdisziplin“ im Jesuitenorden. Welche Heuchelei! Als ob nicht Bucharin selbst vor kurzem als Regierungshaupt zum Opfer der bolschewistischen Kadaverdisziplin gefallen ist! Gerade die R.P.D.S.U. sowie die gesamte Komintern gleicht am meisten dem Jesuitenorden. Duldet die R.P.D.S.U. irgendwelche Meinungsverschiedenheiten unter den eigenen Mitgliedern? Nein. Duldet sie überhaupt „eigene Ueberzeugungen“ außerhalb ihrer Reihen? Nein!

Bucharin führt gegen den Papst den berühmten Grundsatz der Jesuiten ins Feld: „Das Ziel heiligt die Mittel.“ Er erinnert daran, daß bei den Jesuiten alles erlaubt war: „Betrug, Hinterlist, Dolsch, Gift, Treulosigkeit, raffiniertestes Lügenstern, das sich Kaskasit nennt, sadistische Folterungen beim Verhör“ usw. Ist es aber anders bei dem Bolschewistenorden? Hat denn der große Magister und Gründer dieses Ordens, Lenin, Lüge und Treulosigkeit als Grundsätze der Politik nicht heilig verkündet? Ist die jüngste Geschichte mit der erpressten Erklärung des Hauptes der russischen Kirche, des Metropoliten Sergius, daß „es in Sowjetrußland keine Religionsverfolgungen gab und gibt“ und daß der Papst „ins Lager der englischen Großgrundbesitzer und der französisch-italienischen Geldlächer geraten ist“, nicht ein Meisterstück des bolschewistischen Jesuitismus?

Bucharin macht sich lustig über das bereits im 19. Jahrhundert von Rom aufgestellte Dogma über die „Unfehlbarkeit des Papstes“. In der Zeit von Marx und Darwin klang freilich dieses Dogma einigermassen seltsam. Hat aber der Papst der bolschewistischen Weltkirche, der Pontifex Maximus der Komintern, Stalin nicht das Dogma der Unfehlbarkeit des Zentralkomitees der R.P.D.S.U., d. h. ihres Generalsekretärs aufgestellt? Werden nicht auch die kommunistischen Links- und Rechtsabweichler als Keger, als Feinde der Arbeiterklasse, als Gegenrevolutionäre gebrandmarkt und behandelt?

Nein, der Bolschewismus hat kein moralisches Recht, den päpstlichen Protest gegen den Glaubensterror in Rußland mit dem Hinweis auf die mittelalterliche Theorie und Praxis des Katholizismus einfach von der Hand zu weisen. Denn die bolschewistischen Methoden des Kulturkampfes sind an sich ein Rückfall ins Mittelalter. Wichtig ist nur, daß die Initiative der Protestbewegung gegen das neue Mittelalter im Osten eher dem internationalen Sozialismus als dem Katholizismus gehören sollte. Nur der demokratische Sozialismus ist mit einer geistesfeindlichen Vergangenheit nicht belastet. Nur der Sozialismus kann und muß gegen alle Formen und Methoden des Geistes- und Glaubensterrors folgerichtig und rücksichtslos auftreten. Nur der Sozialismus verfolgt in seinem wuchtigen Protest gegen das bolschewistische Terrorregiment keine verkappten Eigennütze.

Der sinnlose und wilde Glaubensterror in Rußland wird im Namen des Proletariats und des Sozialismus ausgeübt. Die antireligiöse Offenstöße Stalins ist nicht nur die Auswirkung der allgemeinen bolschewistischen Politik der Geistesnechtung, sondern ein Bestandteil seines Linkskurses, seiner bauernfeindlichen Hazardpolitik. Es gilt daher, den Arbeitern und insbesondere den Bauern in Rußland wie allerorts zu zeigen, daß der Sozialismus — sowie das sozialistische Freiendentum — nichts gemein hat mit dem Glaubensterror, mit den Religionsverfolgungen, mit der Verletzung der religiösen Gefühle der Massen.

Wir Sozialisten brauchen natürlich keine „Weltführertage“ zu veranstalten, um „für die Opfer und auch für die Henker zu beten“. Die kämpfende Sozialdemokratie wird freilich andere Wege und Mittel finden, um die breitesten Arbeitermassen unter ihren eigenen Fahnen zum Protest gegen das bolschewistische Terrorregiment zu mobilisieren. Sie wird vor allem ihre sozialistische Aufklärungsarbeit verstärken, um den Bolschewismus als Pseudo-Markismus und Pseudo-Sozialismus zu entlarven und ihn in der internationalen Arbeiterklasse geistig, moralisch und politisch zu isolieren.

Der Stand der Reichsfinanzen. Die Entwicklung im Januar 1930.

Nach dem jetzt veröffentlichten Bericht des Reichsfinanzministeriums betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen im Monat Januar 1155 Millionen und die Ausgaben 1023 Millionen Mark. So daß sich eine Mehreinnahme von 133 Millionen ergibt. Der Fehlbetrag aus dem laufenden Steuerjahr 1929/30 wird damit auf 62,2 Millionen vermindert. Da jedoch aus dem Vorjahr ein Fehlbetrag von 154,4 Millionen übernommen ist, ergibt sich im ordentlichen Haushalt bis Ende Januar ein Fehlbetrag von insgesamt 216,6 Millionen Mark. Im außerordentlichen Haushalt stehen den Einnahmen von 5,4 Millionen Ausgaben in Höhe von 26,3 Millionen gegenüber, so daß sich die Mehrausgabe auf 21 Millionen beläuft. Der Fehlbetrag im laufenden Rechnungsjahr beläuft sich im außerordentlichen Haushalt auf 17,6 Millionen, wozu noch ein Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 904,5 Millionen tritt, so daß sich das Defizit im Extraordinarium auf insgesamt 922,1 Millionen erhöht. Der gesamte Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt erreicht damit Ende Januar fast 1139 Millionen Mark.

Der Stand der schwebenden Schuld belief sich Ende Januar auf 1727,6 gegen 1694,1 Millionen Ende Dezember. Kurzfristige Darlehen haben sich erheblich um 75 auf 254 Millionen verringert. In den Reichsstößen waren im Januar 1734 Millionen vorhanden, von denen 1577 Millionen verausgabt wurden. Es verblieb somit ein Bestand von 157 Millionen Ende Januar gegenüber 34 Millionen Ende Dezember.

Kanonen und Spaken.

Das Republikshutzgesetz im Reichstag.

Der Reichstag erlebte gestern bei der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik Momente der stärksten Spannung, aber auch der größten Heiterkeit. Dem Kommunisten Müller gelang es, durch einen Zwischenruf Beifall und Händeklatschen aller „Sozialisten“ zu gewinnen, da er dem Minister Severing zurief: „Sie wollen mit Kanonen nach Spaken schießen.“ Mit den Spaken konnten nur die kommunistischen Rohspaken gemeint sein, die so ausgezeichnet schimpfen können.

Ein Moment stärkster Spannung aber war es, als Severing über die nationalsozialistische Zerlegung der Reichswehr einige Mitteilungen machte. Die Dinge sind womöglich noch schlimmer, als der Minister sie darstellte, und werden voraussichtlich die Öffentlichkeit noch stark beschäftigen.

Nach der Rede Severings gab es ein Stürmchen. Der Minister, der den ganzen Vormittag im Haushaltsausschuß zugebracht hatte, war bei der Rede des Deutschnationalen Evertling aus dem Saal gegangen in der Absicht, baldigt wieder zurückzukehren. Flugs beantragte die Rechte — mitten während der Rede Evertlings — die Herberufung des Ministers. Darüber Hommelsprung, turbulente Geschäftsordnungsdebatte. Ausschüsse rechts und links, bis der Minister wieder wie es seiner ursprünglichen Absicht entsprach, nach einer knappen Viertelstunde auf seinem Platz saß.

Dem Deutschnationalen Evertling folgte der Kommunist Münzenberg, der im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen, die nur Schlagworte brüllen können, zu reden versteht. Die Geschicklichkeit dieses Mannes ist unbestritten, was man von seinem Charakter keineswegs sagen kann. Immerhin verdiente er sich die Ehre einer Erwiderung durch den sozialdemokratischen Redner, Genossen Landsberg, und war es auch eine ziemlich grammatikalische Abfertigung, die er erhielt, so blieb es doch eine ehrenvolle Antwort. Die Rede sonst fast stets wegen ihrer Unbeachtlichkeit unbeantwortet bleiben.

Landsberg war nach einem kurzen Zwischenspiel, bei dem Lobe dem Nationalsozialisten Goebbels wegen seiner krankhaften Schimpfsucht das Wort entziehen mußte, zu Wort gekommen. Mit einer Pose in leichtem Klauderton beginnend, jeden Jurist schlopfertig erwidern, ging er nach und nach zu immer schwereren Rastern über, bis seine Beweisführung gegen rechts und links —

wenn man das Wort für geistige Kämpfe gebrauchen darf — geradezu vernichtend wurde. Ein Sturm des Beifalls dankte ihm.

Bei dieser Gelegenheit erwiesen sich die Kommunisten wirklich als Leute mit Spakengehirnen. Als Landsberg nachwies, daß alle Strafbestimmungen des Republikshutzgesetzes auch im russischen Strafgesetz stehen, nur daß dort Todesstrafe angedroht wird, wo es hier kleinere Gefängnisstrafen gibt — da brachten die Kommunisten es fertig, bei jedem Zitat aus der bolschewistischen Halsgerichtsordnung in johlenden Beifall auszubrechen.

Nach weiteren Reden des Zentrumsmanne Bell und des Demokraten Ehlermann gelang es der Opposition, das Haus schließlich beschlußunfähig zu machen. Eine Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes wird aber dadurch nicht eintreten. Immerhin hätten die Angehörigen der Mehrheit, die vorzeitig das Haus verlassen hatten, den Schluß abwarten können, nicht nur des politischen Zweckes wegen, sondern auch, weil die gestrige Sitzung des Reichstags, was man bekanntlich nicht von allen sagen kann, vom Anfang bis zum Ende interessant gewesen ist.

Gottbergs „Ruhred“.

Kostet nur 600 Mark.

Celzylg. 13. März. (Eigenbericht.)

Am 28. Februar 1929 veranstaltete der „Bermoli“ in Dornau eine Gefallenengedenkfeier, in deren Verlauf der Landwirt Heinrich von Gottberg auf dem Marktplatz eine Ansprache hielt. Er führte u. a. aus, er wolle die Republik nicht mit einem Haufen Ruhred, der oben schon vertrustet ist, aber unten noch brodele, vergleichen. Die republikanischen Farben hätten für ihn die Bedeutung: Gold war die Vergangenheit, rot sei die Gegenwart und schwarz die Zukunft. Wegen dieser Ansprache wurde von Gottberg vom Schöffengericht Wartenstein wegen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz zu 50 Tagen Gefängnis oder 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Am 22. Oktober 1929 wurde von der Strafkammer des Landgerichts Wartenstein die Strafe auf 30 Tage Gefängnis oder 600 Mark Geldstrafe herabgesetzt. Dagegen hatte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt, die am Donnerstag vom zweiten Strafenat des Reichsgerichts verworfen wurde.

Bismarck und die Steuergelder.

Die Hugenberger greifen ins Wespennest.

Auch in der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt, in der der Nachtragsetat des Reichsfinanzministeriums behandelt wurde, spielte wie im Plenum die Frage des Schutzes der Republik die Hauptrolle. Es sind im Nachtragsetat zu persönlich und sächlichen Kosten für Maßnahmen zum Schutze der Republik 350 000 M. nachgefordert. Von den Rednern der Deutschnationalen Schütz (Bronberg) und Schmidt (Stettin) wurde genaue Spezifikation der für den genannten Zweck bisher verausgabten Gelder verlangt und die Behauptung aufgestellt, daß von Bismarck in Preußen unter dem Kaiserreich niemals Mittel, die von der Gesamtheit der Steuerzahler ausgebracht werden mußten, zur Bekämpfung einzelner Parteien verwandt worden wären.

Reichsinnenminister Severing erwiderte, daß von den 350 000 M. für Flugblätter und Broschüren 267 000 M., der Rest für die Verbreitung dieser Schriften verwendet worden seien. Bismarck, der Heros der Deutschnationalen, dessen Staatskunst von dieser Partei stets als schlechthin ideal bezeichnet werde, habe niemals Strupel empfunden, öffentliche Mittel zu verwenden, um die schärfste Propaganda gegen alle Parteien zu entfalten, die sich ihm nicht willfährig erweisen wollten. Er behalte sich vor, bei den Viererverhandlungen interessantes Material hierfür bekanntzugeben. Bismarck habe sich nicht gekümmert, nicht nur mit den Mitteln des Weisensfonds, sondern auch mit preußischen Steuergeldern die Zentrumspartei, die Sozialdemokratie und auch die Nationalliberale Partei zu bekämpfen. Die Behauptung, daß die Regierung nichts weiter als ein Parteiorgan sei, müsse er auf das Entschiedenste zurückweisen.

In der sich anschließenden Debatte wurden die Ausführungen des Ministers auch von den Vertretern der Deutschen Volkspartei

und des Zentrums die unterstrichen. Hg. Bernhard (Dem.) erinnerte an das Sozialistengesetz, an die scharfe Bekämpfung der Zentrumspartei und nicht zuletzt an die von Bismarck mit staatlichen Geldern im größten Umfange unternommene Aktion gegen die Kreuz-Zeitung. Man dürfe auch bei dieser ganzen Frage nicht vergessen, daß niemals im Kaiserreich die Opposition sich eine so maßlose und beschimpfende Sprache erlaubt habe, wie dies jetzt in der Republik der Fall sei. Der Redner fragte, ob die bewilligten Mittel auch benutzt würden, um der maßlosen Heße der Nationalsozialisten in den Schulen entgegenzutreten. Das sei dringend notwendig.

Bei der Abstimmung wurden die 350 000 M. Mehrkosten gegen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Christlich-Nationalen bewilligt.

Zum Schluß entspann sich noch eine Debatte über die zur Durchführung von Hilfsmassnahmen zugunsten der aus Rußland abwandernden Bauern. Die für diesen Zweck in den Nachtragsetat eingestellten 6 Millionen wurden bereits vor einigen Wochen auf Grund einer Sondervorlage vom Ausschuss bewilligt. Reichskommissar Stücken, der über die Deutsch-Russen-Hilfe dem Ausschuss eine Denkschrift unterbreitet hatte, gab auf Wunsch noch eingehend Auskunft über den Gesundheitszustand in den verschiedenen Lagern und über die zum Abtransport der Flüchtlinge getroffenen Maßnahmen. Den Kommunisten, die verlangten, daß die Beföstigung statt den Flüchtlingen hungernden Arbeitlosen zukommen sollte, erwiderte Stücken, daß der Reichskommissar für die Russenhilfe sei und am liebsten mit der Arbeitslosenfrage nichts zu tun habe. Er fragte, wie wohl gerade von den Kommunisten gegen ihn losgegangen werden würde, wenn er nicht für gute Ernährung der Flüchtlinge sorgen würde.

Die Emelka und das Reich.

Das famose Kaufangebot des Herrn Wolff.

In den letzten Tagen sind immer wieder Nachrichten über Verkauf der Münchener Lichtspielkunst A.G. (Emelka) aufgetaucht. Die Emelka wurde im vorigen Jahr vom Reich erworben. Bei dem Verkauf haben zweifelslos politische Gründe mitspielt. Das Reich benutzt die letzten Abschlüsse im Emelkatonzern, um größere, bisher vernachlässigte Abschreibungen vorzunehmen. Die Emelka schloß deshalb für das mit dem 30. Juni 1929 zu Ende gegangene Geschäftsjahr mit einem größeren Verlust ab. Das gilt auch für die Emelka-Theater A.G., die frühere Phoebus, mit Hilfe der erwähnten Abschreibungen und sonstigen Maßnahmen ist der Emelkatonzern auf eine gesunde Grundlage gestellt worden.

Von den Gerüchten über einen Verkauf der Emelka trifft zu, daß man an das Reich von verschiedenen Seiten mit Verkaufsvorschlägen herangetreten ist. Unter anderem interessiert sich ein Mitglied des Ausschusses für die Emelka, der Berliner Rechtsanwalt Wolff, für das Objekt. Das Angebot Wolffs verdient, daß es in der breiten Öffentlichkeit bekannt wird: Wolff will die Emelka übernehmen. Das Objekt aber, das einschließlich der Phoebus nach dem letzten Abschluß eine Bilanzsumme von 16 Millionen Mark repräsentiert, will Wolff aus Reingewinnen des Unternehmens bezahlen. Arbeit also die Emelka mit Verlust, dann kann das Reich auf den Kaufpreis warten. Stellen sich Gewinne ein, dann wird Wolff die Freundlichkeit haben, das Reich aus einem Teil dieses Gewinnes zu bezahlen.

Was Wolff dem Reich mit diesem Angebot zumute, ist schon ein ziemlich starkes Stück. Aber man darf nicht vergessen, daß Wolff in Berlin ein einflussreicher Mann ist. Hoffentlich wird das Reichsfinanzministerium, das wirklich nichts zu verschleiern hat, darauf achten, daß das Reich nicht über den Haufen darbiert wird.

Der Gewährsmann.

So sieht ein kommunistischer Kronzeuge aus.

Das kommunistische Münzenberg-Blatt bringt in seiner Donnerstag-Morgenausgabe folgende Notiz:

Der Schneidermeister Wilhelm Wähig, der die Gerichte schon wiederholt wegen Hochverrats und Stillschleppens verurteilt worden ist, mußte sich gestern widerum wegen eines tolen Streichs vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Wähig war nämlich bei einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht als sein eigener Bruder aufgetreten. Als damals einige Zeugen erklärten, daß doch nicht Walter, sondern Wilhelm Wähig vor ihnen stehe, hatte Wähig die Dreistigkeit, sich selbst energisch zu verteidigen. Wegen des von ihm vorgenommenen Betrugsmanövers, das mit dem Konkurs der von ihm früher betriebenen Schneiderwerkstatt zusammenhing, wurde Wähig gestern zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde dieser selbe Wähig von der „Roten Fahne“ und der Münzenberg-Presse als „Gewährsmann“ gegen Genossen Minister Severing vorgeschoben, um Severing in den Skandal-Stand hineinanzuziehen. Wähig war damals von einem kommunistischen Reichstagsabgeordneten in der Irrenanstalt Buch (!) besucht worden und hatte ihm tolle Erfindungen zu Protokoll gegeben. Als wir darauf hinwiesen, daß der kommunistische Gewährsmann ein verbrecherischer Psychopath sei, wurde Wähig von der „Roten Fahne“ und von Wilhelm Vied persönlich gegen unsere „Verteidigungen“ im Saal genommen.

Seht muß die Kommunistenpresse selber gestehen, welcher Art ihre Gewährsmänner sind, die sie gegen Ehrenmänner vorstellt. Das Geständnis, das verteuert und das sich solcher Verteuender bedient, ist einander wert.

Unter Stalins Knute.

Aufhebung der Schiedsgerichtsklausel in den Konzessionsverträgen.

Moskau, 13. März. (Dt.-Expres.)

Der Hauptkonzessionsauschuss hat der Sowjetregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine neue starke Einschränkung für die Tätigkeit ausländischer Konzessionäre in Russland bedeutet. Künftig sollen alle Streitigkeiten zwischen Konzessionären und Sowjetbehörden und -organen ausschließlich der Sowjetgerichtsbarkeit unterliegen. Hierdurch würde die Einschaltung von Schiedsgerichten unmöglich gemacht werden. Weiter bestimmt der Gesetzentwurf, dass alle ausländischen Konzessionen in Russland den Nachweis darüber führen müssen, dass sie über ausreichende Kapitalien verfügen und daher Kredite der Russischen Staatsbank nicht zu beanspruchen brauchen. Die Beschränkungen des Transfers der Konzessionsgewinne nach dem Auslande sollen verschärft werden.

Weitere Druckmaßnahmen gegen die Bauern in der Ukraine.

Charkow, 13. März. (Dt.-Expres.)

Da die Mittel für die Einrichtung von Traktoren- und Maschinenstationen in der Sowjetukraine nicht ausreichend sind, so sind die Sowjetbehörden seit einiger Zeit dazu übergegangen, die fehlenden Mittel durch zwangswise Umfragen unter den Bauern einzutreiben. Dabei wird den Bauern Versteigerung ihrer gesamten Habe im Nichtzahlungsfalle angedroht. Von einzelnen Bauern werden Zahlungen in Höhe von 75 bis 200 Rubeln eingetrieben.

Der Siebenfundentag in der Prag.

Charkow, 13. März. (Dt.-Expres.)

Auf der Elektrotechnischen Fabrik „Bet“ (vorm. AEG.) in Charkow werden die Arbeiter in letzter Zeit gezwungen, statt 7 Stunden 9 Stunden täglich zu arbeiten, um den Rückstand bei der bisherigen Auslieferung des Produktionsprogramms einzuholen. Die Fabrikleitung hatte den Arbeitern zunächst vorgeschlagen, diese zwei Stunden unentgeltlich zu arbeiten, was von den Arbeitern jedoch abgelehnt wurde. Das technische Personal der Fabrik arbeitet schon seit langer Zeit ohne genau festgesetzte Arbeitszeit und muß sogar auf Ruhetage verzichten.

Passive Resistenz in Bombay.

Gandhis Marsch zum Salzlager.

London, 13. März. (Eigenbericht.)

Wie aus Bombay gemeldet wird, haben Arbeiter der von Bombay südlich führenden Eisenbahnlinie als Zeichen der Sympathie für Gandhis die passive Resistenz aufgenommen. 50 Mann umlagerten am Donnerstag den Eingang zum Hauptbüro des Stationsvorstandes in Bombay und mußten gewaltsam entfernt werden. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem zahlreiche Polizisten und Streikende verletzt wurden. Auch in anderen Teilen Bombays kam es zu kleineren Zwischenfällen, in deren Verlauf vier führende Gewerkschaftler verhaftet wurden.

Gandhi selbst hat am Donnerstag beim Morgengrauen seinen Marsch wieder aufgenommen. Die englischen Agenturen, die sich sichtlich bemühen, den Zug Gandhis zu verfeinern und schließlich zu machen, meinen, daß der heutige Ausbruch Gandhis unter völliger Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung erfolgt ist. Gandhis und seine Anhänger beabsichtigen nach Erreichung der Salzlager von Jaisalpur selbst Salz zu fördern und unter Umgehung der britischen Salzsteuer an die Bevölkerung abzugeben. Die Regierung ist entschlossen, jedes derartige unautorisierte Salz zu konfiszieren, falls es, wie es in einer halbamtlichen britischen Meldung diesbezüglich heißt, Gandhis und seinen Anhängern tatsächlich gefangen sollte, die Salzlager zu erreichen.

Kodifizierung des Völkerrechts.

Im Haag eröffnet.

Amsterdam, 13. März. (Eigenbericht.)

Die Haager Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechts wurde am Donnerstag von dem niederländischen Minister des Auswärtigen, Beelaerts van Blokland, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Das Präsidium übernahm sodann der frühere niederländische Minister Heemstert, der in einer längeren Rede eine historische Uebersicht über die Kodifizierung des internationalen Rechts gab. Auch der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, richtete einige kurze Worte an die Konferenz. Anwesend waren die Vertreter von 44 Staaten, von denen 7 nicht dem Völkerbund angehören. In den Nachmittagsstunden trat die Konferenz zu einer konstituierenden Plenarsitzung zusammen, während die Ausschüsse mit ihrer Arbeit erst am Montag beginnen werden.

England für Selbständigkeit der verheirateten Frau.

Amsterdam, 13. März. (Eig. Draht.)

Der britische Ministerpräsident Henderson beauftragte die englische Delegation zur Haager Kodifizierungskonferenz, in der Frage der Rationalität der verheirateten Frau den Standpunkt zu vertreten, den Macdonald bereits in einer programmatischen Rede an eine Deputation englischer Frauenvereinigungen im April vorigen Jahres eingebracht habe, daß nämlich eine verheiratete Frau in dieser Frage nicht länger den Minderjährigen und Geistesschwachen gleichgestellt werden dürfe.

Der Scholmeien-Verein. Das Schöffengericht Köln verurteilte von sechs Mitgliedern eines Arbeiter-Landour- und Scholmeien-Vereins „Freiheit“ in Köln den Führer und ein älteres Mitglied zu je zwei Monaten Gefängnis. Die übrigen vier Angeklagten erhielten je einen Monat Gefängnis. Das Gericht nahm an, daß die Beteiligten in ihrem Verein eine Nachfolgeorganisation des „Rot-Front-Kämpfer-Bundes“ gebildet hätten.

Der panktlose Stil. Herr Dr. Brüning teilt uns mit, daß er für die Resolution der Regierungsvorleser, deren surschbares Deutsch gestern hier von „Tribunus“ kritisiert wurde, keine persönliche Verantwortung trägt.

Die letzte Hoffnung.



Hugenberg: „Herr Präsident, Sie sind unsere letzte Hoffnung!“

Hindenburgs Aufruf.

Nach der Unterzeichnung der Young-Gesetze.

Im Anschluß an die Unterzeichnung der Young-Gesetze hat der Reichspräsident von Hindenburg, wie wir schon im größten Teil der Abend-Ausgabe berichteten, die folgende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben:

Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben.

Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet.

Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar seien und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Young-Planes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiet die langsehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Hierauf erwidere ich: Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der

alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb hätte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegensätze hervorgerufen und die von mir von jeher so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande stark erweitert hat.

Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die erste Mahnung, sich ihrer Pfllichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Ueberwindung des Trennenden und Gegenwärtigen zusammenzufinden in gemeinsamer Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll.

Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt der hinderlichen schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichstanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenze der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen.

Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung befeuerte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat.

Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken:

Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg.

Toter Punkt in London.

Zuspitzung des französisch-italienischen Gegenjokes.

London, 13. März. (Eigenbericht.)

Die Schwierigkeiten der Flottenkonferenz haben sich in den letzten 24 Stunden zur offenen Krise entwickelt. Wenn die gemachten Vorklären der Konferenz nicht zum Stillstand gekommen sind, so ist das in erster Linie Macdonald persönlich zu danken, der trotz der schwierigen parlamentarischen Situation und trotz deutlicher Zeichen physischer Ermüdung alles eingesetzt hat, um die Konferenz über den toten Punkt hinwegzubringen, den sie in der Mittwochnacht erreicht hat. Da die geplante Aussprache sämtlicher Delegationsführer völlig nutzlos gewesen wäre, hat Macdonald im Laufe des Donnerstag längere Einzelgespräche mit dem japanischen Delegationsführer Wakajuki, dem Führer der italienischen Delegation Grandi und eine einestündige Besprechung mit Briand gehabt. In den späten Abendstunden kam hierzu noch eine Aussprache zwischen Macdonald und Stimson. Sämtliche Gerüchte über eine bevorstehende Abreise Briands sind falsch. Briand wird, wie er am Donnerstag ausdrücklich betont hat, bis zum Ende der Konferenz auf seinem Posten bleiben. Tardieu wird am Freitag abend oder Sonnabend früh in London erwartet. Die Schwierigkeit liegt nach wie vor in dem betamten

Italienisch-französischen Gegenjok.

der nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen auf ein politisches Abkommen zwischen den fünf Mächten wieder mit voller Schärfe zutage getreten ist. Im gegenwärtigen Augenblick werden fleißigste Anstrengungen gemacht, um eine italienisch-französische Teilerledigung herbeizuführen. Die Versuche bewegen sich in der Richtung auf den Abschluß eines Schiedsgerichts- und Versöhnungsvertrages zwischen Frankreich und Italien. Ein solcher Vertrag könnte, so hofft man, Italien

veranlassen, seinen Anspruch auf Parität mit Frankreich aufzugeben, was den französischen Ministern ermöglichte, Konzessionen hinsichtlich der französischen Lonnageziffer zu machen, die der augenblicklichen Rolle im eigentlichen Sinne zugrunde liegen. Die Stimmung in Konferenzkreisen ist ausgesprochen pessimistisch, wenn auch die Lage im Augenblick nicht so hoffnungslos beurteilt wird, wie in der Mittwochnacht. Hierzu hat insbesondere die Tatsache beigetragen, daß es Macdonald überhaupt am Donnerstag noch gelungen ist, die Besprechungen wieder in Gang zu bringen. Macdonald selbst soll das Resultat des Donnerstag als „ermutigend“ bezeichnet haben.

Baldwins Mißtrauensantrag.

Weil die Labour-Regierung zu freihändlerisch ist.

London, 13. März. (Eigenbericht.)

Der konservative Führer Baldwin brachte am Donnerstag im Unterhaus das konservative Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein. Dieses Mißtrauensvotum ist jedoch nicht gegen die Gesamtpolitik der Regierung, sondern nur gegen ihre Haltung in der Frage der Schußzölle und der Industriellerung gerichtet. Es kann daher wegen seines schätzvollnerischen Charakters von den freihändlerischen Liberalen nicht unterstützt werden. Baldwin tritt in seiner die Debatte eröffnenden Rede die freihändlerische Basis der Politik der Arbeiterpartei an. Die Weltwirtschaft bewege sich in der Richtung auf Hochschußzölle. Seiner Meinung nach wären hohe Zollfranken schlecht und die Nationen Europas hätten erkannt, daß es schlecht seien. Aber sie dächten nicht daran, die bestehenden Schranken tatsächlich abzubauen.

Finanzdebatte im Landtag.

Die Steuerpläne der Rechten.

Im Preussischen Landtag fanden am Donnerstag die Besprechungen betr. die Verlängerung der Geltungsdauer der Grundvermögens-, der Hauszins- und Gewerbesteuer bis 31. März 1931 auf der Tagesordnung. Ebenfalls zur Beratung stand ein deutschnationaler Beschlusstext über Erhebung eines Verwaltungs- und Kostenbeitrags, ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der sich gegen die Anknüpfungssteuer wendet und ein Antrag der Wirtschaftspartei, an Stelle der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer einzuführen.

Abg. Szilak-Rathenow (Soz.):

Es ist leider eine unangenehme Tatsache, daß in den letzten Jahren die wichtigsten Steuererträge infolge der Obstruktion der Oppositionsparteien nur durch Rotverordnungen vorübergehend werden konnten. Das Recht der Obstruktion kann natürlich keiner Partei bestritten werden. Aber in diesen Fällen sind es gerade die „staats-erhaltenden“ Parteien gewesen, die hier versucht haben, dem Staat die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Sie haben es sich allerdings leicht gemacht, nach außen hin die starken Männer zu spielen, weil sie schon vorher wußten, daß auch ohne sie die Steuererträge verabschiedet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Klagen über die Höhe der Gewerbesteuer sind meistens übertrieben. Namentlich die Wirtschaftspartei hat die allgeringste Ursache dazu, da sich ja ihre Anhänger meist aus den Kleingewerbetreibenden zusammensetzen, von denen noch den uns vorliegenden Unterlagen 42 Proz. gewerbesteuerfrei sind. Von dem Rest sind wiederum 51 Proz. in der niedrigsten Stufe eingruppiert. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch bei der Gewerbesteuer sind 74 Proz. steuerfrei und von dem Rest sind wiederum 67 Proz. in der niedrigsten Stufe. Ähnlich liegen die Dinge bei der Gewerbe-Lohnsummensteuer: Hier sind 68 Proz. der Gewerbetreibenden steuerfrei und von dem Rest sind wiederum 73 Proz. in der niedrigsten Stufe. Dazu kommt noch, daß im vergangenen Jahr sowohl Gewerbe- als auch Lohnsummensteuer verbessert worden sind. Was soll da das Gerede von einer unerträglichen Belastung? Unter diesen Umständen soll es doch endlich die Vertreter der kleinen Betriebe einsehen, daß sie eigentlich nur dem zahlungsfähigen Großkapital Hilfestellung leisten. (Sehr wahr! bei den Soz.) In dem Augenblick, in dem die Wünsche der Gewerbetreibenden und des Großkapitals in Erfüllung gehen sollten, würden die Kommunen außerstande sein, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen. Der vorliegende Regierungsantrag über die Verlängerung der Gewerbesteuer enthält außerdem noch weitere Verbesserungen. Die sozialdemokratische Fraktion wird, wie auch in den Vorjahren, den Verlängerungen der Steuererträge zustimmen. Die Bemühungen der Rechten gehen ganz offensichtlich darauf hinaus, aus der Gewerbesteuer als Objektsteuer eine Personalsteuer zu machen, damit sie gegen die Gewerbesteuer als sogenannte zweite Einkommensteuer kämpfen können. Ganz entschieden lehnen wir auch die geforderte Anhebung der Berufsverbände ab, weil wir darin eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ebenso lehnen wir den deutschnationalen Antrag auf Erhebung eines Verwaltungs- und Kostenbeitrags ab. Wir sehen in diesem Antrag einen

Angriff auf die Auswirkungen des allgemeinen Wahlrechts.

Er ist unsozial, weil er die roheste Form der Kopf- und Besteuerung darstellt. Er ist ein Angriff auf diejenigen, die wegen zu niedrigen Einkommens von der Lohnsteuer befreit sind. Insgesamt wären es 10,3 Millionen Menschen, die damit zu den Lasten der Kommunen herangezogen werden sollen. Obwohl in dem Antrag die Klein- und Sozialrentner von dieser Steuer ausgenommen sein sollen, soll das bezüglich der Erwerbslosen nicht der Fall sein, denn sie sind überhaupt nicht erwähnt. Außerdem haben wir auch verfassungsrechtliche Bedenken, weil gerade diese Steuer eine zweite Einkommensteuer sein würde. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Rechte fordert ferner immer die Vereinfachung der Verwaltung. Hier hat man offenbar ganz übersehen, daß die Zustellung des Veranlagungsbescheides, die Bearbeitung der Einsprüche, die Eintreibung dieser Steuer in solchem Maße erschweren würde, daß die Gemeinden um diese Arbeit nicht zu beneiden sind. Die Rechten würden das Aufkommen bei weitem übertreffen. Im übrigen sollten die Antragsteller auch daran denken, daß die Summen, die man auf diese Weise den Arbeitenden abnimmt, am Konsum fehlen und damit auch den Geschäfts- und Gewerbetreibenden verloren gehen. Deshalb lehnt die sozialdemokratische Fraktion eine solche Steuer als in höchstem Maße unsozial mit aller Entschiedenheit ab. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Hefen (Dnat.) wendet sich gegen die Verlängerung der Realsteuern um ein ganzes Jahr. Eine solche Steuerpolitik nähme keine Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft. Der Reichshaushalt für 1929 sei eine grobe Irrführung gewesen. Man könne im Reich mit einem Defizit von 2½ Milliarden rechnen. Mit der Lohnsteuererhöhung des Finanzministers Hiltnerding 1928 sei man nur einem Wahlversprechen nachgekommen. Das Reformprogramm Müller-Hiltnerding sei ein jämmerliches Deckungsprogramm geworden. Die Realsteuern müßten gesenkt werden, die Erhebung eines Verwaltungs- und Kostenbeitrags sei berechtigt und gerecht. Der Änderungsantrag Preussens zu § 35 des Finanzausgleichsgesetzes bedeute eine Schädigung der Leistungsschwachen Länder und fordere zu schärfster Kritik heraus.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff

weist die Angriffe des Redners gegen die Haltung Preussens in der Frage des Finanzausgleichs zurück. Das Hiltnerding'sche Finanzprogramm habe zweifellos die Einnahmen überschätzt, das Defizit der Arbeitslosenversicherung nicht eingestellt, die schwebenden Schulden nicht berücksichtigt. Es habe auch zu wenig Rücksicht auf Länder und Gemeinden genommen. Inzwischen liegen zwei Deckungsvorschläge vor: einer von der Reichsregierung, an dem diese festhält und einer der Parteien, der ein bayerisches Programm ist. Der Vorschlag des Reiches sieht für Länder und Gemeinden einen Anteil an den neuen Steuern vor, der für Preußen erträglich ist. Das bayerische Programm will es den Ländern überlassen, Zuschläge zur Biersteuer zu erheben. Danach müßte Bayern 30 Proz., Preußen aber 70 Proz. erheben. Dahinter steht die Bayerische Volkspartei. Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung ist darauf zurückzuführen, daß diese Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. Im übrigen bestände sehr wohl die Möglichkeit, daß sich Preußen und Bayern an einen Tisch setzen und sich über den streitigen § 35 des Finanzausgleichs einigen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß der Staatshaushalt ausgeglichen sein müsse, könne man nicht die Realsteuern senken. Im übrigen ist

man keinem Stande steuerlich so weit entgegengekommen wie der Landwirtschaft. Das sei nicht zu bedauern, sondern müsse begrüßt werden, aber man sollte diesen Fortschritt auch anerkennen.

Abg. Schmelzer (Z.) setzt sich für die Verlängerung der Steuererträge ein. Dabei erlaube es die jetzige Situation nicht, die unsoziale Lohnsteuer abzubauen.

Abg. Oberbörster (Komm.) bezeichnet die Steuerpolitik des Reiches und von Preußen als eine Rauberpolitik, die an Schamlosigkeit nicht mehr übertraffen werden könne. Daraus seien National- und Sozialsozialisten gleichermaßen schuld.

Abg. Dr. Neumann (D. Sp.) ist nicht so pessimistisch hinsichtlich der Finanzlage des Reiches wie der deutschnationalen Redner. Die Berufssteuer sei im Ausschuss genau zu prüfen. Ob nach dem Vorschlag der Wirtschaftspartei an Stelle der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer treten kann, sei sehr zu bezweifeln.

Abg. Riedel (Dem.) erklärt, daß bei der unzulänglichen Reichssteuererhebung die preussischen Realsteuern wieder für das nächste Jahr verlängert werden müßten.

Nach einigen weiteren Rednern erklärt

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Die Aussprache hat sich zu einer großen Finanzdebatte ausgewachsen, die sich in der Hauptsache mit dem Reich beschäftigt. Gegenüber den Vorkäufen, daß die Regierung Müller-Hiltnerding an dem Finanzstand schuld sei, muß aber darauf hingewiesen werden, daß die miltäre Finanzlage schon durch die vorhergehenden Reichsregierungen verschuldet wurde, für die die Rechten die Verantwortung tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die vorliegenden Steuererträge müssen unbedingt verlängert werden, wenn ab 1. April Staat und Gemeinden nicht in Schwierigkeiten kommen sollen. Die Gegner waren nicht in der Lage, brauchbare andere Vorschläge zu machen. Der Verwaltungs- und Kostenbeitrag, der von den Deutschnationalen gefordert wird, ist die unsozialste Steuer, die in der Hauptsache die große Masse der Minderbemittelten treffen würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daneben hat sie den Zweck, die notwendigen sozialen Aufwendungen der Gemeinden unmöglich zu machen. Heute schon tragen die Minderbemittelten in der Hauptsache die Gemeindefürsorge. Alle Erhöhungen der Grundsteuer und der Löhne werden von den Minderbemittelten aufgebracht. Hier ist der bewegliche Faktor in den Gemeindefürsorge in härtesten Ausmaß vorhanden. Gewiß ist die jetzige Höhe der Realsteuern drückend, aber man darf nicht vergessen, daß die Lage der Wirtschaft seit Jahren weit ungünstiger ist, als die derjenigen, die jetzt über die Höhe der Realsteuern klagen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

In einem Abbau der Hauszinssteuer, wie ihn die Wirtschaftspartei fordert, ist überhaupt nicht zu denken. Diese Kreise denken auch nicht im entferntesten an eine Mietherabsetzung, sondern sind nur auf die Erhöhung der Mietrente bedacht. Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Baumarkt ist der Staat zur Förderung des Wohnungsbaus auf die Erträge der Hauszinssteuer angewiesen. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Meiß (Sp.), Pohl (D. Frakt.) und Köhler (Z.) werden die Vorlagen und die Anträge dem Hauptausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag, 12 Uhr: Weiterberatung des Etats für Handel und Gewerbe.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Gees; Wirtschaftl. G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Colles und Sonstiges: Frau Karstädt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortwärts-Verlag; Berlin; Fernschreib- und Telefonanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unterstraße 2; hierzu 2 Beilagen: „Stichteller“ und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengensabgabe vorbehalten. Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Obst u. Gemüse	
EBäpfel . . . Pfund 0.20	Weißkohl dänisch. Pfund 5 Pl.
Kochäpfel . . Pfund 0.20	Möhren gewaschen . . . Pfund 5 Pl.
Krimäpfel . . Pfund 0.38	Zwiebeln . . . Pfund 5 Pl.
Kalif. Äpfel Pfund 0.45	Rote Rüben . . . Pfund 5 Pl.
Apfelsinen . . . Pfund 0.65	Rot. Wirsingkohl 0.12
Bananen 3 Pfund 0.95	Sellerie Pfund 0.09 0.18
Zitronen Dtz. von 0.35 an	Schwarzwürzeln 0.22
	Blumenkohl . . . Pfund 0.30 an
Kolonialwaren	
Olympmehl 5-Pfd. 0.58 0.62 5-Pfd. Beutel 1.38 1.45	
Rauhreismehl 5 Pfund Beutel 1.45	
Kartoffelmehl Pfund 0.18	Viktoria-Erbisen Pfund 0.16
Sultaninen 2.50 0.38	Hafersflocken Pfund 0.19
Rosinen Pfund 0.48	Italien. Reis Pfund 0.26
Korinthen Pfund 0.50	Schnittnud. (Eier) Pfund 0.46
Mandeln Pfund 1.90	Pflaumen (bonische) Pfund 0.48
Zitronat . . . Pfund 1.35	Saure Kirschen 0.78
Kaffee	
Irish gebrannt, eigene Rösterei, Pfund von 2 M an	
Konserven	
Karotten geschnitten 0.38	Haricots verts 1/2 Dose 1.15 2.10
Karotten ganze . . . 0.65	Bruchspargel 1/2 Dose 2.65
Junge Erbsen (als 1.2.)	Stg.-Spargel 1/2 Dose 3.00
Kaiserschoten . . . 1.65	Apfelsmus 0.56 I 0.67
Leipziger Allerlei 0.88	Pflaumen 0.60
Kohlrabi mit Grün 0.58	Saure Kirschen . . . 1.10
Br.- u. Schnittb. 0.60	Süße Kirschen (als 1.40)
Br.- u. Schnittb. I 0.80	Pflauche deutsche, geschält, 1/4 Frucht, 1/2 Dose 0.85 1.55
Wachsbrechbohne 1.05	

Frisches Fleisch	
Rinderkamm u. -Brust 0.86	Kalbsschnitzel . . . Pfund 2.10
Queirippe 0.85	Kahler mild gesalzen . . . Pfund 1.24
Gulasch 0.95	Schweinefücken u. Blatt mit Beilage 1.08
Schmorfleisch mit Knochen, Pfund 1.10	Schweineschinken u. Kamm mit Beilage Pfund 1.18
Roastbeef mit Knochen, Pfund 1.10	Hammelvorderfleisch 1/2 Pfund 1.04
Frische Rinderzungen Pfund 1.20	Pa. Nierenalg ausgelesen, Pfund 0.50
Gehacktes 0.85	Prima Getrierfleisch
Lieserl Pfund 0.80	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.86
Kalbskamm u. -Brust Pfund 0.78	
Kalbsnierenbraten Pfund 0.85	
Kalbskeule ganz u. geteilt, bis 9 Pfund 0.98	
Fische	
Kabeljau o. Kopl, ganze Fische 0.14 an	
Seelachs ohne Kopl, ganze Fische 0.18	
Schellfisch Pfund 0.18	
Kabeljaufleisch . . . Pfund von 0.28 an	
Roibars . . . ohne Kopl, Pfund 0.35	
Braischollen 2 Pfund von 0.35 an	
Frische Bleie 3 Pfund von 0.28 an	
Grüne Heringe 3 Pfund von 0.25 an	
Zander gefroren Pfund von 0.58 an	
Leb. Spiegelpartven von 1.15 an	
Nor Leipziger Straße:	
Holl. Austern 10 Stück 1.85	
Leb. Hummern Pfund 5.90	
Geflügel	
Gänse gefroren, Pfund von 70 Pl an	
Puten Pfund von 0.98 an	
Wolgabühner . . . Pfund von 1.05 an	
Suppenhühner (Irish geschlacht), Pfund von 1.10 an	
Enten Pfund von 1.25 an	
Schneehühner . . . Stück von 1.65 an	
Hasen gesalzt u. ausgewaschen, Pfund von 0.88 an	
10 Eier von 58 Pl an	
10 Eier frische . . . von 78 Pl an	
Wein	
Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
Preiswerte Restsorten	
1928 Bergaberner Letten Tischwein 0.80	1927 Nitteler Gipfel (mit Tisch- u. Bonjamins, Wa. nat. Eliseen, Irchl. Bordeaux) 1.10
1928 Dürkh. Portugieser Rotwein 0.85	1922 Chät. Raba (Irchl. Bordeaux) 1.40
1927 Traisener Rotenfeis saßiger Nabewein 1.00	1926 Niersteiner Berg (Irchl. Bordeaux) 1.50
Johannisbeerwein (als Qualität, vom Fass, Lett) 0.80	1926 Rudesheimer 1.80
Roter Malvasier (als Qualität, vom Fass, Lett) 0.95	
Tarragona Rot (als Qualität, vom Fass, Lett) 1.00	
Wein vom Fass zu billigen Preisen	
Gold-Malaga 1.30	

Wurstwaren	
Blut- u. Leberw. (Irish), Pfund 0.72	Leberwurst Pfund 1.80
Dampf- u. Süßw. 1.00	Teewurst . . . Pfund 1.80
Haum. Leberw. 1.20	Zerelat u. Salami 1.80
Fleischwurst Pfund 1.20	Pökelfleisch (gekocht, in Stücken, Pfund) 1.70
Würstchen Wasser 1.25	Speck in 1.20 (sager) 1.55
Jagdwurst . . . Pfund 1.45	Schinkenspeck Pfund 1.88
Mettwurst (Bc. Art) 1.45	Königst. Rosenhühner Str. Moritzpl.
Bierwurst . . . Pfund 1.50	Speckwurst Pfund 0.95
Filetwurst . . . Pfund 1.70	Knoblauchwurst 1.20
Schinkenwurst Pfund 1.70	Pö. n. Wurst Pfund 1.45
Käse u. Fett	
Ramadou 0.20	Tilsiter vollfett, 1/2 0.90 an
Camembert vollf. 0.22	Steinbuscher vollf. 0.92
Limburger vollf. Pfund 0.90, halbl. 0.48	Schweizer (als 1.28 an)
Tilsiter Art (ohne Rinde) 0.72	Margarine Pfund 0.50
Edamer vollf. Pfund 1.05, halbl. 0.75	Kokosfett 1-Pfund-Tal. 0.50
Schweizer (als 0.90, Pfund) 0.90	Schmalz . . . Pfund 0.65
Holländer vollf. 1.05	Molkerai-Butter 1.58
	Tafelbutter 1.62 1.68
	Dän. Butter Pfund 1.88
Räucherwaren	
Bücklinge Pfund 0.24 an	Schellfisch Pfund 0.32
Sprotten Pfund 0.28 an	Seelachs in Stücken Pfund 0.42
Rogen . . . Pfund 0.38	Fleckerlinge Pfund 0.45
	Aale Pfund 2.90 (als 0.35 an)
Kontituren	
Hustenbonbons 1/2 Pfund 0.25	Schok.-Waffeln 1.60
Malzbonbons (als 0.35, Pfund) 0.35	Block-Schokol. (Olympia), Pfund 1.10
Sandgebäck Pfund 0.90	Reliefschokolade 1.60

Mondamin zum Backen u. Kochen, vorzuz. 1. Kuchn., Suppen, 12 Gr.-Pak. 0.37 450 Gr. 0.70	Mondamin-Puddingpulver Päckchen 0.10 0.15
Mondamin-Vanille-Soßenpulver Päckchen 0.05	Mondamin „Rote Grütze“ . . . Schachtel 0.15
Mondamin-Backpulver nie versagend, Beutel 0.08	Mondamin-Feinkost-Pudding Schachtel 0.25

MONDAMIN

Rollwagenbahn vor 200 Jahren

Das Reisen vor 200 und mehr Jahren im Rollwagen gestaltete sich bei kurzen Strecken zu einer vergnüglichen Fahrt, während bei längeren Strecken auf der „Dienstpöste“, wie die damaligen „Reisefahrten“ hieß, und spottweise genannt wurden, man durch mühsame Erzählungen oder „Sörg Widrans Rollwagenbüchlein“ die Zeit totschlagen oder sich behäbig langweilen mußte. Zwar stand der Personenreiseverkehr, das private Institut der „Reisefahrten“ unter staatlicher und zünftiger Aufsicht, was aber der Unordnung und Willkür der herangezogenen, in einer Summe zusammengefaßten Fuhrleute nicht steuerte. Auch fehlten den Postämtern die Mittel und die Autorität, um unter den Reisenden und Fuhrleuten Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten. Aus Mangeln der damaligen Zeit ist ersichtlich, daß die Fuhrleute schlechte Pferde, schlechtes Zaumzeug, aber hohe Preise nahmen und die Reisen meist nicht ohne unfreiwillige Aufenthalte, Unglücksfälle und Schabernack abliefen. Deshalb hob ein Edikt von 1712 die „Reisefahrten“ von Berlin nach dem Osten auf und führte die „Fahrende Post“ ein. Dies trug zwar zur Hebung des Reiseverkehrs bei, da den Postmeistern es zur Pflicht gemacht wurde, für die regelmäßige Fortschaffung der Postkisten zu sorgen. Aber trotz der Festsetzung der Fahrtgeschwindigkeit (Edikt von 1723 und 1732) auf eine Stunde pro Meile hielt meist die Post mit den Fußgängern Schritt. Tropdem gab es Leute, die die fahrende Post demühten. Hierauf ist die Mit-Berliner



Redensart zurückzuführen: „Schlecht gefahren ist besser, als Holz gegangen.“ Das Passagiergeld wurde in der Weise geregelt, daß eine reisende Person, „wes Standes sie auch ist, für jede Meile sowohl im Winter als im Sommer auf allen Poststufen inkl. des bisherigen sogenannten Stationsgeldes 6 Groschen (75 Pf.) bezahlet, dergestalt, daß kein Postillon weiter etwas bekommt“. Als besondere Vergünstigung galt, daß den Passagier 10 Pfund an Bagage, den Kaufleuten aber, wenn sie nach den Meilen reisen oder von solchen zurückkommen, 60 Pfund auf der Postkutsche frei postiert, was aber darüber ist, wird nach dem Gewicht und der Beschaffenheit der Sache bezahlet.“ — Vor etwa 150 Jahren (1777) war der Berliner Personenpostverkehr bereits so ausgebaut, daß wöchentlich je zwei Poststufen nach 18 verschiedenen preussischen Städten gingen. Unter Generalpostmeister Hagler um 1840 erreichte der Postreiseverkehr seinen Höhepunkt und wurde dann durch die Eisenbahn verdrängt.

Republikanischen Beschwerdestelle abgeliefert. Die Republikanische Beschwerdestelle erstattete über den Vorfall einen Bericht an die Oberpostdirektion Berlin. Sie erhielt diese Antwort:

„Nach dem Ergebnis der postdienstlichen Untersuchung liegt zu Maßnahmen gegen den Postkutschner Sommer kein Anlaß vor. Es wird gebeten, die Diensttätigkeit des Beamten dem Postamt Berlin-Charlottenburg I zu überweisen. gez. Senger.“

Es ist schwer, anzunehmen, daß es vom Reichspostministerium gebilligt wird, wenn Beamte in Dienstkleidung Propaganda für eine staatsfeindliche Partei machen. Völlig unfaßbar aber wäre es, wenn das Reichspostministerium der Republik dulden würde, daß Beamte oder Angestellte in Dienstkleidung Versammlungen republikanischer Parteien zu sprengen versuchen.

Wir sind überzeugt, daß der Reichspostminister den Beschuldigten der Oberpostdirektion Berlin korrigieren wird.

Polarluft über Berlin. Temperaturrückgang. — Nachfröste zu erwarten.

Das Aprilwetter hat in diesem Jahre schon im März seinen Einzug gehalten und schon seit Beginn der Woche wechselläufige Sonnen- und Regen- und Graupelschauern. Eine typische Frühlingserscheinung ist dabei der plötzliche Einbruch polarer Luftmassen, der auch gestern nachmittags die Hauptursache zu dem langanhaltenden und heftigen Schneestreiben gewesen ist.

So dicht wie gestern nachmittags sind in diesem ganzen Winter die Schneeflocken noch nicht gefallen. Etwa gegen 1/2 Uhr setzte das Schneestreiben bei einer Temperatur von 3 Grad Wärme ein. Das Thermometer sank in kurzer Zeit auf 1 Grad Wärme und Plätze sowie Parkanlagen waren bald mit einer starken Schneedecke überzogen. Ganz besonders in den Außenbezirken bot sich eine prächtige Winterlandschaft, wohl endgültig die letzte dieses Winters. Während in der Innenstadt die Temperaturen gegen 21 Uhr um den Nullpunkt schwankten, wurden in den Außenbezirken 1 Grad und stellenweise sogar 2 Grad Kälte gemessen. In der Nacht ging die Quecksilberkugel noch weiter erheblich zurück. Wie der Amtliche Wetterdienst mitteilt, steht unser Gebiet bereits seit Montag in dem Bereich dieser polaren Luftzone, die gestört durch erneute Zufuhren aus dem hohen Norden noch verdrängt wurde. Innerhalb des polaren Luftkörpers ist gestern eine größere, ausgebreitete Störungszone über uns hinweggegangen. Die Störung, die am Mittwoch nur klein und lokal begrenzt war, reichte am Donnerstag bis nach Frankreich und nördlich hinauf bis nach Dänemark. Es sind aber schon Anzeichen für eine allgemeine Beruhigung der Wetterlage vorhanden, und zum Wochenende ist wahrscheinlich wieder mit besserem und beständigem Wetter zu rechnen.

Tod am Ankerspill. Schwerer Unfall auf Motorschiff. / Ein Toter, zwei Verletzte.

Stolpmünde, den 13. März.
Das Motorschiff „Hedwig“ aus Hamburg war, aus Kolberg kommend, vor Stolpmünde eingetroffen und blieb die Nacht über vor Anker. Donnerstag gegen 7 Uhr, als der Lohse schon am Bord gegangen war, wollte man den Anker einholen. Beim Hochheben des Ankers brach die Sperrkante des Ankerspills. Der Anker hauste mit voller Kraft in die Tiefe und setzte die Kurbeln der Ankerwinde in rasende Umdrehungen. Von den Kurbeln wurden vier Mann der Besatzung getroffen und verletzt. Dem Matrosen Garzke aus Steinhude wurde der Schädel gespalten. Er war auf der Stelle tot. Der Steuermann Klemmer aus Stolp erlitt ebenfalls eine schwere Kopfverletzung, während der Matrose Schellhorn aus Uckeründe einen Oberarmbruch davontrug.

Mag Sklarek haftentlassen. Willi und Leo Sklarek bleiben in Gewahrsam.

In dem Haftprüfungstermin, der gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Sternheim stattfand, wurde der Haftbefehl gegen Leo und Willi Sklarek aufrechterhalten. Auch bei Mag Sklarek wurde der Haftbefehl zwar aufrechterhalten, jedoch entschieden, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von der weiteren Untersuchungshaft verfristet werden soll unter der Voraussetzung, daß er sich dreimal wöchentlich bei dem zuständigen Polizeirevier melde.

Schließlich der bisher noch bestehende Grund der Verdunklungsgefahr ist leicht fortgefallen, nachdem die Voruntersuchung in dem Komplex Berliner Stadtbank geschlossen und auch in den anderen Strafsachen Klarheit geschaffen worden ist. Theoretisch besteht also die Möglichkeit, daß nimmere von der Verteilung der Gebrüder Sklarek der Antrag gestellt wird, gegen eine Kaution Willi und Leo von der weiteren Untersuchungshaft zu verfristen. Mag Sklarek ist bereits gestern gegen 16 Uhr aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen und von seiner Familie in Empfang genommen worden, denn vier eifrig gehörite Sachverständige haben die Aufhebung der Untersuchungshaft dringend befürwortet, da sonst mit der Gefahr einer erheblichen, fortschreitenden Verschlimmerung der schweren Erkrankung sowie mit der Möglichkeit eines plötzlichen Todes zu rechnen sei. Mag Sklarek leidet nämlich an einer schweren Herzkrankheit, Arterienverkalkung, Nierenentzündung und hohem Blutdruck. Als medizinische Sachverständige wurden Professor Dr. Reklaff gehört, der sich für Haftunfähigkeit aussprach, während die drei übrigen Mediziner,

Medizinrat Dr. Woker, Medizinrat Dr. Ewers und Universitätsprofessor von den beiden zwar übereinstimmend die Haftfähigkeit erklärten, aber doch mit Rücksicht auf den schlechten Gesundheitszustand die Verschonung von der weiteren Untersuchungshaft befürworteten.

Zu einer Erörterung der Strafsachen selbst kam es nicht, da die Verteidiger der Gebrüder Sklarek dagegen mit der Begründung Einspruch erhoben, daß im Rahmen eines kurzen Haftprüfungstermins Klarheit darüber doch nicht geschaffen werden könne. Die Kammer stimmte dem zu und verzichtete auf die Vernehmung der geladenen Zeugen, des Buchhalters Lehmann, der Stadtbankdirektoren und einiger Angestellter der RBB.

Post begünstigt Hafent Kreuzler.

Wir brachten in unserer Abendausgabe vom 3. März die Abkündigung eines Kranzes, den nationalsozialistische Angestellte und Beamte beim Postamt Charlottenburg I für den ermordeten Nationalsozialisten Wessel gestiftet hatten. Die Schleife des Kranzes trug in doppelter Ausführung das Hafentkreuz, das Wahrzeichen der rechtsradikalen Staatsfeinde. Es besteht, wie wir zuverlässig erfahren, in der Tat bei diesem Postamt eine „nationalsozialistische Zelle“. Für Hitler wirkt vor allem ein gewisser Herr Sommer. Als die Demokratische Partei am 27. Januar eine Reihe öffentlicher Versammlungen in Berlin veranstaltete, versuchte im Schillerpark in Charlottenburg ein Reichspostbeamter in Uniform an der Spitze eines nationalsozialistischen Sturmtrupps die Versammlung zu sprengen. Der Sozialist, der für die Demokraten durch das Reichsbanner gestellt war, befreite die Radfahrer mit polizeilicher Hilfe aus dem Saal. Bei dem Getümmel blieb die Wäge des Postkutschners in den Händen der Reichsbannerleute, sie wurde gegen Quittung bei der

Aluixio Azevedo Ein brasilianisches Mietshaus

Trotz Jeronymos Benehmen kam es Piedad nie in den Sinn, daß er seine Vaterrechte vermisst hatte, und sie hatte daher immer ein schlechtes Gewissen, weil sie seine Wünsche außer acht ließ und dem Kind gestattete, ins Haus zu kommen. Aber was war eigentlich schon dabei? Sie beruhigte sich damit, daß sie ein Recht auf diesen einzigen Trost hätte, da ihr Leben doch sonst alles Ansehens und aller Stütze beraubt war. Bombinha hatte in der Siedlung gewohnt, war rein und unverdorben angewachsen und hatte zur rechten Zeit einen anständigen Mann geheiratet.
So kam Senhorina immer weiter nach Sao Romao; erst kam sie Sonntags morgens und feierte nachmittags in ihre Schule zurück, und später kam sie Sonnabend nachmittags und blieb bis Montag morgen. Als Jeronymo das von der Schulvorsteherin erfuhr, ärgernte er sich sehr, aber nach einigem Überlegen kam er zu der Ueberzeugung, daß Piedad ein Anrecht auf diesen Trost besaß und wandte nichts dagegen ein, obgleich er selbst sein Kind nur zu sehen bekam, wenn er es an Werktagen besuchte. Gewöhnlich brachte er ihr Obst und Süßigkeiten mit und fragte immer besorgt, ob sie auch nichts zum Anziehen brauche. Aber eines schönen Tages kam er in einem so betrunkenen Zustande hin, daß er nicht hineingelassen wurde, und von da an schämte er sich so sehr, daß er sie nur noch selten besuchte.
Nach einiger Zeit brachte Senhorina ihrer Mutter eines Sonntags eine Rechnung für vier Monate Pension in der Unterwelt und gleichzeitig einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß man das Kind nicht länger in der Schule behalten könne, wenn die Rechnungen nicht pünktlich beglichen würden. Piedad rang die Hände und fing an zu weinen. Wenn ihr Mann so weit gekommen war, daß er sein Kind nicht mehr unterhalten wollte, wo sollte sie das Geld hernehmen, um das Mädel zu erziehen.
Wo ging sie zu Jeronymo, um ihn um Hilfe zu bitten, denn sie mußte schon, wo er wohnte; aber er war beleidigt über ihr Kommen und ließ ihr sagen, er sei nicht zu Hause. Sie aber bestand darauf, daß sie warten müsse, bis sie ihn

sprechen könne und erklärte mit erhobener Stimme, daß sie nicht ihretwegen hier sei, sondern des Kindes wegen, das man aus der Schule zu jagen drohte.
Jeronymo ließ sich endlich sehen und kam mit dem zerknirschten Ausdruck eines Opferlammes, das nicht Kraft genug hat, sich von den Banden der Sünde loszureißen. Als sie ihn sah — es war das erste Mal, seit er aus dem Krankenhaus entlassen worden war —, verlor die arme Frau alle Selbstbeherrschung und brach in einen Strom von Tränen aus. Der schuldige Gatte senkte die Augen, war verlegen vor diesem Gefühlsausbruch und tief gerührt über die Veränderung, die er an seiner verlassenen Frau bemerkte. Voller Reue über den Kummer, den er ihr angetan hatte, behandelte er sie freundlich und bat sie mit heiserer Stimme und zugeknüppelter Kehle beinahe um Verzeihung.
„Mein armes Weib!“ stammelte er und legte seine Hand auf ihren Kopf.
Und so standen die beiden da und starrten einander an. Piedad lehnte sich danach, sich in seine Arme zu werfen und ihn zu bitten, wieder nach Hause zu kommen und wieder ihr Mann zu sein. Einen Augenblick schimmerte ein Hoffnungsstrahl in ihrem Herzen, und sie glaubte, mit dem Gatten ihrer Jugend noch einmal glücklich sein zu können. Sie war auf harte Worte und bittere Vorwürfe gefaßt gewesen, weil sie in das Paradies des Liebespaars eingedrungen war. Sie hatte sogar halb und halb erwartet, Beleidigungen zu hören und vielleicht von Jeronymos und Ritas neuen Freunden lächerlich gemacht zu werden. Als sie ihn also traurig und müdeidig sah schmolz ihr das Herz in der Brust, und ihre Liebe war stärker als ihre Empörung und ihr Groll. Als ihr daher Jeronymo mit tränensuchten Augen die Hand erst auf die Schulter und dann um die Taille legte, schwankte sie ihm entgegen, vergrub ihren Kopf an seiner Brust und schluchzte hemmungslos. So meinten sie einige Augenblicke einer in den Armen des anderen.
„Daß dir's nicht so zu Herzen gehen“, murmelte er. „Wir sind eben vom Schicksal verfolgt, weiter nichts“, fügte er hinzu und wischte sich die Augen mit dem Handrücken ab. „Es ist, als wäre ich gestorben, und du solltest auch an mich denken wie an einen Toten. Sei überzeugt, ich werde dir nie etwas Böses wünschen. Jetzt geh aber nach Hause und gräm dich nicht, ich werde die Schulrechnung für das Kind bezahlen und zusehen, daß ich auch dir helfen kann. Und wenn du betest, so bitte nur unsern Herrn, mir zu vergeben, daß ich dir so viel Kummer bereitet habe.“

Er brachte sie an die Haustür, wo sie ihn mit tief gesenktem Kopf verließ. Ihre Zunge brachte kein Wort hervor, und Tränen fielen auf den alten Wollschaf, den sie um die Schultern trug.
Aber Jeronymo zahlte die überfällige Rechnung weder an dem, noch am folgenden, noch am übernächsten Tag. Der Monat verging, und noch immer war sie nicht bezahlt. Es tat ihm leid, daß er sein Versprechen nicht einhielt, aber er mußte nicht, woher er das Geld nehmen sollte. Was er verdiente, genügte kaum, um seine und Ritas Ausgaben zu decken. Er hatte schon Vorschuß genommen und hatte bei den meisten Kaufleuten in der Nachbarschaft Schulden. Rita war erpantogant und lud gern Freunde zu Tisch ein, und sie hatte eine ausgesprochene Schwäche dafür, an Geburtstagen und Feiertagen und auch ohne besondere Veranlassung Geschenke zu machen. Er wollte diese großzügige Ader bei ihr nicht unterbinden, denn er fürchtete sich vor allem, was seinen Glücks Traum zerstören könnte. So tief stand er in dem Bann der Mulattin, daß er schwieg, wenn sie rücksichtslos Geld ausgab und ihr Gebaren sogar durchaus anerkennen schien, obgleich er im Innersten verstimmt und unglücklich war und sich fragte, wie lange das so weitergehen könnte.
Der ständige Gedanke an seine Frau und sein Kind und an seinen Wortbruch ihnen gegenüber rief seine Reue wach, die nun der zur Schau getragenen Zufriedenheit mit Ritas Haushaltsführung das Gleichgewicht hielt. Er war sich durchaus klar darüber, wie gemein er sich zu Piedad und seinem kleinen Mädchen benahm, aber der bloße Gedanke, einen Sturm heraufzubeschwören, der eine Trennung von Rita Babiana mit sich führen könnte, verletzete ihn in rasende Angst. Er beteuerte sich immer wieder, daß er lieber alles dulden, als seine neue Geliebte verlieren wolle.
Und um die Stimme seines Gewissens zu betäuben, die ihn mahnte seit dem Tage, an dem er sein Versprechen gegeben und es nie erfüllt hatte, fing er an, stärker denn je zu trinken; Jeronymo kam jetzt fast täglich total betrunken nach Hause. Als also Piedad am Ende des Monats ihren Besuch diesmal mit ihrer kleinen Tochter eines Sonntags wiederholte, fand sie ihn trinkend inmitten eines Kreises von Freunden. Jeronymo begrüßte sie mit Hallo und bestand darauf, daß sie nähertrat. Er küßte das Kind stürmisch, hob es in die Luft und freute sich immer wieder über sein gutes Aussehen. Er bat ihnen Entschuldigungen an und rief die Mulattin. Die beiden Frauen sollten sich veröhnen und Freundinnen werden — das war sein Wille. (Fortf. folgt.)

Gewinne aus der Hauszinssteuer.

Die Hausbesitzer bereichern sich auf Kosten der Mieter.

Auf Einladung des Reichsbundes deutscher Mieter sprach vor den Mieterbeisitzern der Mieteinigungsämter und der Mietaufhebungsabteilungen der Amtsgerichtliche Rechtsanwältin Genoffe Dr. Strauß über die Mietzinssteuer.

In Preußen beträgt die Hauszinssteuer gegenwärtig das Zwanzigfache der Grundbesitzsteuer. Sie ist mit 48 Proz. der Friedenämter in die gesetzliche Miete eingerechnet und wird so auf die Mieter umgelegt. Durch diese verschiedene Berechnung fließt häufig ein beträchtlicher Gewinn in die Tasche des Hauseigentümers. Obwohl in den Parlamenten bereits häufig Sturm gegen diesen Zustand gelaufen wurde, war es bisher nicht möglich, eine Milderung herbeizuführen. — Die Hauszinssteuer kann von den Steuerklassen bei nachzuweisender Bedürftigkeit des Mieters gestundet oder niedergelassen werden. Als bedürftig gelten solche Familien, deren Einkommen bei 2 Personen 1200 M., im Jahre nicht übersteigt, (3 Personen 1300 M., 4 Personen 1400 M., 5 Personen 1500 M., 6 Personen 1700 M. und 200 M. für jede weitere Person.) In Anrechnung gestellt wird aber das Gesamteinkommen sämtlicher Familienangehöriger. Bei Wohlfahrtsunterstützungen ist dazu eine Befreiung des Wohlfahrtsamtes zu beschaffen, bei in Arbeit stehenden Personen eine solche des Arbeitgebers. Die Antragsformulare sind bei den Steuer- und Finanzämtern erhältlich. Sie sind genau auszufüllen und durch den Vermieter der Steuerklasse zu zustellen. Der Vermieter darf die Anträge nicht aus irgendwelchen Gründen zurückhalten! Sobald ein Entschluß über Stundung oder Niedergelassung vorliegt, kann der Mieter die Miete um den im Entschluß genannten Betrag kürzen. Der Entschluß wird dem Vermieter zugestellt, der Mieter sollte sich jedoch das Original vorlegen lassen. Wenn der Antrag abgelehnt wird, trotzdem die Grundlagen für Stundung oder Niedergelassung gegeben sind, ist die Aufsichtsbehörde beim Katasteramt anzurufen.

Freibad mit Komfort.

Vier neue massive Hallen auf dem Wannsee-Badestrand.

Der weitere Ausbau des Freibades Wannsee gehört zu den Arbeiten, die auch im Rahmen des Sparprogramms ausgeführt werden. An Stelle der mit Stroh gedeckten Holzbauten, deren baupolizeiliche Genehmigung jetzt abgelaufen ist, werden an einer etwa 400 Meter langen Böschungsbauweise vier große massive Umkleehallen und ein Strandrestaurant errichtet. Jede Halle enthält im Erdgeschoß die Garderobenaufbewahrung, im obersten Stockwerk Einzel- und Doppelzellen und auf dem flachen Dach Brausebäder und Einrichtungen für Sonnenbäder. Untereinander werden die Hallen, die jede einen Block für sich bilden, durch einen gedeckten Wandelgang verbunden werden. In einer fogenannten Bodenhalle werden Lebensmittelgeschäfte, ein Friseur und eine Wäscherei mit Kleiderreinigungs- und Bügelbetrieb eingerichtet werden. Das Restaurant und alle anderen Einrichtungen des Freibades werden mit Maschinen und Apparaten der modernsten Technik ausgestattet, um auch bei härtestem Witterungsdruck, wie er an heißen Sommertagen häufig herrscht, allen Anforderungen des Publikums gerecht zu werden und den Betrieb wirtschaftlich zu gestalten.

Die vier Hallen und das Restaurant werden bis zum Beginn der Badesaison fertiggestellt werden.

Werbewerbe der Schneider.

Das Schneidergewerbe rühmt die Werbetrommel; es möchte, wie man es bei einer Preisbesprechung aus dem Munde des Vorsitzenden Theodor Kesting vom Reichsverband des deutschen Schneidergewerbes hörte, gern die Menschen überzeugen, daß in der Maßschneiderei ein Teil Eigentum des Volkes begründet liegt, das gefördert werden muß. Aber wie soll dies bei den heutigen Preisen geschehen? Die Schneider versichern, der hohe Preis für Maßarbeit liegt in der Qualitätsarbeit begründet. Gute Stoffe sind auch nicht billig und der strenge Reichsstarif im Gewerbe sichert in circa 480 Positionen jede Art der Ausführung. Wenn sich die Anfertigungspreise so verschieden gestalten, zwischen 60 und 160 Mark, so liegt diese Differenziertheit in der Verschiedenartigkeit der Ausführung begründet. Eine kleine Ausstellung, die im Rheingold gezeigt wurde, hatte die feinsten Stücke der ersten Schneider in Deutschland zum Vergleich gestellt, wobei der Begriff „Schneider machen Leute“ wirklich zu erkennen war. Hier war das Handwerk zum Kunsthandwerk erhoben, was es bei einem individuellen Kleiderkünstler ja auch ist; aber wie wenig Glückliche können auf solche Bedienung Anspruch erheben? Man erfährt auch, daß nur 75 Prozent im Gewerbe während der Konjunktur beschäftigt sind und nur 40 Prozent gar in der stillen Zeit. Ein Ueberströmen der Arbeiter aus der ebenfalls stillliegenden Konfektion zurück zur Maßschneiderei brachte ein Uebermaß von kleinen selbständigen Erlöse, die nicht lebensfähig sind. Man möchte, um gerecht zu sein, nicht nur dem Schneidergewerbe bei seiner Werbung den besten Erfolg wünschen, sondern nach vielmehr der Landwirtschaft. Wenn breite Volksschichten einmal wieder in die Lage versetzt sein werden, einen anständigen Anzug bei einem anständigen Schneider bestellen zu können, so wird sich auch die sichtbare Not dieses hochqualifizierten Handwerks wieder beheben.

Nutige Tat eines Bierjüngers.

In Staaten befindet sich ein größerer, etwa drei Meter hoher Teich, in den die Abwässer der Kläranlage fließen. Am Ufer spielen vor kurzem mehrere Kinder, unter denen sich der dreijährige Gerhard Schulz aus Staaken befand. Der kleine Sch. rückte von der schlüpfrigen Böschung ab und stürzte ins Wasser. Die Spielfreunden des verunglückten Kindes liefen nun schreiend davon. Als der vierjährige Herbert Hemmer, der gerade des Bades kam, von dem Vorgefallenen erfuhr, eilte er herbei, warf nur seinen Oberrock ab und sprang kurzentschlossen ins Wasser. Es gelang dem mutigen Jungen, den Verunglückten, der bereits untergegangen war, zu fassen und sicher an Land zu bringen. Es wurden sofort Wiederbelebungsvorkehrungen vorgenommen, die nach einiger Zeit auch von Erfolg waren.

Direktor Brodat schwer verunglückt. Gestern ereignete sich in den späten Nachmittagsstunden in der Müllendorferstraße ein Autounfall, bei dem der Direktor der BSB, der Genosse Fritz Brodat, schwer verunglückte. Genosse Brodat befand sich auf der Rückfahrt von dem Bahnhof der BSB in Wilmberg als sehr Wagen mit einem Postauto zusammenließ. Er erlitt einen mehrfachen Unterarmbruch, sein Begleiter, Dr. Lodermann, kam mit einer leichteren Kopfverletzung davon.

Milchzinsen verunfallt. Der Milchbuhndler Herr Richard Debusch wurde am 17. März bei der Firma Köhler u. Wolf beim Wägen der Milchzinsen verunfallt.

Zuchthaus für den Bauwächter.

Das Verbrechen an der Tochter. — Und Hilde Zepernick?

Das Schöffengericht Lichtenberg verurteilte den Bauwächter Schulz wegen Blutschande und Sittlichkeitsverbrechens an seiner eigenen Tochter zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Es war vielleicht eine der erschütterndsten Verhandlungen, die man in der letzten Zeit in Berliner Gerichtssälen erlebt hat. Angesichts sonderbar sinnlichen Glanz trat die Tat dieses Vaters, der sich an seiner Tochter verging, zeitweilig vollkommen in den Hintergrund. Ein von sechzehn Kindern eines trunksüchtigen Vaters, der in Gegenwart der Kleinen deren Mütter prügelte, war der Junge in elendster Umgebung herangewachsen. Dreizehnjährig vergriff er sich an seiner Schwester. Dann kam die Heirat mit einem fünf Jahre älteren Mädchen gegen den Willen der Eltern; der Kopfschmerz, Krankheit und Trunksucht konnten ein zufriedenes Eheleben nicht auskommen lassen. Die Frau verlor für den Mann bald den Reiz, auf der Suche nach anderen Reizen geriet er an seine Tochter — er wiederholte, was er als Junge mit seiner kleinen Schwester betrieben hatte. Man sah diese Tochter; ein bestimmtes Schweigen herrschte im Gerichtssaal, als die Bierjährige mit sich den von Dramatik erfüllten inneren Kampf auszutragen hatte: ausfragen oder nicht? „Dein Vater ist hier angeklagt“, sagte der Vorsitzende in väterlicher Weise, „als Tochter brauchst du nicht auszufragen. Du mußt ganz allein darüber entscheiden, ob du ausfragen willst.“ Schweigen. „Nein?“ Schweigen. „Was willst du?“ Wieder Sekundenlanges Schweigen. „Du brauchst nur ein Wort zu sagen, das kann ja oder nein lauten.“ „Nein.“ Die Kleine kann sich entsinnen. Der zehnjährige Sohn des Angeklagten wird vom Vorsitzenden selbst aus einem Nebenraum herbeigeführt. „Dein Vater ist wegen unzüchtiger Handlungen angeklagt, wegen Sittlichkeitsverbrechen. Du hast das Recht, zu erklären, daß du nicht ausfragen willst. Kein Mensch hier im Saal darf dir sagen, was du tun sollst.“ Der Kleine schweigt. Auch die Frau des Angeklagten mit einem almodischen Hut auf zerzauster Frisur, mit einem Gesicht voll Ringeln und von eigenümlicher Härte, äußerst dürrig gekleidet, verweigert ihre Aussage. Ebenso die Schwägerin des Angeklagten. Nur der Schwiegervater sagt aus. Er ist nicht gut auf seinen Schwiegersohn zu sprechen. „Ich muß weit zurückgreifen“, sagt er. „Er ist ein Vagabund.“ Der Vorsitzende mahnt den Zeugen zur Vorsicht. Dieser weiß manches Schlechte über den Angeklagten zu erzählen, im großen und ganzen ist es aber nicht so viel, wie man annehmen konnte. Man erfährt auch, wie es zur Anzeige gekommen ist. Schon im Jahre 1927 will der Zeuge gegen den Schwiegersohn Verdacht geschöpft haben: die Kleine habe verschiedene Andeutungen gemacht und gemeint, als der Vater sie von den Großeltern wieder aufs Land nehmen wollte. Als der Vater im Zusammenhang mit der Ermordung der Hilde Zepernick verhaftet wurde, soll die Kleine gesagt haben: „Gott sei Dank, wenn er nur nicht wieder herauströmt.“ Als er sie dann nach der Haftentlassung am 11. November wieder zu sich

nehmen wollte, da sagte sie: „Ich gehe nicht mehr mit“, und erzählte, was der Vater mit ihr machte. „Beschalt haben Sie nicht schon früher etwas unternommen, wenn Sie Verdacht geschöpft haben?“ „Ich wußte doch nichts Genaues“, antwortete der Zeuge.

Alle drei Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Medizinalrat Dr. Seppmann und der Psychoanalytiker Rechtsanwält Dr. Staub waren darüber sich einig, daß es sich in diesem Falle um einen erblich schwer belasteten infantilen Menschen handelte, auf dessen Nervensystem die Vererbung als auch die Kriegsverletzung als auch der Alkoholgenuss nicht ohne Wirkung geblieben waren. Psychopathisch schwer minderwertig, verwickelte er sich in Liebesverwicklungen auf infantiler Grundlage. Die Anwendung des § 31 konnte für ihn nicht in Betracht, da eine freie Willensbestimmung nicht unbedingt ausgeschlossen erschiene.

Das Kapitel der Blutschande des Bauwächters Schulz ist mit dieser Verhandlung abgeschlossen. Als der Vorsitzende den Angeklagten fragte, ob er, wenn man ihn freilasse, sich wieder der Tochter nähern würde, erwiderte er unter Tränen: „Nein, um Gotteswillen nicht.“ Hat Schulz aber das Sittlichkeitsverbrechen an der Kleinen Hilde Zepernick begangen? Hat er dieses Kind geübt? Darüber brachte die Verhandlung keine neuen Anhaltspunkte.

Die Tragödie im Grunewald.

Tötung auf Verlangen? — Die Angeklagte freigesprochen.

In dem Prozeß wegen des im Grunewald erschossenen Chauffeurs sprach das Gericht die Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei.

Bei ihrer weiteren Vernehmung äußerte sich die Angeklagte ausführlich über die Tat selbst. Darüber hat sie verschiedene Darstellungen gegeben und wickelt heute wieder von ihren früheren Angaben völlig ab. — Der Vorsitzende hielt der Angeklagten vor, daß sie über die Tat sieben verschiedene Darstellungen gegeben habe. Zwei Monate nach dem Verfall habe sie vor der Polizei weinend ein glattes Geständnis abgelegt. Nach dieser Darstellung hätte Udo ihr die Pistole in die Hand gegeben und sie habe diese auf 20 Meter Entfernung auf seine Schäfte gerichtet und abgefeuert. Die Polizei habe sich bemerkt, die Vorgänge zu rekonstruieren, und drei Beamte seien mit ihr hinausgefahren und hier hätte sie gezeigt, wo sie gestanden und wie sie die Pistole gehalten habe. Es seien darüber auch photographische Aufnahmen gemacht worden. Diese Darstellung komme dem Obduktionsfund auch am nächsten. Die Angeklagte erklärte darauf immer wieder: „Ich bleibe dabei, daß meine heutige Darstellung die richtige ist.“

Nach der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen sollte das Gericht den bereits oben mitgeteilten Freispruch.

Wildwest in Oberschlesien.

Wieder ein Postauto überfallen.

In der Gegend von Kreuzburg in Oberschlesien zwischen den Orten Salschütz und Lunau, wurde gestern abend wieder ein schwerer Raubüberfall auf ein Postauto verübt.

Der Wagen transportiert Gepäck und Passagiere. Zwischen den beiden genannten Orten sah der Chauffeur plötzlich im Nicht seiner Scheinwerfer einen Baumstamm quer über den Weg liegen. Er glaubte zunächst, daß er vom Winde umgeworfen wäre und stieg ab, um das Hindernis zu beseitigen. Dabei entdeckte er, daß der Baum von Menschenhand umgeworfen war. Nichts Gutes ahnend, wollte er schleunigt zu seinem Wagen zurückfahren. Da trat aus Walde ein Mann heraus, der ein Gewehr in Anschlag hielt und dem Fahrer rief: „Hände hoch!“ Ein zweiter, der aus der Dunkelheit hervorlief, nahm der Postchauffeur die Schlüssel zum Wagen ab. Er öffnete die Fächer und holte fünf Postbeutel heraus. Außer den Briefsendungen enthielten sie 1425 Mark in barem Geld. Der einzige Fahrgast des Wagens war eine Krankenschwester, die von den Begegnern durch Drohungen in Schach gehalten wurde. Mit ihrer Beute verschwanden sie im Walde und entkamen. Der Chauffeur teilte mit dem Wagen zurück und erstellte Anzeige bei der Polizei. Eine genaue Beschreibung kann er nicht geben, denn die beiden Räuber blendeten ihn absichtlich mit ihrer Lampe, und er meint auch, daß sie ihre Gesichter mit Ruß geschwärzt hätten. Bei Nachforschungen wurde in einem halben Kilometer Entfernung vom Tatort die zerrissene Post und die leeren Postbeutel gefunden.

Ein Jahr Gefängnis für rücksichtslosen Autofahrer.

Am Totensonntag um 4 Uhr nachmittags fuhr der Chauffeur Arthur Dietrich durch die Potsdamer Straße in der Richtung Schöneberg mit sehr großer Geschwindigkeit. Vor ihm fuhr ein Privatauto, das er überholen wollte. Er bog links vorbei. Obwohl an der Haltestelle der Straßenbahn an der Ecke der Wilhelmstraße 10 bis 12 Personen im Begriff waren, in die gerade dort haltende Straßenbahn einzusteigen, fuhr er mit unverminderter Geschwindigkeit dicht neben der Straßenbahn rücksichtslos in die Menschenmenge hinein. Die Folge davon war, daß ein Kaufmann Vanger totgefahren und 5 weitere Personen, darunter ein Vater mit seinem Sohn und eine Mutter mit ihrer Tochter verletzt wurden. Das Gericht verurteilte unter ausdrücklicher Verlangung mildernder Umstände den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

2 Milliarden Reisende bei der Reichsbahn 1929.

Nach den nunmehr vorliegenden Betriebsergebnissen wurden von der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Jahre 1929 insgesamt 681 Millionen Zugkilometer (1928 644 Millionen) gefahren, von denen 418 Millionen auf den Personen- und 263 Millionen auf den Güter- und Dienstverkehr entfielen. Die Zahl der Wagenkilometer belief sich auf 30,93 Milliarden (1928 29,50 Milliarden). Mit diesen Zahlen wurde also das Ergebnis des Vorjahres um 37 Millionen bzw. 1,13 Milliarden übertroffen. Die Zahl der beförderten Personen liegt bisher erst mit vorläufigen Ergebnissen vor; demnach wurden 1929 insgesamt 2,054 Milliarden Personen befördert gegen 2,032 Milliarden im Jahre 1928. Es ist also eine geringe Zunahme von 2 Millionen zu verzeichnen. Im Personenverkehr wurden die höchsten Verkehrsleistungen im September und Mai mit 168,6 bzw. 165 Millionen beförderten Personen erzielt, während der sonst stärkste Verkehrsmonat Juni im

vergangenen Jahre mit 181,3 Millionen beförderten Personen hinter diesen Zahlen zurückblieb. Die mittlere Reiseweite, auf eine Person berechnet, erreichte infolge des Einflusses der Ferienreisen im Juli mit 27,23 Kilometern ihren höchsten Stand; sie blieb damit um 0,98 Kilometer gegenüber dem Juli 1928 zurück. Den schwächsten Verkehr wies, wie üblich, der Monat Februar mit 732 Millionen Wagenkilometern und 143,3 Millionen beförderten Personen auf.

Auslandsfahrten von Schülern.

Die nach dem Ende der Inflation ansehenden Fahrten von Schülergruppen ins Ausland haben damals und bisher auch gelegentlich zu Unfällen geführt, die darauf zurückzuführen waren, daß die einzelnen Reisen nicht genügend vorbereitet waren. In der letzten Zeit sind jedoch die Reisen in dem kurzen Zeitraum der Sommerferien in einzelnen Ländern zu sehr häufig. In den Jahren 1924/25 hatte daher das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hart einschneidende Bestimmungen erlassen und insbesondere die Genehmigung des Regierungspräsidenten für jede Reise vorgeschrieben. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden durch einen neuen Erlass des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung diese Einschränkungen nunmehr, da eine gewisse Bereinigung auf diesem Gebiete eingetreten ist, aufgehoben, gleichmäßig aber verfügt, daß der Schulleiter selbst für gründliche Vorbereitung, sorgfältige Auswahl der Schüler und der Führung, Beschränkung auf einen kleinen Kreis usw. verantwortlich ist und Beratung durch das auswärtige Amt und Auslandsvertretung sichergestellt wird.

Berühmte Gemälde in London gestohlen.

Ein dreierlei Dickschicht kostbarer Gemälde wurde gestern in der Carlton-House Gallery entwendet. Die Diebe haben achtzehn Bilder gestohlen, unter denen sich vier Rembrandts, ein Rubens und mehrere Gainsboroughs befanden. Der Wert der gestohlenen Gemälde wird auf 30 000 bis 40 000 Pfund geschätzt.

Glückwunsch an Staatssekretär Meißner. Bürgermeister Schatz und Stadtordeordnetenrat haben dem Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten Dr. Meißner namens der städtischen Körperschaften herzlichste Glückwünsche zum fünfzigsten Geburtstag ausgesprochen.

Erfolgreicher im Theater am Kottbuser Tor. Das Märzprogramm bringt als Einleitung eine wertvolle Szene von Max Neumann „Der Strohdummkopf“. Emil Stein genießt in seinen „Liedern der Liebe“. Max Steidl, Mons Bornemann bringen eine originelle Groteske „Reisezeug am Hermannsplatz“. Schorsch Rusch hat, wie immer, neue Einfälle und wußte mehrmals vor dem Vorhang erscheinen. Ein Gemälde von Louis Schneider „Sturmocher und Bärde“, spielte im Jahre 1815 in Frankreich, wurde von Hans René und Emil Stein flaut und mit gutem Humor dargestellt. Recht nett das Lebensbild von Max Neumann „Die Lindenwälder“. Den Schluß bildete eine sehr gut zusammengefaßte Parodie „Au-Rig-Mon“ von M. Neumann. Langanhaltender Beifall dankte allen Mitwirkenden.

Magyar in der Behrenstraße. Ein Kistenwagen voll aktiver Leistungen, in dem das ungarische Element dominiert. Da ist Raja Mat in ihren Phantasiegestalten. André u. Harry. — Beize der ohne Worte — nennt sich das bestrahlte Lenzpaar mit farbigen Kostümen und guten Tangos, Gesänger Reusov bringen Ungarische. Käth Gorden und Harry Wilden freieren den alten, schönen Wiener Balzer und einen modernen Tango. Altona bringt einen gut durchgeführten Kopfbalanzakt, die Oster Rillos zeigen gymnastische Reaktionen in verbühnender Art, tonische Radfahrer, Kontoristen, Humilisten, kurz alle Gebiete der Kritik sind hier vertreten. Und durch's Regoppan bläst ein Stimmungstrio den Anwesenden die neuesten Schläger ins Gemüt.



Nochmals „Berliner Festspiele 1930“

Warum die Sozialdemokraten sich gegen die Veranstaltung wenden

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat am 6. März einen Antrag eingebracht, durch den sie erreichen wollte, daß Aufführungen der Städtischen Oper und Darbietungen des Philharmonischen Orchesters, die im Frühjahr und Sommer dieses Jahres stattfinden, nicht in Verbindung gebracht werden mit einer sogenannten „Festspielwoche“, die trotz der teilweise unangenehmen Erfahrungen des Vorjahres in diesem Jahre in Berlin wiederholt werden soll. Dieser sozialdemokratische Antrag ist im Plenum der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 11. März angenommen worden, und zwar nicht nur, wie falsch unterrichtet Blätter schreiben, von einer Linksmehrheit, sondern nach der Verkündung des Stadtverordnetenvorsethers beinahe einstimmig, also auch von Fraktionen und Parteien, deren Blätter merkwürdigerweise gegen dieses Vorgehen der Sozialdemokraten in Berliner Stadtparlament aufgetreten waren. Es verdient hierbei hervorgehoben zu werden, daß ein sonst ziemlich maßgebender Stadtverordneter der sogenannten „bürgerlichen Mitte“, der in Berliner Wirtschaftskreisen sehr bekannt ist und einer Fraktion angehört, der wenigstens zeitweilig die „Ulstein- und Rasse-Presse“ nahezu stehen scheint, in einer Körperschaft, die über die Festspielwoche sprach, erklärt hat: „Es muß alles getan werden, um diese Festspielwoche kaputt zu machen.“

Niemand — am allerwenigsten die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion — will verhindern, daß in der Zeit, in der Berlin vielleicht mit einem erhöhten Fremdenverkehr rechnen kann, besonders hervorragende Opernvorstellungen stattfinden. Fast alle Vertreter der Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben im Ausschussrat der Städtischen Oper den Ausführungen des Intendanten Tietjen zugestimmt, die dahin gingen, am Ende der sogenannten Hauptzeit der erfolgreichsten und künstlerisch hochwertigsten Opernaufführungen der vergangenen Spielzeit nochmals zu wiederholen und hierbei auch die ständig vorgesehene Volksvorsitzungen, die zum Einheitsbeitragspreis von 2 Mk. geboten werden, nicht ausfallen zu lassen. Da der städtische Intendant Tietjen zugleich Generalintendant der staatlichen Opern ist, wird er die gleiche Idee ohne weiteres auch in den staatlichen Instituten durchführen können. Hieran können ihn übrigens Entscheidungen städtischer Körperschaften nicht hindern. Diese wollen auch keineswegs das Philharmonische Orchester, an dem jetzt die Stadt maßgebend beteiligt ist, veranlassen, etwa von diesem für die gleiche Zeit geplante Konzerte nicht stattfinden zu lassen.

Die „Kunstabsichten“ privater Persönlichkeiten.

Nur dagegen muß nachdrücklich Einspruch erhoben werden, wie er auch eindeutig in dem jetzt angenommenen Antrag niedergelegt worden ist, daß solche Aufführungen, die teils zu den normalen Kassenpreisen, teils, wie oben vermerkt, zu volkstümlichen Preisen stattfinden sollen, hineingepreßt werden in den Rahmen einer sogenannten Festspielwoche, die getragen werden soll von einem Komitee privater Persönlichkeiten, deren besondere „Kunstabsichten“ durch die städtischen Körperschaften nicht beeinflußt werden können. Bisher ist es unerrätlich, in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen und politischen Not ausgerechnet eine Festspielwoche veranstalten zu wollen. Diejenigen, die dies möchten, zeigen ein so geringes Verständnis für psychologische Wirkungen und für soziale Zusammenhänge, daß schon aus diesem Grunde die verantwortlichen Vertreter der Stadt jede Verbindung mit ihnen ablehnen müssen. Ferner ist zu sagen, daß die Berliner städtische Kunstpflege nicht direkt oder indirekt beeinflußt werden darf von solchen unkontrollierbaren Komitees. Der kommunistische Redner hat mit bewusster Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten jetzt zu der „Gegenmeinung“ gekommen wären, die ihr Antrag zeigt, nachdem sie bei der vorjährigen Veranstaltung der Festspielwoche in deren Arrangement „zu Haar gefunden hätten“. Die Sozialdemokraten haben im Ausschussrat der Städtischen Oper wie auch in der städtischen Kunstdeputation schon im vorigen Jahre mit Vertretern anderer Fraktionen Bedenken erhoben gegen diese Art der Sonderaufführungen, vor allem, soweit die unangenehme Form der Propaganda und die ganz ungewöhnliche Festsetzung der Eintrittspreise in Betracht kamen. Es wurden damals für einzelne Aufführungen Eintrittspreise von 100 oder 150 Mk. erhoben. Man hatte also von vornherein solche Aufführungen für einen kleinen Kreis Besucher bestimmt und wollte — unter Ausschaltung kunstbegeisterter Proletarier — möglichst „unter sich bleiben“. Hierbei soll nichts gegen den Kunstwert dieser Aufführungen im allgemeinen gesagt werden, obwohl im Einzelnen auch ernste Kritiker Einwendungen erhoben haben. In der städtischen Kunstdeputation ist diese Frage im vorigen Jahre behauerlichermaßen mehr nebenbei behandelt worden, und man hat sich (bei einer ungenügenden Belegung dieser Kunstdeputation) leider damals dabei beruhigt, daß die Stadt Berlin finanziell durch diese Festspielwoche nicht belastet würde. Die Stadt Berlin darf es nicht mehr zugeben, daß öffentliche Veranstaltungen, die mit ihrem Namen und indirekt auch mit ihrer Verantwortlichkeit gedeckt werden müssen, getragen werden von privaten Komitees. Mit aller Deutlichkeit kann hier ohne jede Rücksichtnahme darauf verwiesen werden, daß zu den Garantiezählern der vorjährigen Festspielwoche auch die Gebrüder Starek gehörten. Wenn auch festgestellt werden kann, daß man zur damaligen Zeit nicht das jetzt feststehende Ende der Firma Starek voraussehen konnte, so ist doch allein schon die Tatsache kennzeichnend genug, daß diesem Komitee der Festspielwoche die Fraktion der Stadt Berlin angehören konnten, die wohl nicht allein aus künstlerischen Absichten heraus Geld für solche Zwecke gegeben hatten. Das ist das „Haar“, das die Sozialdemokraten allerdings in den Voraussetzungen für das Arrangement der Festspielwoche gefunden hatten. Wenn auch nicht ohne weiteres erwartet werden soll, daß die übrigen Vorgänge des Starek-Falles sich wiederholen, so bleibt es doch nach wie vor untragbar für die Stadt, sich auch nur ideell und in ihrer moralischen Verantwortung in Verbindung bringen zu lassen mit einer derartigen Vereinigung, deren Zusammenfassung sie nicht bestimmen kann und deren künstlerischem Programm sie letzten Endes folgen soll. Dieses Programm sieht u. a. auch vor besondere Aufführungen, die das

Jubiläum eines Berliner Theaterleiters bemerkbar machen sollen, mit dem die Stadt Berlin schwere Steuerdifferenzen hat, die heute noch nicht ausgeglichen sind. Ist das Komitee rechtzeitig mit maßgebenden Vertretern der Stadt Berlin in Verbindung getreten, um eine Überprüfung ihres Programms durch die zuständigen Instanzen zu ermöglichen? Als solche zuständigen Instanzen müssen allein Ausschussrat der Städtischen Oper, Ausschussrat des Philharmonischen Orchesters und die städtische Kunstdeputation angesehen werden.

Die Sozialdemokraten haben — vorzugsweise in ihrer Berliner kommunalpolitischen Arbeit — bewiesen, daß sie keine Kunstbanausen sind. Eine städtische Kunstpflege, wie sie dem Proletariat gegenüber verantwortet werden kann, kann nicht in Verbindung gebracht werden mit den Arrangements privater Kreise. Man hat überdies im vorigen Jahre behauptet, man erreiche durch die Veranstaltung der Festspielwoche eine Steigerung des Berliner Fremdenverkehrs. Die statistischen Unterlagen beweisen, daß diese Voraussage keineswegs in einem Umfang zugehtroffen ist, der eine Wiederholung der Festspielwoche rechtfertigen würde. Damit ist

auch bewiesen, daß der Hinweis auf die Erwerbslosen, die durch solche Belegung des Fremdenverkehrs Arbeit erhalten könnten, keineswegs stichhaltig ist.

Wenn diese privaten Persönlichkeiten in so eigenartiger Weise ein „Käsepatentum“ ausüben wollen, so ist das nur eine Wiederholung der überalterten Formen „festlicher Veranstaltungen“, die die Sozialdemokratie immer bekämpft hat. „Man möchte im Rahmen solcher Kunstbelegung gelegentlich auch einmal genannt werden und dadurch, wenn es auf andere Weise nicht geht, bei der Stadt auf solchem Gebiet vielleicht einen Einfluß erhalten. Es muß doch gefragt werden: Warum geben die Kreise, die behaupten, daß auf solchem Umwege schließlich den Arbeitslosen geholfen werden könnte, das Geld den Erwerbslosen nicht direkt? Doch sie das nicht tun wollen, ist doch wieder klar zum Ausdruck gekommen bei der Verweigerung des Rotopfers durch die Wirtschaftskreise, deren Berliner Vertreter zum Teil gerade diesem Festspielkomitee angehören.

Kein objektives Urteilen — vielleicht gibt es einen kleinen Bräutigam solcher Persönlichkeiten auch bei bürgerlichen Blättern — kann die Gründe, die zum sozialdemokratischen Antrag geführt haben, widerlegen. Zusammenfassend wird festgestellt, daß die Stadt Berlin ihre Opernaufführungen zu normalen Preisen und volkstümlichen Preisen stattfinden lassen wird, ebenso das Philharmonische Orchester seine Darbietungen, wie oben festgestellt. Berlin braucht aber keine „Festspielwoche“ mit aufreißender Reklame in der gegenwärtigen Zeit. Erich Flatau.

Immer neue Kämpfer!

Die Mitgliederzunahme der Berliner Sozialdemokratie

Wir setzen nachstehend unsere Berichte über die Jahresversammlungen der Berliner Sozialdemokratie fort. Auch im Friedrichshain und in Berlin-Mitte die gleichen Anzeichen für den weiteren Aufstieg der Parteiorganisationen: Starke Mitgliederzunahme und festestes Zusammenhalten!

Der Jahresbericht der Partei im Bezirk Friedrichshain, den der Vorsitzende Buchmann gab, sprach darin aus, daß vor allem die Jugendarbeit im letzten Jahre große Fortschritte gemacht hat. Die Parteiorganisation hat durch rege Versammlungsaktivität und Agitation den Zusammenhalt der Organisation gestärkt und die Zahl der Mitgliedschaft um 1296 Neuzugnahmen gesteigert. Im Jahre 1924 waren 225 und im Jahre 1929 3441 Mitglieder in der Partei organisiert. Glänzend befand waren die Frauenabende. Die Arbeiterwohlfahrt hat an der Brommbrücke 1 eine Röhre des Bezirksamts auch für die proletarischen Rütter und Frauen erschlossen. Scharfe Worte fand der Redner gegen die Verhinderung des Bezirksparlamentes durch die städtischen Agitationsanstalten der Kommunisten. Die Partei wird mit allen Nachdruck dafür sorgen, daß die Bezirksversammlung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung arbeitsfähig wird. Die Wahl ergab Wiederbestätigung des alten Kreisvorstandes. Zum 1. Vorsitzenden wurde Buchmann, zum 2. Buchalka, zu Schriftführern Wendel und Lars und zu Kassierern Bey und Gröndler gewählt. Die Frauen delegierten Frau Wengels und Gottfinger in den Kreisvorstand.

Auch die Jahresversammlung des Kreises Mitte der Berliner Sozialdemokratie nahm einen glänzenden Verlauf. Der Kreisvorsitzende Riese gab den Geschäftsbericht. Trotz der wüsten Hehe gerade gegen die Parteiorganisation Mitte ist die Mitgliederzahl auch in diesem Bezirk von 3737 auf 4266 gestiegen. Auch der rege Versammlungsbesuch zeigt deutlich, daß die Politik der Sozialdemokratie die Politik der Arbeiterbewegung ist. Den starken Zusammenhalt beweist die Tatsache, daß im letzten Jahr nicht ein einziges Mitglied der Partei den Rücken kehrt. Besonders rühmlich haben von den befreundeten Organisationen die Kinderfreunde und innerhalb der Organisation die Frauen gearbeitet. Auch die hunderttausend Arbeiterparteiorganisationen zählt jetzt 14 abgeschlossene Vereine. Durch eifrige Arbeit der Ehrenkräfte ist es gelungen, auch im Norden des Bezirkes, in der Köpenicker Straße, die Errichtung einer weltlichen Schule durchzusetzen, die zu Ostern ihre Pforten öffnen wird. In den Kreisvorstand wurden zu Vorsitzenden Riese und Bernau, zu Kassierern Regel und Rotenburger, zu Schriftführern Kuf und Budde und für die Frauenvertretung Frau Gertrud und Budde gewählt.

Überall geht es weiter aufwärts.

In den Aminiusbasen nahm nun auch der Kreis Tiergarten den Bericht über die Entwicklung der Partei im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen. Der Kreisleiter Genosse Paul Hennig konnte bei genauerer Berechnung eine Zunahme von 487 Mitgliedern seit 1923 oder fast 900 seit 1927 feststellen. In den sechs Abteilungen wurden nicht weniger als 330 Versammlungen abgehalten. Die Genossen stellen ihre Zeit und ihre Kraft ganz in den Dienst der Partei. Ohne diese aufopfernde Tätigkeit wäre die starke Arbeiterbewegung nicht möglich gewesen. Aus den Tätigkeitsberichten der Kinderfreunde, der S.W., der Arbeiterwohlfahrt, der Zeitungskommission und der Bezirksverordneten ging hervor, daß es überall vorwärts geht, sowohl mit der Anzahl der Mitglieder als auch mit der Intensität der Arbeit. Durch das hindänglich belannte Verhalten der Demokraten, die auch in Tiergarten sich in eine Front mit den Nazis stellten, ging der Partei ein Stadtposten verloren. Der Bericht des Kassierers Alwin Bauer wurde genehmigt. Für die Bezirkskommission sprach dann Landesoberverordneter Genosse Otto Meier. Er schilderte die rechtliche Stellung der Berliner Bezirkskommission, die ja im Gegensatz zu den Kommissionen aller anderen Städte eine Reichsinstantz der Partei ist. Für die Entwicklung des „Vorwärts“ zeigte er das größte Verständnis sowohl für die wachsenden Aufgaben des Verlages durch moderne Propagandaförmern als auch für die Redaktion, die in der unangenehmen Lage ist den Reichs- und Lokalinteressen gleichzeitig dienen zu müssen. Dieser Dualismus könne eine Lösung nur durch die Schaffung eines Berliner Lokalblattes finden. Bei den darauffolgenden Wahlen wurde der Kreisvorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Vorsitzende: Gen.

Hennig und Weiner; Schriftführer: Karpa und Bieher; Kassierer: Bauer und Wollny. Frauenleiterinnen: Genossinnen Jordan und Matthias. Mitglied der Pressekommision: Gen. Otto Meier. Anträge, die sich mit Gehaltsfragen und mit der Einstellung älterer Arbeiter und Angestellten beschäftigten, gingen dem Kreisvorstand zur Weiterleitung zu. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Kreisvertreterversammlung.

Partei und Berlins Neugefaltung.

Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Kurt Löwenstein sprach vor den Neufällner Parteifunktionären über die beabsichtigte Änderung des Gesetzes Groß-Berlin. Die Frage einer Umänderung des Gesetzes sei von größter politischer Bedeutung. Gewiß müsse der Ursprungsweg, der heute ungehauer lang sei, geändert werden. Der Redner führte eine Reihe von Beispielen an, wie oft die einzelnen Deputationen, Bezirksversammlungen, Bezirksämter und dann die zentralen Verwaltungen zu Anträgen usw. Stellung nehmen müssen. Diesen Instanzenzug zu beseitigen, dazu genügt heute schon das bestehende Gesetz. Hier sollte die Stadtverordnetenversammlung und der zentrale Magistrat ansetzen und den Bezirken die verwaltungsmäßige Erledigung besonderer Aufgaben übertragen. Die Steuer- und Finanzhoheit muß natürlich die Zentrale behalten. Mehr bestimmte Eatsrechte für die Bezirke, dann werden auch die Bezirksversammlungen verantwortungsvolle Arbeit leisten. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Die Funktärversammlung des 14. Kreises beschließt, dem Bezirksvorstand zu ersuchen, dem Bezirksparteiitag folgenden Beschlus vorzulegen:

1. Der Bezirksparteiitag erhebt Einspruch dagegen, daß die Preussische Staatsregierung nach den bisherigen Weidungen beabsichtigt, dem Senat und dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Umänderung des Gesetzes der Stadtgemeinde Berlin vorzulegen, ohne ausreichende Führungnahme mit den in Frage kommenden städtischen und politischen Instanzen.
2. Der Bezirksparteiitag verlangt, daß eine gezielte Umänderung der Verwaltungsorganisation der Stadt Berlin nicht durch ein Sondergesetz, sondern nur im Rahmen der gesamten großen Verwaltungsreform vorgenommen wird.
3. Der Bezirksparteiitag erwartet besonders von den Parteigenossen in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, daß sie mit aller Befestigung darauf dringen, daß alle im Rahmen des Gesetzes der Stadtgemeinde Berlin möglichen Verwaltungsreformen im Sinne der Vereinfachung, der Sparfamkeit und der Entbürokratisierung in Angriff genommen werden.“

Beschwerdekommissionen ohne Rechte.

Ihre Auflösung bringt Ersparnisse und Vereinfachung.

Bisher unterließen die Bezirksamter sogenannte Wohnungsbeschwerdekommissionen, die jedoch kein Recht zu irgendeiner Entscheidung hatten. Bereits im Dezember 1923 hatte nämlich das Oberverwaltungsgericht klargestellt, daß die Angelegenheiten der Wohnungszwangswirtschaft keine Gemeinde-, sondern staatliche Angelegenheiten sind, zu deren Erledigung es keiner Kommissionsbeschlüsse von Bezirksorganen bedarf. Der Oberpräsident hatte daraufhin im Jahre 1927 eine Auflösung dieser Wohnungsbeschwerdekommissionen, die mit den verschiedensten, oft völlig bedeutungslosen Aufgaben betraut wurden, gefordert. Nachdem sich auch die Wohnungsamtsdezenten in einer Sitzung mit überwiegender Mehrheit gegen die weitere Beibehaltung der Kommissionen mit Rücksicht auf die Vereinfachungs- und Vereinfachungsbestrebungen erklärt hatten, ersucht jetzt der Magistrat die Bezirksamter, die Angelegenheiten der Wohnungszwangswirtschaft von jetzt ab ausschließlich im Dezernatswege zu erledigen. Die Beschwerdekommissionen werden also aufgelöst, Abteilung von Rängen wird künftighin direkt bei den Dezernenten zu beantragen sein. Das Bezirksamt Weichensee hat als erste Verwaltungsstelle bereits die Auflösung der dortigen Beschwerdekommission durchgeführt.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Mit Krach aufgefliegen.

3. Bezirk — Wedding.

Auch die diesmalige Bezirksversammlung verlief wieder der Zufügung, ohne daß die Tagesordnung zu Ende geführt werden konnte. Die Kommunisten benutzten die der Versammlung zur Kenntnisnahme zugegangene Vorlage des zentralen Magistrats wegen der Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrt und des Gesundheitswesens zu üblen Agitationsreden. Die kommunistische Partei, so betonte der Redner, bringe andere Sparvorschläge, und er schlug in vollem Ernst die Befreiung der Baupolizei und Einschränkung der Ausgaben für die städtische Oper und damit die Abschaffung der billigen Volksvorstellungen vor. In verhältnismäßiger Ruhe wurde dann die übrige Tagesordnung erledigt, bis ein Dringlichkeitsantrag der KPD, der sich in den blutrünstigen Worten gegen die Polizei wandte, den Mostaujüngern die lehrreichste Gelegenheit bot, die Versammlung im Kaba zu erhitzen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kommunisten immer wieder die Heberfüßigkeit der Bezirksversammlungen beweisen wollen.

Ein hilfloser Vorsichtiger.

13. Bezirk — Tempelhof.

Bei den Wahlen der unbesoldeten Stadträte wurden wieder gemäßigt unsere Genossen Äiter und Thiele. Das Bezirksamt legt sich nämlich zusammen aus zwei deutschnationalen, drei Volksparteiern, einem Demokraten, drei Sozialdemokraten, einem ehemaligen Kommunisten und einem Kommunisten. Der mit Hilfe der Witte gewählte deutschnationale Vorsitzende der Versammlung hatte schon bei den Wahlen zu den Deputationen eine rührende Hilfslosigkeit gezeigt. Bei den eigentlichen Beratungen wurde seine Unfähigkeit für diesen Posten noch offensichtlicher. — Nazis und Kommunisten betätigten sich in geistlosen Zwischenrufen, bei jedem Punkte lange Geschäftsordnungsdebatten. Von einer „Wahrung der Würde der Versammlung“, die er bei seinem Antritt versprochen, war nichts zu merken. Wert, die Witte, welchen lapidaren Fehler sie machte, als sie gegen unseren bewährten Genossen Bürger in erster Stimme? Die kommunistische Fraktion hatte „u r“ zehn Anträge eingebracht. Sie besteht aus lauter neuen Leuten, die wohl ihre Tüchtigkeit zeigen wollten. — Sie wurden übertrumpft von den deutschnationalen, die mit 14 Anträgen aufwarteten. Von den Sozialdemokraten war beantragt worden, die notwendigen Maßnahmen gegen die benachteiligte Schulkommune zu treffen, für die Linie 97 eine Schiffe Wilhelmsstraße-Ringstraße anzulegen, vom Rathausplatz Mariendorf die verkehrshindernde Bepflanzung zu entfernen, die Verlängerung der Linie 66 bis Berlinideplatz zu beantragen, die Einziehung der Anschaffungskosten für Befeidungsstücke durch das Wohlfahrtsamt solange auszusparen, als der Rotstandeserwerblose ohne Arbeitsdienst ist, das geplante Land-schulheim auf Rügen nicht nur für Schülerinnen höherer Schulen, sondern auch für Volksschülerinnen bereitzustellen, ferner umgehend Verhandlungen zwecks Ankaufs eines Schulgrundstücks im Osten Tempelhoofs aufzunehmen. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden angenommen. Das war auch das einzige positive Ergebnis zweier langer Sitzungen.

Zuflucht zum Wasserglas.

15. Bezirk — Treptow.

Die kommunistische Antragsmaschine hatte die Bezirksversammlung wieder mit 20 Anträgen bzw. Anträgen belagert. Die Behandlung eines Antrages wurde auf Protest des Sozialdemokraten Strieder abgesetzt, da der Antrag nicht parafertig vorlag. In einem Antrag verlangten die Kommunisten den Ausbau eines Kinderheims, das überhaupt nicht vorhanden ist. Bei der Begründung dieses sonderbaren Antrages leistete sich eine kommunistische Sprecherin Befeidigungen gegen die Reichswehr. Der deutschnationale Vorsitzende konnte sich nur zu einem lahmten Odeungruß aufraffen, den er allerdings dann, auf Grund eines Protestes unserer Genossen Lodenhagen verwarf. Bei der Behandlung von Erwerbslosenanträgen kam es zu Tumulten. Eine kommunistische Stadtverordnete warf mit einem Wasserglas nach dem sozialdemokratischen Bezirksverordneten Lehner, nachdem dieser festgestellt hatte, daß die Kommunisten ihre eigenen Anträge nicht ernst nehmen. Die Sitzung wurde auf fünf Minuten vertagt. Ein Antrag der Kommunisten betreffend Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens gab unseren Genossen Strieder und Bempert Gelegenheit, unsere grundsätzliche Meinung darzulegen. Die Versammlung stimmte der Reubenennung von Straßen in Treptow, Oberhönoweide, Johannisthal und Wlaffenstraße zu. Mit dem Austausch von Uferparzellen am Blüthenweg mit der Reichswasserstraßenverwaltung erklärte sich die Versammlung einverstanden. Desgleichen wurde dem Zukunftsplan über die Verlegung der Straße 169 zugestimmt. Ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Mitte betreffend den Bezirksführerpar wurde zurückgezogen. Der sozialdemokratische Stadtrat Peters schilderte die wirkliche Lage des Führerpar und wies die falschen Behauptungen der Fraktion der Mitte zurück. Der deutschnationale Vorsitzende erteilte einem KPD-Mann nicht das Wort. Wüste kommunistische Schimpferelen über den Vorsitzenden setzten nun ein. Die Sozialdemokraten aber stellten fest, daß der deutschnationale Vorsitzende ja seinerzeit nur mit Hilfe der Kommunisten gewählt werden konnte. In einem Abänderungsantrag verlangte die sozialdemokratische Fraktion, daß die Anlieger von verschiedenen Straßen in Baumstulmenweg von der Verpflichtung zur Anlage des Regenwasserabflusses noch entbunden werden möchten. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Fische im Straßenbahnwagen.

Die Leipziger Straßenbahn wird in den nächsten Wochen 50 neue Rotorwagen in Dienst stellen, die eine Anzahl beachtlicher Neuerungen und Verbesserungen aufweisen. Die neuen Wagen besitzen Mittelstiege und abgeschlossene Führerstände und weisen im Gegensatz zu allen bisher in Leipzig betriebenen Modellen vier vollwertige Achsen mit vierachsigem Motorenantrieb auf. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit haben sie elektrische Schienenbremse, Lichtsignale für Bahnübergänge und Reibel sowie durch Luftventil betriebene Fußklappen. Erstmals sind im Wageninnern zwischen den Sitzbänken kleine Tische angebracht worden. Außerdem wurden Gepäckhaken eingebaut; damit ist einem seit Jahren geäußerten Wunsch der Straßenbahn-fahrer entsprochen worden.

Berlins Gasverbrauch.

Dreiviertel Milliarde Kubikmeter pro Jahr! — Vorbildliche Gemeinwirtschaft.

Der letzte Abend der Vortragsreihe des Reichsbundes Deutscher Technik „Berlin arbeitet“ galt der Berliner Gasversorgung. Wiederum war der große Vortragsaal im Haus der Technik überfüllt.

Besonders interessant von den Ausführungen Direktor Friedrichs (Städtische Gaswerke) war die Schilderung jener Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeit der Gaswerke in jüngster Zeit erheblich gesteigert haben. So verlief naturgemäß entsprechend der vergrößerten Gasproduktion auch die Kurve des Aufwandes an Kohlen in steigender Richtung. Aber einer Vermehrung der Gasproduktion von etwa 38 Proz. in den letzten Jahren steht nur ein Mehraufwand an Kohlen von 15 Proz. gegenüber. Dieses günstige Ergebnis ist auf die Zusammenlegung und den Ausbau der Werke, Verbesserung der Ofen und Bezug geeigneter Kohlen zurückzuführen. Hingzu kommt, daß durch die Verwendung dieser geeigneteren Kohle sich die Qualität des Koffes bedeutend gehoben hat. Früher mußte der Gaskoff zum Teil außerhalb Berlins zu ungünstigen Bedingungen verkauft werden, heute findet er restlos in Berlin seinen Absatz. Durch rentablen Verkauf der Nebenprodukte, Teer, Ammoniak, Leucht- und Schwärze, ist es außerdem gelungen, die Kohlenkosten in einem höheren Maße durch den Nebenproduktenerlös zu decken. Daß sich die Gaswerke trotz scharfen Wettbewerbs der Elektrizität bedeutende neue Absatzgebiete erobert haben, ist bekannt. Die gesamte Gaserzeugung beträgt heute für Berlin nicht viel weniger als eine drei Viertel Milliarde Kubikmeter pro Jahr. 92 Proz. sämtlicher Haushaltungen in Berlin beziehen Gas; in den Straßen brennen heute 70 000 Gaslampen mit 280 000 Flammen.

Ueber die Verteilung des Gases referierte Dr. Vertelsmann, Direktor der Zentrale für Gasermittlung. Die Leistungen des Rohrnetzes sowohl wie der Siegelstellungen in den Häusern konnten durch technische Verbesserungen gesteigert werden. Bisher sind 260 000 solcher modernen Druckregler an den Gasmessern eingebaut worden, 740 000 Regler sollen noch folgen. Die Kosten dieser Einrichtung sind zwar hoch, sie betragen aber nur einen bescheidenen Bruchteil derjenigen, die man aufwenden müßte, um das Rohrnetz nach veraltetem Verfahren auf die gewünschte Leistung zu bringen. Der neue Weg hat den Beifall der gesamten Gasfachwelt des In- und Auslandes gefunden und ist von vielen auswärtigen Gaswerken übernommen worden.

Sozialdemokratie hilft den Blinden.

Der Stadtverordnetenentschluß zur Prüfung der Verhältnisse der Blindenanstalt nahm den sozialdemokratischen Antrag der Stadtverordneten Flatau u. Gen. an, wonach der Magistrat ersucht wird, erneut allen städtischen Dienststellen sowie den städtischen Gesellschaften die dringende Ermahnung zu geben, den Gelandbedarf an Bürsten und Korbnarben sowie Decken und Stoffschlehdarben restlos von der Städtischen Blindenanstalt zu beziehen. Gleichzeitig soll eine Kontrolle zur Überwachung der Durchführung dieser Anordnung eingerichtet werden.

Neuzugabe vorbehalten	
Dän. Butter..... Pfd.	1.68
Silze Hausmacher Art... Pfd.	0.60
Schweine Kleinfleisch. Pfd.	0.38
Eier	10 Stck. an 0.58
Anchovis	Gl. 0.50
Fettheringe i. Tom. .Ds.	0.50
Räucherlachs . 1/2 Pfd.	0.25
Lebende Aale an Pfd.	1.90

BESSER ESSEN · WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH:

KARSTADT

LEBENSMITTEL

Neuzugabe vorbehalten	
Karotten geschnitten 1/4 Ds.	0.32
Grünkohl	1/4 Ds. 0.50
Apfelsmus	1/4 Ds. 0.50
Pflaumen mit Stein 1/4 Ds.	0.50
Mirabellen	1/2 Ds. 1.00
Erbsen Victoria	Pfd. 0.18
Bohnen weiß	Pfd. 0.30
Mehl Katernmühl 5-Pfd.-Bl.	1.15

Wild u. Geflügel	Delikatessen	Konserven	Fische u. Räucherwaren	Obst u. Gemüse
Suppenhühner... Pfd. an 0.98	Krabben . Dose 1.30 0.80 0.25	Stangenspül. 1/2 Ds. 1.95	Schellfisch mit Kopf... Pfd. 0.24	Apfelsinen
Suppenhühner... Pfd. an 1.18	Krabben in Gelée ... Dose 1.10	Brech-Spargel 1/2 Ds. 1.75	Schellfisch ohne Kopf... Pfd. 0.23	Blutapfelsinen .. 4 Pfd. 0.88
Wolghühner .. an Pfd. 1.15	Ochsenmaulsalat Dose 0.90 0.50	Brechspargel 1/2 Ds. 2.20	Seelachs ohne Kopf... Pfd. 0.22	Mandarinen
Junge Enten .. an Pfd. 1.15	Sardellen (Imp.) Gl. 0.40 0.50	Spargelköpfe grün 1/2 Ds. 2.30	Kabeljau ohne Kopf... Pfd. 0.24	Krimäpfel
Puten 4-10 Pfd. schwer Pfd. an 0.90	Mayonnaise . Gl. 0.80 0.55	Junge Erbsen wd. 1/2 Ds. 0.95	Kabeljau-Filet ... Pfd. 0.35	Bananen
Junge Brathühner Pfd. an 1.25	Remoulade ... Gl. 0.80 0.55	Gemischt. Gemüse 1/2 Ds. 0.95	Goldbars	Ess-u. Kochäpfel 2 Pfd. 0.35
Feinste Poulets ... Pfd. 1.30	Gewürzgurken ... Dose 0.50	Spinat 1/2 Ds. 0.70	Bratscholle	Blumenkohl ... Kopf an 0.30
Junge Tauben ... Stck. 1.05	Mixed-Pickles 1 Pfd.-Ds. 0.50	Rote Beete	Griene Heringe ... 3 Pfd. 0.42	Rot-u. Wirsinghohl Pfd. 0.12
Hansen 200 u. 1000g. Pfd. an 0.85	Mixed-Pickles C u B Gl. 0.95	Erdbeeren	Büchlinge 1000 ... Pfd. 0.24	Rhabarber an 2 Pfd. Bund 0.35
Wildragout	Picalilli (Cress-Blacker) Gl. 0.95	Kirschen mit u. Stein 1/2 Ds. 1.35	Büchlinge ... 3-Pfd.-Kiste 0.30	Kartoffeln Industri 10 Pfd. 0.45
	Seelachs in Öl 1000 g. Pfd. 0.45		Fleckerlinge	
	Bratheringe . 1 Lb.-Dose 0.25		Seelachs	
	Kronensardinen 1 Lb.-Ds. 0.25		Flundern weiß ... Pfd. 0.55	
	Rollmöps ... 1 Lb.-Dose 0.25		Schellfisch geschnitten Pfd. 0.30	

Butter und Käse	Konfitüren	Weine und Spirituosen	Kolonialwaren	Wurstwaren
Molkereibutter ... Pfd. 1.52	Malabonbon	Apfelwein	Kartoffelmehl	Frische Blut- u. Leberw. Pfd. 0.52
Finnische Butter .. Pfd. 1.53	Brustkaramellen .. Pfd. 0.50	Edenkobener ... Lb. 0.95	Reis-Burma	Bresl Dampfw. Pfd. 0.94
Margarine	Haselnuß-Bonbon Pfd. 0.50	St. Martiner Gold .. Lb. 1.10	Reis-Moulmein ... Pfd. 0.26	Hausm. Leberw. Pfd. 0.90
Pflanzensett	Crema-Pralinen .. Pfd. 0.65	Gaubichelheim . Lb. 1.30	Erbsen grün	Sülzwurst
Bratenschmalz ... Pfd. 0.68	Pralinen-Mischg. Pfd. 0.95	Söldis Böchelheim . Lb. 1.30	Erbsen gelb. geschält. Pfd. 0.38	Spektrwurst
Rohschmalz	Meß-Mandeln	Tarragona	Linsen	Berl. Mettwurst ... Pfd. 1.00
Bayr. Schmirzler .. Pfd. 1.48	Burgm. Kakao ... Pfd. 1.20	Muskat	Hartweizengrieß . Pfd. 0.23	Fleischwurst
Dänischer Schweiz Pfd. 0.88	Block-Schokolade 200 gr 0.48	Malaga	Häferlocken	Wiener Würstchen Pfd. 1.15
Tilsiter 20% Pfd. 0.88 20% 0.65	Haushalt-Kakao Pfd. 0.33	Wermuth Wein Lb. 1.30	Pflaumen u. Stein ... Pfd. 0.55	lagdwurst
Edamer 40% Pfd. 0.88 20% 0.25	Keks-Mischung .. Pfd. 0.60	Douro Portwein Lb. 2.00	Aprikosen Standard Pfd. 0.88	Gutleberwurst .. Pfd. 1.10
Tilsiter Art. R. 1 Pfd. 0.88	Tegebäck-Mischg. Pfd. 1.00	Dürkheimer Rebu Lb. 0.90	Prüneln	Feine Leberw. 1 Pfd. Pfd. 1.35
Schweiz Art. R. 1 Pfd. 0.88	Kokos-Makronen ... Pfd. 1.00	Utill Span. Rebu Lb. 1.00	Ringäpfel	Streichmettwurst Pfd. 1.43
Steinbuscher weißer Pfd. 0.98	Herrenkringel Pfd. 1.00	Johannisbeerwein Lb. 0.35	Mischobst	Bierwurst
Kümmelhäse	Dragee-Eier 1000 ... Pfd. 0.50		Sultaninen	Schinkenpolnische Pfd. 1.48
Camembert. weißer Stck. 0.12	Dragee-Eier 500 ... Pfd. 0.50		Korinthen	Filetwurst
Harzer	Hühner-Krahel-Eier 6 Stck. 0.25		Auslese-Kaffee ... Pfd. 1.90	Braunsch. Plockw. Pfd. 1.68
Frühstückskäse 1000g. 0.28	Marsipan-Eier ... 3 Stck. 0.25		Kaffee-Konsum ... Pfd. 2.40	Große Teeurwurst .. Pfd. 1.68

GROSSER TEXTILWARENVERKAUF
 Beginn Montag, den 17. März. Ab Sonnabend früh Vorverkauf

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ · DER KARSTADT-BAHNHOF

Die neuen Agrarpläne.

Die Attacke der „Grünen Front“. — Vielfach undiskutable Absichten.

Der Reichsernährungsminister verfolgt, teils wohl aus eigenem Entschluß angefaßt, teils wohl unter dem Druck der „Grünen Front“, ein neues Programm von Agrarplänen und anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Roggenpreise.

Seit im Dezember 1929 die neuen Agrarpläne eingeführt worden sind, haben sich die Preise für Weizen nicht wesentlich geändert; sie liegen heute einige Mark pro Tonne unter den Preisen vor der Zollerhöhung. Die starke Preisentwertung auf dem Weizenweltmarkt hat sich nicht auf den deutschen Weizenpreis ausgewirkt.

Die Roggenpreise konnten durch die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, in erster Linie durch die starke Interventionstätigkeit der Getreidehandelsgesellschaft, bis vor acht Tagen auf rund 160 Mark pro Tonne, das heißt 10 Mark unter dem Dezemberpreis gehalten werden. In der letzten Woche hat die Getreidehandelsgesellschaft ihre Stützungskäufe eingestellt, der Preis ist infolgedessen um 20 Mark pro Tonne gesunken.

Der Futtermittelpreis stand im Dezember vorigen Jahres auf rund 170 Mark, trotz Zollerhöhung von 20 Mark auf 50 Mark beträgt die gegenwärtige Notiz für Futtermittel nur 145 Mark.

Dah diese Entwicklung der Preise maßlosen neuen Zollerforderungen der „Grünen Front“ Anlaß gegeben hat, ist kein Wunder. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, diesen überzogenen Forderungen entgegenzutreten und durch planvolle Maßnahmen, wie das auch bisher das Bemühen der Sozialdemokratie war, gegen einen übermäßigen Sturz der Getreidepreise anzukämpfen, gleichzeitig aber auch Sicherungen gegen jede zukünftige Preisüberhöhung zu erreichen.

Erhöhung des Weizenzolls und Verbrauchsabgabe.

Als völlig undiskutabel muß die Forderung auf Erhöhung des Weizenzolls bezeichnet werden. Bereits der bisherige Zoll von 95 Mark pro Tonne ist sehr hoch, die „Grüne Front“ will aber 200 Mark (das heißt, einen mehr als 100prozentigen Weizenzoll) haben. In bestimmten Kreisen wurde auch erwogen, mit der Weizenzollerhöhung eine inländische Weizenverbrauchsabgabe zu erheben. Die Erhöhung des Weizenzolls sollte also nicht der Landwirtschaft in Form höherer Inlandserzeugerpreise, sondern der Reichskasse zugute kommen. Die durch diese Weizenzollerhöhung erzielten Mehreinnahmen sollten zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung Verwendung finden. Von der so bewirkten Weizenverteuerung wurde ein Anreiz zu verstärktem Roggenbrotkonsum erwartet. Wenn auch durch den Gedanken einer inländischen Weizenausgleichsteuer zugestanden wurde, daß der deutsche Weizenpreis nicht ungünstig ist (was auch unsere Meinung ist), so bedarf eine so unsozialistische Idee, ausgerechnet durch eine Brotsteuer das deutsche Getreideproblem zu lösen und die Reichskassen zu füllen, keiner weiteren Kritik. Der Reichsernährungsminister hat dies wohl auch eingesehen, denn er hat diese Forderung der „Grünen Front“ nicht mit in sein Programm aufgeführt.

Beimahlungszwang für Roggen.

Dagegen hat der Ernährungsminister leider einen alten Badenbieter der Getreidepolitik, nämlich den bereits vor Monaten von den verschiedensten Seiten aufs schärfste abgelehnten Beimahlungszwang von Roggen zu Weizen als wesentliches Hilfsmittel für die Roggenpreise in sein Programm aufgenommen. Er schlägt eine 20prozentige Beimahlung von Roggen zu Weizenmehl und eine entsprechende Behandlung des eingeführten reinen Weizenmehls vor und erhofft sich von dieser Maßnahme eine Hebung des menschlichen Roggenverzehrs. Wir sind der Meinung, daß der Reichsernährungsminister durch eine solche Maßnahme das erst kürzlich von ihm vorgelegte Brotgesetz, das in erster Linie Verbesserungen der Brotqualität mit einem Kennzeichnungszwang für die verschiedenen Standardbrote anstrebte und dem wir weitgehend zustimmen, zerstören würde. Nicht Steigerung des Brotkonsums, sondern Rückgang des Brotverbrauchs wäre die Folge einer solchen Zwangsmaßnahme, gegen die wir übrigens bereits vor einigen Tagen, als der Beimahlungs-

zwang von neuem durch Ricodem Corn ausgegraben wurde, Stellung genommen haben.

Im Bereich vernünftigerer Diskussion.

Eine Möglichkeit vernünftiger Preisbeeinflussung scheint uns jedoch vielleicht auf dem Gebiet des Gerstenzolles und des Maiszolles zu liegen. Entgegen der Forderung der Sozialdemokratie, den Gerstenzoll auf seiner früheren Höhe von 20 Mark für diejenigen Gerstebesitzer zu belassen, die gleichzeitig mit der Gerste 30 Proz. Futterroggen kaufen und verfüttern, ist durch die Quertreiberei der Bayerischen Volkspartei im Dezember letzten Jahres der Futtergerstenzoll schematisch auf 50 Mark erhöht worden. Diese Maßnahme hat sich als ein Fehlschlag erwiesen, weil dadurch die Roggenverfütterung erschwert wurde. Es wird notwendig sein, diesen Fehler wieder gutzumachen und die damals geplante Differenzierung im Futtergerstenzoll einzuführen.

Auf keinen Fall darf allerdings diese Differenzierung so erfolgen, wie sie angeblich vom Ernährungsminister vorgeschlagen wurde, daß nämlich ein beweglicher Zoll in den Grenzen von 50 bis 120 Mark pro Tonne geschaffen wird. Vielmehr sollte für die auch Roggen verfütternden Landwirte der alte Zoll von 20 Mark pro Tonne wiederhergestellt werden, für diejenigen Landwirte, die keinen Roggen verfüttern wollen, könnte allerdings eine Erhöhung des Futtergerstenzolles über 50 Mark, aber nicht auf die phantastische Höhe von 120 Mark zugestanden werden.

Von der Maiseinfuhr, die in diesem Jahre nach einer überreichen Bollenernte und einer sehr großen in Argentinien erwarteten Ernte unter starkem Preisdruck steht, ist ebenfalls, wenn der Maispreis ins Bodenlose abzustürzen droht, eine Gefahr für den Roggenpreis zu erwarten. Eine Erhöhung des Maiszolles ist jedoch nicht nur handelspolitisch infolge vertraglicher Bindung dieses Zolles unmöglich, sondern sie müßte, besonders wenn sie in starrer Form vorgenommen würde, von der Sozialdemokratie als planlos abgelehnt werden. Durch die

Einführung eines Maiseinfuhrmonopols

lassen sich diese Schwierigkeiten umgehen. Handelspolitisch wäre sie nicht so bedenklich wie eine Zollerhöhung. Durch planmäßige Beeinflussung des Gersten- und Maispreises läßt sich also vielleicht manches zur Besserung der deutschen Getreidepreisbildung tun.

Das Getreideproblem ist nicht „das“ deutsche Agrarproblem.

Biel zu wenig wird heute beachtet, daß das Getreideproblem zwar ein wichtiges, aber keineswegs das deutsche Agrarproblem ist, nachdem von dem gesamten Verkaufserlös der deutschen Landwirtschaft nur 10 bis 15 Proz. auf Getreide entfallen. Lediglich in ostelbischen Großbetrieben erreicht der Prozentsatz des verkauften Getreides teilweise 25 bis 30 Proz. Es besteht auch heute noch keine Veranlassung, eine Uebersteuerung der Getreidepreise herbeizuführen, nur um eine kleine Zahl ostelbischer Großbetriebe vor Schwierigkeiten zu bewahren. Die Sorge um die Roggenpreise ist auf dem Wege, eine politische Vorgabe zu werden. Verhältnismäßig niedrigen Roggenpreisen wird sich die landwirtschaftliche Produktion anpassen müssen wenn augenblicklich in vernünftigen Rahmen auch noch manches geschehen mag.

Nach aus einem anderen Grunde muß man sich scharf gegen alle Bestrebungen wehren, die Getreidepreise allzu stark zu steigern. Die Begünstigung der Getreideverkaufer durch Großlandwirtschaft muß eine entscheidende Benachteiligung der bäuerlichen Veredlungswirtschaft nach sich ziehen. Jeder Bestrebung, die Getreidepreise stark zu steigern, müßten neue Forderungen nach Zollerhöhung für Eier und andere Edelerzeugnisse zur Folge haben.

Die Sozialdemokratie ist bereit, wie sie das bisher bereits getan hat, alles daran mitzuarbeiten, wenn es gilt, die Landwirtschaft vor Erschütterungen durch ausgesprochene Katastrophpreise zu schützen, nicht aber notwendige Betriebsverbesserungen und Umstellungen durch überhöhte Preisgarantien oder Zölle, wie sie die „Grüne Front“ wünscht, aufzuhalten.

Prozentsatz ist im Jahre 1929 auf 40,36 Proz. gestiegen. Der Umsatz der G.G.G.-Produktionsbetriebe erhöhte sich von 10,44 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 104,72 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 125 Millionen Mark im Jahre 1929. Im Jahre 1914 machte dieser Umsatz 2,12 Proz. des genossenschaftlichen Umsatzes aus, im Jahre 1928 = 9,31 Proz. und im Jahre 1929 = 9,97 Proz.

Die Sparkraft sinkt.

Im letzten Jahr 500 Millionen weniger Sparüberschüsse.

Die Spartätigkeit der Bevölkerung hat im letzten Jahr einen scharfen Rückschlag erfahren. Die Ueberschüsse der Einzahlungen über die Auszahlungen, also das Wachstum der Sparteinlagen, ist seit Anfang 1929 bedenklich zurückgegangen. Im ganzen Jahr 1929 sind die Sparteinlagen bei den deutschen Sparkassen nur um 1,5 Milliarden gegenüber 2 Milliarden im Jahre 1928 gestiegen.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres war der Rückgang der Spartätigkeit überwiegend eine Folge der harten Frostperiode, die die Bevölkerung zu erhöhten Ausgaben zwang. Einen ganz besonders schweren Schlag aber erteilt die Spartätigkeit durch die Währungshefte der Hugenberger, die auf dem Höhepunkt der Pariser Reparationskrise im April vorigen Jahres das Gespenst der Inflation an die Wand malten. Welche Folgen diese politische Heße für die Spartätigkeit gehabt hat, geht daraus hervor, daß der Einzahlungsüberschuss im zweiten Vierteljahr 1929 auf 210,7 Millionen, also weniger als die Hälfte der entsprechenden Zeit von 1928 zurückging.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konnte dieser Rückschlag nicht mehr aufgeholt werden. Er hat sich im Gegenteil durch die rasch zunehmende Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt noch verstärkt, so daß insgesamt ein Anstieg des Sparschwaches von 500 Millionen gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist.

Zu Anfang dieses Jahres waren bereits 61 Prozent der Sparteinlagen als städtische und landwirtschaftliche Hypotheken oder als Kommunalanleihen langfristig festgelegt. Mit Rücksicht auf die Flüssigmachung dürfte eine wesentliche Steigerung dieses langfristigen Kredites bei den Sparkassen nicht mehr möglich sein. Im laufenden Jahr werden sich daher die für die Kommunen und die Bauwirtschaft so wichtigen langfristigen Sparkassenkredite im Rahmen des Wachstums der Sparteinlagen halten müssen.

Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, welche große Bedeutung die Kapitalbildung von unten, also die Spartätigkeit der breiten Massen der Bevölkerung, für die gesamte Volkswirtschaft hat. Während seit Monaten von den Unternehmern ein intensiver Feldzug im Interesse einer forcierteren industriellen Kapitalbildung geführt und aller Segen für die Wirtschaft nur von aufgeschickelten Unternehmern erwartet wird, bemerkt die Entwicklung bei den deutschen Sparkassen, daß es höchste Zeit ist, das Realeinkommen der Massen und damit die Kapitalbildung von unten zu heben.

Warum wird Hartmann stillgelegt?

Ein schwerer Schlag für den sächsischen Arbeitsmarkt.

Die Sächsische Maschinenfabrik normals Richard Hartmann A.-G., früher das bedeutendste Maschinenbauunternehmen in Sachsen, das auf eine fast hundertjährige Vergangenheit zurückblickt, soll völlig überraschend für die Belegschaft stillgelegt werden.

Die Gründe zu dieser folgenschweren Maßnahme liegen nach der Mitteilung des Aufsichtsrats in der anhaltenden schweren Lohnmotive und in den Rückschlägen, welche die Betriebsumstellung bei Hartmann zeitig hat. So sei durch die Abschlüsse in der Textilindustrie der Bau von Spezial-Textilmaschinen nicht zur Entwicklung gekommen. Der Auftragsbestand sei daher trotz aller Bemühungen auf einen Rekordstand gesunken. Es sei somit unausweichlich, daß bei Weiterführung des Betriebes die Bankrott der Gesellschaft wieder ins Ungemessene steigen würde, so daß die Gefahr eines Zusammenbruchs des Unternehmens dadurch in greifbare Nähe rücken müßte.

Somit der Bericht der Hartmann-Verwaltung. Die Hartmann A.-G. ist seit dem Ende der Inflation aus den Schwierigkeiten nicht herausgekommen. Disidenten wurden seit 1924 nicht mehr verteilt. Es hat sich bei diesem Unternehmen bitter gerächt, daß die frühere Verwaltung viel zu lange mit einer durchgreifenden finanziellen Sanierung, die natürlich mit Opfern der Aktionäre verknüpft war, gezögert hat.

Von den früheren Glanzzeiten, in denen mehr als 6000 Arbeiter bei Hartmann beschäftigt waren, ist also nicht mehr viel übriggeblieben. Von der beabsichtigten Stilllegung werden jedoch auch jetzt noch 1900 Arbeiter und 500 Angestellte, also einschließlich der Familienmitglieder etwa 10 000 Personen, betroffen, wodurch die schon schwere Belastung des sächsischen Arbeitsmarktes für die Stadt eine katastrophale Zuspitzung erfährt.

Deutsche Elektrowirtschaft.

Der Dritte Unterausschuß der deutschen Wirtschaftsanquete veröffentlicht jetzt das Ergebnis seiner Untersuchungen über die deutsche Elektrizitätswirtschaft. Mit dem vorliegenden Bericht erhalten wir die erste einheitliche und zusammenfassende Darstellung über die Elektrizitätswirtschaft eines Landes überhaupt. Die statistischen Angaben sind bei allen technisch-wirtschaftlichen Dingen bis Ende 1928 ergänzt und reichen bei den finanziellen weit in das Jahr 1929 hinein. Von besonderer Wichtigkeit ist die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit bei kommunalen Unternehmungen in Gemeinden von über 10 000 Einwohnern, die ebenfalls neu ist. Hinsichtlich der großen Zersplitterung, besonders bei den Elektrizitätsgenossenschaften, wird die Konzentration in der Verteilung empfohlen.

Die Publizität der öffentlichen Unternehmungen wird als noch sehr unzulänglich und unzureichend hingestellt. Vorge schlagen wird ein Einheitschema für die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnung. Zu der hochpolitischen Frage der gerade jetzt wieder zutage tretenden Bestrebungen, öffentliche Betriebe zu privatisieren, äußert sich der Bericht sehr vorsichtig. Immerhin wird festgestellt, daß man nicht die besten Werte privatisieren, die schlechten dagegen der öffentlichen Hand überlassen darf, daß die öffentliche Elektrizitätswirtschaft vielfach eine wirtschaftliche Fürsorgeangelegenheit ist und daß die stärkste Privatisierung nichts hinsichtlich des Kapitalverorgungsproblems befragt.

Kapitalstärkung der Konsumvereine

Die Entwicklung im Jahre 1929.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt einen Uebersicht über die Entwicklung während des Jahres 1929, dem wir folgendes entnehmen:

	1914	1924	1928	1929
Zahl der angeschlossenen Genossenschaften	1109	1275	1024	991
Zahl der Mitglieder	1 717 519	3 444 218	2 896 756	2 992 278
Umsatz in Millionen Mk.	486,41	548,74	1 124,49	1 242,40
Durchschnittsumsatz je Mitglied (Mark)	253,27	159,32	368,19	415,17
Geschäftsguthab. je Mitglied (Mark)	19,41	4,35	18,32	20,42
desgl. in Prozenten des Jahresumsatzes	6,85	2,73	4,72	4,92
Spareinlagen in Mill. Mt.	79,10	49,48	297,49	374,01
Spareinlagen je Mitglied in Mark	46,06	14,37	102,70	124,90

Die am Jahreschluß ausgewiesenen eigenen Betriebsmittel in der Höhe von 125 Millionen Mark genügen dem jetzigen großen Umfang der konsumgenossenschaftlichen Güterversorgung nicht. Zur Erzielung eines Umsatzes von 1,25 Milliarden Mark soll nach den seit langem geltenden, bewährten Grundsätzen der deutschen Konsumgenossenschaften ein erheblich höherer Beitrag an eigenen Betriebsmitteln verfügbar sein. In der Vorkriegszeit war das Verhältnis zwischen den eigenen Betriebsmitteln und dem Umsatz der Konsumgenossenschaften wesentlich günstiger als im Jahre 1929. Der konsumgenossenschaftliche Umsatz des Jahres 1914 in Höhe von 486 Millionen Mark wurde mit einem konsumgenossenschaftlichen Eigenkapital von 58 Millionen Mark erzielt. Während die eigenen Betriebsmittel im Jahre 1914 noch 11,96 Proz. des Jahresumsatzes darstellten, betrug der Verhältnisfuß für das Jahr 1929 nur 9,57 Proz.

Der weiteren Verschlechterung kann vorgebeugt werden durch

eine vermehrte Zuweisung an die offenen Rücklagen (für die sich in den letzten Jahren gute Anlässe gezeigt haben) und durch die in der Nachkriegszeit vielfach vernachlässigte Erhöhung des Geschäftsanteils.

Die grundlegende Ursache der in den meisten Konsumgenossenschaften betriebenen Hinauszögerung der längst notwendig gewordenen Geschäftsanteilerhöhung ist in dem Umstand zu suchen, daß in den letzten Jahren in den Verbrauchergenossenschaften trotz der immer größer werdenden Anforderungen an die konsumgenossenschaftliche Güterversorgung ein Mangel an Betriebsmitteln nicht vorhanden war. Der unaufhörlich fließende Strom der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen sorgte stets für eine gewisse Geldfülle. Das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Doch das „Schwimmen im Gelde“, das den Konsumgenossenschaften von ihren mittelständlichen „Freunden“ nicht ganz ohne Recht „bescheinigt“ wird, darf nicht dazu führen, daß die seit jeher von den Verbrauchergenossenschaften anerkannten grundsätzlichen Notwendigkeiten unbeachtet bleiben. Zu diesen konsumgenossenschaftlichen Notwendigkeiten gehört die Schaffung eines gesunden Verhältnisses zwischen den eigenen und den fremden Betriebsmitteln. Den verantwortlichen Körperschaften des größten Teiles der im Zentralverband vereinigten Konsumvereine erwächst in der kommenden Zeit die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die seit mehreren Jahren ein wenig in den Hintergrund getretene Stärkung der eigenen Betriebsmittel nunmehr mit dem erforderlichen Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein in Angriff genommen und durchgeführt wird.

Der Umsatz der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine (G.G.G.) hat sich von 157,5 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 444,4 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 501,4 Millionen Mark im Jahre 1929 erhöht. Im Jahre 1914 machte der Umsatz der G.G.G. 31,95 Proz. des Gesamtumsatzes der Konsumgenossenschaften aus, im Jahre 1928 = 39,52 Proz. Der

Wieder Berufslehre.

Wie lange noch soll die heutige Miswirtschaft so weiter gehen?

Wieder wird ein Jahrgang von Knaben und Mädchen aus der Schule entlassen, wiederum stehen Eltern vor der Schicksalsfrage, was aus ihren Kindern werden soll. Einem nicht geringen Teil von ihnen macht die Frage der Berufswahl kein Kopfzerbrechen, weil das mit der Erlernung eines Berufs für sie verbundene Opfer viel zu schwer ist, als daß sie es bringen könnten. Ihre Kinder werden in das Heer der „Ungelernten“ eingereiht. Das mag in vielen Fällen beiden Tellen, Eltern wie Kindern, recht schmerzhaft erscheinen. Doch wenn es ein Trost für sie sein kann, darf ihnen gesagt werden, daß nach wenigen Jahren ein großer Teil der Kinder, die jetzt „einen Beruf ergreifen“, auf dem Umwege über die Berufslehre zu dem Heer der „Ungelernten“

stoßen müssen, ohne ihre Schuld, weil man sie in dem Beruf, in dem man sie ausgebildet hat, nicht mehr beschäftigen kann. Es gibt eine ganze Reihe von „Berufen“, in denen zwar stets große Nachfrage nach jungen billigen Händen, nach Bekehrungen herrscht, die jedoch ihre Ungelernten sofort nach beendeter Lehrzeit laufen lassen und sich nicht im geringsten darum kümmern, was aus ihnen wird.

Falls die Bekehrten es überhaupt für notwendig halten, ihr Verhalten zu rechtfertigen, so mit dem Hinweis darauf, daß sie den Platz für neue Lehrlinge gebrauchen. Eltern, die derartige Erfahrungen machten, mußten, nachdem sie das Opfer einer mehrjährigen Lehrzeit gebracht haben, kommen schließlich zu der Auffassung, daß es unter diesen Umständen besser ist, den Umweg über die Berufslehre zu ersparen. Gemessen an dem Schicksal der vielen „Gelernten“, die dann als „Ungelernte“ ihr Brot verdienen müssen, hat der Verzicht auf die Berufslehre, die Laufbahn als Ungelernter, seine Schrecken verloren.

In Wirklichkeit gibt es heute überhaupt

keine Ungelernten mehr.

Die Hilfsarbeiter jedes Berufes müssen lernen, müssen sich anarbeiten, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Kenntnis und Gewandtheit aneignen. Aus der Betrachtung einer ganzen Reihe von Tariflöhnen ergibt sich überdies, daß der Lohnunterschied zwischen Gelernten und Ungelernten häufig nicht allzu groß ist. Das Unternehmertum hat sich darüber schon oft recht mißbilligend geäußert. Es hätte es ohne weiteres in der Hand, durch bessere Bezahlung der gelernten Arbeiter den Unterschied zwischen den Löhnen beider Gruppen stärker hervorzuheben. Allein die Unternehmer versuchen es umgekehrt, die Löhne der Masse der Ungelernten herunterzudrücken, um dann selbst nach „Senkung“ der Löhne auch der Gelernten den Unterschied noch deutlich zu markieren. Die Gelernten haben allerdings durch das Verhalten ihrer Gewerkschaften dem Unternehmertum gezeigt, daß eine derart pfiffige Spekulation auf ihren Berufsstolz verfehlt ist. Kurzum,

es ist kein Unglück, „Ungelernter“ zu sein:

Nach der Gelernte ist vor Arbeitslosigkeit nicht sicher und ein Ungelernter in Arbeit ist besser daran, als ein arbeitsloser Gelernter.

Damit soll nichts gegen das Lernen gesagt sein, noch gegen die Berufslehre an sich. Soll jedoch die Berufslehre nicht jeden Kredit verlieren, dann müssen zunächst alle total aussichtslosen Lehrberufe rückstandslos ausgemerzt werden. Solche können sich heute nur noch erhalten, weil der Andrang zu Lehrstellen zu stark ist, der Übergläubigkeit, daß irgendein Lehrverhältnis unter allen Umständen eingegangen werden müsse, um die Zukunft des Jugendlichen sicherzustellen, noch weit verbreitet ist.

Die Eltern, die heute auf der Suche nach einer Lehrstelle sind, haben es nicht leicht. Sie sollen die Berufsberatung in Anspruch nehmen und sollen sich bei der gewerkschaftlichen Organisation des betreffenden Berufes über die Berufsaussichten und wenn möglich über die angebotene Lehrstelle erkundigen. Wir haben eine ganze Reihe von Berufen mit notorischer Lehrstillschüßerei; Berufe, die nicht genug Lehrlinge bekommen können und nicht einmal für den zehnten Teil der Ausgelernten Arbeit haben. Und selbst Berufe, für die Bestimmungen zur Einschränkung des Lehrlingsalters bestehen, sind nicht vor Lehrstillschüßerei gesichert. Die Verbände der Bäcker, der Schneider, der Sattler, der Friseurgehilfen, der Schornsteinfegergesellen — um nur einige zu nennen — klagen nicht aus egoistischer Sorge um die Konkurrenz des Nachwuchses auf dem Arbeitsmarkt, sie führen den ziffernmäßigen Nachweis der Lehrstillschüßerei in ihren Berufen.

Sind die Eltern einseitig genug, den Warnungen der Gewerkschaften zu folgen, dann stehen sie vor der Frage, welcher Beruf denn nun eigentlich einigermaßen aussichtsreich sei. Die Zahl dieser Berufe ist nicht groß und die ihrer Lehrstellen beschränkt. Wir haben in Berlin eine Reihe von Großbetrieben in der Metallindustrie mit eigenen Lehrwerkstätten. Verhältnismäßig bilden sie die empfehlenswertesten Lehrstellen. Allein solche Lehrstellen werden nicht öffentlich ausgeschrieben und sind in der Regel nur durch besondere Beziehungen zu bekommen. So sehr die Einrichtungen der Berufsberatung und der Eignungsprüfung zu begrüßen sind, so nützlich sie auch sein mögen, so sind sie doch an die wirtschaftlichen Verhältnisse gebunden.

Gute Lehrstellen gibt es zu wenig und die massenhaft angebotenen schlechten sind nichts wert.

Nach dem Kriege konnte man damit rechnen, daß der Geburtenausfall während der Kriegsjahre sich für die Berufslehre in den Jahren 1929 bis 1932 günstig auswirken würde. Das Handwerk jammerte schon, daß dann ein furchtbarer Mangel an Lehrlingen eintreten werde, der den Fortbestand des Handwerks gefährde. Allein trotz des Geburtenausfalls ist heute noch kein Mangel an Lehrlingen, im Gegenteil. Ein verminderter Andrang an Lehrlingen würde sich einer Reform des Lehrlingswesens recht günstig erwiesen haben.

Als bald nach dem Kriege wurde eine solche Reform angedacht, bisher jedoch verschleppt, bis endlich einer der Entwürfe herausgebracht werden konnte, der jetzt vorliegende Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, von dem die Gewerkschaften keineswegs entzückt sind. Dennoch verlangt der Reichsbund des Handwerks, der durch das Sonderrecht der Zwangsorganisation erst lebensfähig wurde, daß dieser in der Durchberatung begriffene Entwurf wieder zurückgezogen, eine neue gezielte Regelung des Lehrlingswesens auf unbestimmte Zeit vertagt werden und schließlich so gestaltet werden soll, wie sie den einseitigen Forderungen der Interessenten an der

Beschäftigung billiger und williger Arbeitskräfte

entspricht. Dieses Standeslose Verhalten des Reichsbundes des Handwerks ist nur möglich bei dem starken Angebot an jungen Händen.

Im Laufe der Zeit haben sich die Lehrverhältnisse hinsichtlich der Arbeitszeit zwar verbessert, in wirtschaftlicher Beziehung jedoch wesentlich verschlechtert. Früher bekam der Lehrling Kost und Logis beim Meister. Heute bekommt er statt dessen ein sogenanntes „Kostgeld“. Wie steht es denn damit? Ein älterer Lehrling z. B. der wöchentlich 5 Mark Kostgeld bekommt, muß davon 3 Mark für Fahrgehalt zahlen.

Die Dauer der Lehrzeit wurde nach Voderung der Zustände vorübergehend verlängert auf zweieinhalb bis drei Jahre. Die Eltern hatten eine bestimmte Summe als Lehrgeld zu zahlen, die jedoch wesentlich geringer war als die Aufwendungen des Lehrherrn für die Verpflegung des Lehrlings während der Lehrzeit. Nur in den Fällen, in denen die Eltern kein Lehrgeld zahlen konnten oder wenn das Waisenhaus einen Jüngling in die Lehre gab, währte die Lehrzeit vier Jahre. Heute bildet dieses vierjährige Maximum der Lehrdauer die durchschnittliche Dauer der Lehrzeit.

Mit aller Robustität versteht „das Handwerk“ seinen Professionsstand, das Lehrverhältnis sei kein Arbeitsverhältnis, sondern ein Erziehungsverhältnis. Damit versucht es die gewerkschaftlichen Einsprüche auszuschalten, vor allem bei der Bemessung des „Kostgelds“ und der Festlegung von Ferien.

Früher bot das Handwerk seinen Lehrlingen eine gewisse Gewähr für ihre künftige Existenz. Heute übernimmt es

nicht die geringste Verpflichtung für die Beschäftigung seiner Ausgelernten.

nach nicht einmal für die gehörige Ausbildung in jedem Falle. Es prüft die Ausgelernten und gibt ihnen einen Lehrbrief auf den Weg zum überfüllten Arbeitsnachweis. Sie mögen dann zusehen wo sie bleiben.

Das Handwerk bekommt neue Lehrlinge. Eine Verschwendung und Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte wie sie heute im Handwerk geübt wird, mag für die Lehrherren erträglich sein, für die Eltern der Lehrlinge, die vielfach selber vor Arbeitslosigkeit nicht sicher sind, ist sie ebenso wie für eine vernünftige Wirtschaft auf die Dauer unerträglich.

F. E.

Aufmarsch bei der BVB.

Imposante Kundgebung unserer Genossen.

Die Genossen der BVB. hatten sich am Dienstag im großen Saal der Kommerzfäule zu einer imposanten Kundgebung vereinigt. Die Versammlung war von über 1000 Genossen besucht, die mit großem Interesse und starkem Beifall die Ausführungen des Genossen Stadtrat Reuter entgegennahmen.

Reuter verstand es, in fesselnder und anschaulicher Weise das Werden der BVB. zu schildern. Eingehend legte er die Finanzschwierigkeiten der Stadt Berlin und ihre Rückwirkungen auf die Verkehrsbetriebe dar. Der Sturm des Privatkapitals auf die Betriebe der Stadt Berlin sei durch die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker abgewehrt worden. Die Partei wird auch in Zukunft alles tun, um die öffentlichen Betriebe zu schützen. Dazu bedarf es aber auch der Unterstützung der Belegschaft, die durch die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte am 15. März zu beweisen hat, daß sie ihre eigenen Interessen zu wahren versteht.

Nachdem noch Genosse Dressel die Versammlung aufgefordert hatte, alle Kraft einzusetzen um einen übermächtigen Sieg der freigewerkschaftlichen Liste herbeizuführen, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratische Partei.

Rein freigewerkschaftlicher Betriebsrat.

Im Siemens-Panikawerk.

Aus dem Siemens-Panikawerk Ahlenberg wird uns berichtet: Die Kommunisten riefen zu einer öffentlichen Betriebsversammlung des Betriebes auf zwecks Stellungnahme zur Betriebsratswahl und Aufstellung einer roten Kandidatenliste. Der Arbeiterrat wurde aufgefordert, in die Versammlung zu kommen und über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Wer beschreibt das Erschaun der Kommunisten, als vom ganzen Betrieb, der 1200 Mann Belegschaft hat, nur vier Betriebsangehörige anwesend waren. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Beutling als Referent erklärte, daß bereits acht Mann auf der Kandidatenliste seien, er brauche aber noch weitere Kandidaten und bitte die Betroffenen, sich in der Expedition der „Roten Fahne“ zu melden, damit sie nicht vorher der Firma bekannt würden.

Am Montag war die Frist zur Einreichung der Listen abgelaufen. Von den Arbeitern ist nur eine freigewerkschaftliche Liste eingereicht worden und bei den Angestellten ebenfalls. Die „Opposition“ hat trotz der acht Kandidaten, die angehängt schon vorhanden waren, keine Liste eingereicht, ebenso wenig die Gelben, die sonst zur Betriebsratswahl kandidierten. Somit war eine Wahl überflüssig. Beide freigewerkschaftlichen Listen gelten nach dem BVB. als gewählt. Es zeigt sich also auch hier, daß die Siemensbelegschaft von der SPD. und von den Gelben nichts wissen will.

Werkeverwaltung begünstigt die SPD.

Bei der Preußag in Hindenburg.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Die kommunistische Partei Oberschlesiens entfaltet zur Zeit eine starke Wühlarbeit gegen die Gewerkschaften. Sie findet hierbei die wohlwollende Unterstützung vieler Werkeverwaltungen. Einzelne Werkeverwaltungen gehen sogar soweit, den Kommunisten für ihre Versammlungen Zechenhäuser oder Werksäle zu überlassen.

So haben seit Monaten die Kommunisten alle paar Tage Versammlungen in Zechenhäusern der Preußag-Werkeverwaltung. Kommunistische Parteisekretäre, Reichs- und Landtagsabgeordnete haben als Referenten ungehindert Zutritt, werksfremde kommunistische Elemente werden in der Regel von der kommunistischen Versammlungsleitung ebenfalls zur Versammlung geordert.

Im Gegensatz zu der wohlwollenden Duldung der kommunistischen Versammlungen hat die Preußag-Werkeverwaltung im Monat Januar auf der Guido-Schachanlage die Abhaltung einer von den Gewerkschaften einberufenen Belegschaftsversammlung im dortigen Zechenhaus untersagt. Daraus man schließen muß, daß der Preußag-Werkeverwaltung die kommunistische Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften genehm ist.

Zurückgewiesene Verdächtigung.

Entscheidung der Werkstatt der Wasserwerke.

Mit 84 gegen drei Stimmen wurde beschlossen: „Die Belegschaftsversammlung der Werkstatt der Wasserwerke stellt fest, daß für die Behauptung der „Roten Fahne“, die Kollegen Wahlscheiter hätten anfänglich der Betriebsratswahl in der Abteilung Rohrnetz das Wahlergebnis umgetauscht, nicht die geringsten Unterlagen erbracht werden konnten. Die Kollegen weisen solche Verleumdungen ganz energisch zurück.“

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sonnabend, 15. März, Bedenendurfs des Götterfestes in der Jugendherberge Rosauer. Thema: „Freigewerkschaftliche Jugendarbeit“. Ref. Carl Dietz. Treffen um 18 und 20 Uhr Schilf. (Wasserpfeife). — Deuts. Freilicht, 19 1/2 Uhr, taugen die Gruppen: Rodrima; Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 30. RGG, in West und Ost. — Germania; Gruppenheim in Ganderstr. 11. Ede. Boderschleiche. Portra: Mikhof und Kistner. — Götterfest; Gruppenheim Wasserwerke, 9, nach vorher. Bildstempelportra: „Das schöne Deutschland“ (Wälder und das bauerliche Leben). — Götterfest; Jugendheim Grotte, 30. Freilicht: „Das Verlangen von Götterfest“. — Juppelstich; Jugendheim Turiner Ede. Centralstr. (Eingang Turiner Straße). Portra: „Das Götterfest über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“. — Wedding; Gruppenheim Schule Tanz. Ede. Wasserwerke. Portra: „Das Arbeitsrecht“. — Schönhauser Lee; Jugendheim Reddenstr. Straße 34-35. Freilichtabend.

Zuwendungsgruppe des Zentralverbandes der Anwesen

Deuts. Freilicht, haben folgende Veranstaltungen statt: Oberpreet Jugendheim Rosauer Str. 2. Freilichtabend. — Anwesen; Gruppenheim Tahlitzer Str. 15 (Casanovi) am Pohohof Alleen. — Wie bin ich in den RWA gekommen? — Bildstich; Jugendheim Vorstraße 11 (E. Hof, Dargatz). 1. Freilicht, Freilichtabend. — 25. 20 Uhr Berufsständische Arbeitsgemeinschaft der Jugendbeiräte Kreuzfeld und Urban im Jugendheim Schulstr. 1-4, und der Jugendbeiräte Urban und Wälderberg im Jugendheim Schornsteinerstr. 20. Zimmer 1.

Wenn Schmerzen

Zogal-Tabletten!

Zogal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Gripp, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Et. notat. Verläßt. anerkennt über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren die gute Wirkung des Zogal! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfernt die Gärung! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. 1.40. 1/4 Chin. 125 Lith. 743 Acid. acet. 100. 100 Amyl

Heute wählt Dynamowerk.

Freigewerkschaftliche Liste I.

Von einem Freigewerkschaftler wird uns geschrieben: Das Organ der russischen Botschaft beschäftigt sich nochmals mit den Entlassungen im Dynamowerk der Siemens-Schuckertwerke L.G. Durch die Wiederholung der Behauptung, daß „rote“ Betriebsratskandidaten vom „sozialistischen“ Wahlschluß demontiert und von der Werkleitung gemahregelt worden seien, wird der Scheinbel noch nicht Wahrheit.

Kunze, der jetzige Spitzenkandidat der SPD., beschwerte sich vor drei Wochen beim Arbeiterrat, daß in seiner Abteilung (Materialverwaltung) alle 14 Tage ein Tag ausgefällt werde, und verlangte Abstellung. Die Firmenleitung erklärte, daß sie sonst gezwungen sei, Entlassungen in dieser Abteilung vorzunehmen. Diese Entlassung hat aber der Arbeiterrat verhindert; andernfalls würde der jetzige Spitzenkandidat der „Roten Liste“ wahrscheinlich das Straßensplaster zieren.

Wird ein Kommunist entlassen, so ist er „gemahregelt“, auch wenn kein Mensch weiß, daß er bei der SPD. organisiert ist. Die Firma hat wahrlich keine Veranlassung, sogenannte „Revolutionsäre“ zu entlassen, denn sie belangen die Geschäfte der Kapitalisten besser, als es früher die Gelben taten. Sie geben sich alle Mühe, die Gewerkschaften im Betriebe zu zerstückeln und stärken dadurch die Unternehmer.

Taneht ist von der SPD. gemahregelt, denn er ist auf Befehl der SPD. von der freigewerkschaftlichen Betriebsratsliste, auf der er bei der letzten Nachwahl gewählt war, zurückgetreten. Nur dadurch ist doch erst die angebliche „Mahnrede“ überhaupt möglich gewesen. Die SPD. hebt ihre Mitglieder ins Unglück und will dann andere dafür verantwortlich machen. Freigewerkschaftler, die früher Mitglieder der SPD. waren, sagen heute offen, die SPD. sei eine Partei des Verbrechens.

Daß sich die Arbeiter von sich einer Partei abwenden, ist nicht verwunderlich. In den Betrieben kommt dies auch ganz deutlich zum Ausdruck. Ganze sechs Kandidaten bringt die SPD. in einem Betriebe von 3000 Mann zur Betriebsratswahl auf. Die SPD. ist bei der Arbeiterchaft im Dynamowerk der Siemens-

Schuckertwerke L.G. so gut wie erledigt, darüber täuschen Geschrei, Lügen und Verleumdungen der „Roten Fahne“ nicht hinweg. Die Wahl heute wird es beweisen: Liste I wird von der Arbeiterchaft des Dynamowerkes gewählt.

Wie Klagen abgewiesen werden.

Arbeitsgericht dingt Tariflohn ab!

Vom Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, wird uns geschrieben: Wir sind es schon gewöhnt, daß bei den Baukammern des Arbeitsgerichts Berlin die unglaublichen Urteile gegen klagende Bauarbeiter gefällt werden. Ein juristisches Glanzstück hat sich jetzt der schon dafür bekannte Vorsitzende der 25. Kammer, Dr. Reschke, am 8. März 1930 geleistet.

Zur Verhandlung stand die Klage des Maurers Kaiser gegen ein Baugeschäft Roigt wegen Bezahlung des tariflichen Pufferstundenlohnes von 1,96 Mark an. Die Klage konnte dem Grunde nach nicht strittig sein. Denn daß der Tariflohn nach einem als allgemeinerbindlich erklärten Tarifvertrag unabhängig ist und gezahlt werden muß, dürfte doch wohl jedem Arbeitsrichter geläufig sein. Der Streit drehte sich auch nur um die Höhe der Forderung.

Die Beklagte bestritt, daß der Kläger 113 Stunden gearbeitet hätte, ohne beweisen zu können, daß es weniger Stunden waren. Der einzige Zeuge der Beklagten, ein Arbeitskollege des Klägers, nahm zwar Partei gegen den Kläger, schimpfte in der gemeinsten Weise auf ihn, doch wieviel Stunden der Kläger gearbeitet oder nicht gearbeitet hatte, konnte er dem Gericht nicht verraten. Dem Kläger blieb als Beweismittel nur die Eideszuschreibung an den Beklagten. Der eventuell jurisdiktionsfähige Eid wurde vom Kläger angenommen.

Herr Reschke aber, der sonst im Vertagen den Rekord schlägt, wies die Klage kurzerhand ab. Damit unterband der Richter die Beweisführung und dingte den Tariflohn ab. Der klagende Arbeiter ist anstatt zu seinem Recht um seinen wohlverdienten, ihm reichlich zustehenden Lohn gekommen.

Daß es auf die Dauer so nicht weitergehen kann, dürfte auch die Arbeitsgerichtsbehörde einsehen.

Kampf um den Schutz der Republik.

Lärmende Einheitsfront Hugenberg — Göbbels — Münzenberg.

Der Reichstag begann am Donnerstag nachmittag die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens. Es wirkte wie eine Einleitung dieser Beratung, als nach Eröffnung der Sitzung mitgeteilt wurde, daß der Oberstaatsanwalt in Essen die Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abg. Wagner wegen § 166 StGB. und der Oberstaatsanwalt Berlin die gleiche Genehmigung gegen den Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung durch die Presse in zwei Fällen verlangt.

Reichsinnenminister Severing

leitet die Beratung ein: Am 13. März 1930 sind hakenkreuzgeschmückte Soldaten am frühen Morgen in die Wilhelmstraße zu Berlin eingedrungen und haben die Ministerialgebäude besetzt. Der Zweck dieser militärischen Unternehmung war die Einsetzung einer Regierung Kapp-Lüttich. Die Arbeiterschaft aller Richtungen antwortete mit dem Generalstreik, und nach am selben Tag hatte diese Regierung nur Aussicht auf kurze Dauer. Aber

nicht nur der Generalstreik der Arbeiterschaft, sondern auch die Pflichterfüllung der Beamtenhaft hat der Regierung Kapp-Lüttich ein rasches Ende bereitet.

Am 14. März 1930 beschloßen die Staatssekretäre der Reichsministerien einstimmig, Beschlüssen nur von den verfassungsmäßigen Ministern entgegenzunehmen und die laufenden Geschäfte nur im Rahmen des verfassungsmäßigen beschlossenen Haushalts zu führen. Dieser Beschluß wurde allen Beamten bekanntgegeben. Er war nicht nur platonisch. Als vom Reichsfinanzministerium ein großer Betrag zur Finanzierung des Budgets abgeholt werden sollte, hat Staatssekretär Schröder den Deuten klar gemacht, daß Gelder nur auf Anordnung der verfassungsmäßigen Regierung abgehoben werden. An der einmütigen Abwehr der deutschen Arbeiterschaft und der Beamten ist der Kapp-Putsch zusammengebrochen. (Rufe der Kommunisten: Und dieses Gesetz ist der Dank dafür! Warum sprechen Sie nicht von den damals ermordeten Arbeitern?) Staatliche Machtmittel waren damals so gut wie gar nicht vorhanden. Das Militär ist gegen die von Döberitz heranziehenden Putschtruppen nicht eingeschritten, der Einsatz von Sicherheitspolizei war so gering und schwach, daß sie mit einiger Aussicht auf Erfolg nicht Trug bieten konnte. Nur die Arbeiter und die Beamten haben diesen Anschlag der Kapp und Lüttich zum Scheitern gebracht. (Zurufe der Nationalsozialisten: Und die Minister sind ausser Acht!) Meine verehrten Damen und Herren! (Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): Wir wollen gar nicht verehrt sein!) Die Dinge haben sich geändert. Wir haben ein verfassungstreues Heer von ausgesetzelter Ausbildung (Rufe der Kommunisten: Daher die vielen Selbstmorde in der Reichswehr!), und wir haben eine vorzügliche Polizei

Mit diesen Machtmitteln kann im Ernstfälle jedem Anschlag auf die verfassungsmäßigen Einrichtungen schon im Keim begegnet werden.

(Rufe der Nationalsozialisten: Da brauchen Sie ja kein Republikanengesetz!) Das hat gestern schon Herr Balkraf gesagt. Es kommt aber nicht nur darauf an, Anschläge auf die Republik im Keim zu ertappen, sondern darauf, ihnen im Falle der Verletzung zu solchen Unternehmungen hätten, prophylaktisch die Lust dazu auszutreiben. (Zurufe der Nationalsozialisten: Feuerwehr!) Ohne den Kapp-Putsch keine Bewegung im Ruhrgebiet, und ohne den Ruhrzustand keine Fortsetzung von bolschewistischen Vertrieben, keine Verschleppung der deutschen Politik (Stürmischer Widerspruch rechts), keine weitere Verelendung des deutschen Volkes.

Heute ist die Situation Deutschlands nicht so, daß wir es uns leisten könnten, ähnliche Erhebungen an uns herankommen zu lassen. (Zurufe rechts: Sie haben Angst!) Nein, aber wenn nicht alle Kräfte des Volkes für den Wiederaufbau zusammengerufen werden, wenn die Arbeit nicht geschieht, dann (Zuruf der Nationalsozialisten: Können wir den Young-Plan nicht erfüllen!) können die heroischsten Anstrengungen der nächsten Zeit vergebens sein. Wir sind

verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Machtmittel des Reiches nicht vorsätzlich abgenutzt werden.

(Ruf der Nationalsozialisten: Die Gummitüppel sind schon abgenutzt!) Den Deutschnationalen halte ich vor, daß ihr Führer Graf Helldorf im Jahre 1927 nicht nur den Antrag auf Verlängerung des Republikanengesetzes als erster unterschrieben, sondern auch in der „Kreuz-Zeitung“ die Notwendigkeit dieser Verlängerung wegen kommunistischer Umsturzespläne begründet hat. Bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes ist nun das Republikanengesetz nicht zu entbehren. 1927 war ein Jahr, wenn nicht gerade der Hochkonjunktur, so doch eines normalen Geschäftsganges. Die Zahl der Arbeitslosen war verhältnismäßig gering. Die Arbeitslosen sind aber das Rekrutierungsgebiet der Radikalen rechts und links. Heute haben wir 3 Millionen Arbeitslose. (Lärmende Zurufe äußerst rechts und links) und heute wollen Sie (zu den Deutschnationalen) in der Zeit eines 3-Millionen-Arbeitslosen-Heeres der Republik den Schutz verweigern. (Andauernde lärmende Zurufe der radikalen Opposition. — Die Kommunisten rufen: Sie müssen nicht so offen Ihre Karten aufdecken! — Zuruf rechts: Schaffen Sie doch Arbeit für die Leute! — Präsident Löbe erwidert wiederholt, den Ministern reden zu lassen.)

Es ist gar keine Rede davon, daß die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit durch das Gesetz unzulässig gemacht werde. (Rufe der Kommunisten: Versammlungen werden auseinandergetrieben!)

Das Versammlungsrecht ist durch das Treiben der Extremen rechts und links ein Versammlungsunrecht geworden, und die Pressefreiheit ist — gestatten Sie mir den Ausdruck, ich bin mit seiner Tragweite bewußt — vielfach zur Pressefreiheit geworden.

(Zustimmung in der Mitte. — Rufe der Nationalsozialisten: Wie haben Sie früher geschrieen! In Ihrer Partei wurde doch einem Mann Sauberkeit nachgesagt!) Man führt zur Entschuldigung an, daß viele Kreise des deutschen Volkes sich in einer Art psychischer Krankheit befinden. Ich bestreite das nicht. Aber man unterscheidet doch zwischen harmlosen und gemeingefährlichen Geisteskranken. Gegen die harmlosen, die in einer Zeit politischer Festigkeit und relativen Wohlstandes unüberlegte Äußerungen machen, braucht man kein Sondergesetz. Wenn aber in einer Zeit der ungesunden innerpolitischen Spannung die Demagoguen laudare laudare die Regierung unangesehnt verleumdend und den Staat auf das schwerste anzugreifen, dann haben die zum Schutz der Republik berufenen Männer dafür zu sorgen, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen werden. Allein in Preußen sind im vergangenen Jahr bei politischen Zusammenkünften 300 Polizeibeamte verletzt und 14 getötet worden. (Lärmende Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten: Das ist Ihre Partei! Folgen des Demonstrationenverbot!) Wieviel Arbeiter haben Sie erschossen lassen? Die Länderregierungen wollen und können die Verantwortung nicht übernehmen, wenn diese Dinge noch länger andauern.

Wir brauchen das Gesetz, um die Verhetzung einzudämmen und um den Eindruck zu zerstreuen, als ob es auf der äußersten Rechten und Linken nur noch eines Drucks bedürfte, um diesen Staat zu überrennen.

Diesen Eindruck zu zerstören, ist der Hauptzweck des Gesetzes. Die Kommunisten behaupten immerzu, daß das Gesetz gemacht werde, um die kommunistische Partei verbieten zu können und den Länderregierungen die Handhabe dafür zu geben. (Zuruf der Kommunisten: Das haben Sie ja selber gesagt.) Der Wortlaut und die Absichten des Gesetzes sind Ihnen (zu den Kommunisten) aus dem Ausschuß bekannt. Der Reichsinnenminister kann nur eingreifen, wenn eine Länderregierung nicht will, er kann nicht die SPD verbieten. (Rufe der Kommunisten: Aber er kann die Länderregie-

Kapp-Putsch — Neue Putschgefahr!

Die Berliner Sozialdemokratie ruft zu einer großen Kundgebung am Sonntag, dem 16. März 1930, vormittags 11 Uhr, nach der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Redner: Carl Severing, Otto Wels

Vor zehn Jahren hat die deutsche Arbeiterschaft durch einen in der Welt beispiellos dastehenden Generalstreik die Kapp-Putschisten niedergedrungen. Von neuem erhebt aber jetzt der nationalsozialistische Putschismus, der in Thüringen mit dem bayerischen Putschisten Frick als Minister regierungsfähig wurde, sein Haupt. Hugenberg und Stahlhelm hoffen auf den Staatstreich und lauern auf eine günstige Gelegenheit zum Losschlagen. Zum Protest gegen diese Feinde der Republik und der Arbeiter gilt es, die werktätige Bevölkerung zu mobilisieren.

Parteigenossen, Arbeiter Berlins, erscheint in Massen! Der Bezirksvorstand.

(Rufe der Nationalsozialisten: Sie würden es für einen großen politischen Fehler halten, wenn eine Länderregierung im gegenwärtigen Augenblick die SPD verbieten würde. (Präsident Löbe erteilt einem der andauernd schreienden Kommunisten einen Ordnungsruf und droht härtere Maßnahmen an, wenn keine Maßnahmen zur Ruhe nicht befohlen werden. — Ein Kommunist wiederholt die Worte des Ministers: Im gegenwärtigen Augenblick!) Ja, ich kann nicht für Ihr weiteres Verhalten die Garantie übernehmen. (Große Heiterkeit.) Eine geistige Bewegung kann man doch nicht verbieten. (Heiterkeit.) Auf Zurufe der Kommunisten wegen des Verbots des Rotfrontkämpfer-Bundes erwidert der Minister, daß die Kommunisten doch selbst die bewaffnete Organisation der Faschisten nicht dulden wollen, da könne eine unparteiische Regierung nicht das gleiche auf der anderen Seite dulden. Der Minister weist darauf hin, daß die kommunistische Presse gefällige Erlasse von Ministern veröffentlichen. Er zitiert dann die Artikel der deutschen und russischen Sowjetpressen, in denen die Berliner Kollage als Werkstück des Endkampfes hingestellt werden. (Ein Kommunist ruft: Sie wollen doch nicht mit Kanonen auf Spahen schießen. — Große Heiterkeit und Handklatschen der Sozialdemokraten.) Aus dem Bericht über den Moskauer Gewerkschaftskongress führt der Minister den

Nachweis, daß die Kommunisten nicht die ideale und materielle Hebung der Arbeitslosen beabsichtigen, sondern die Gewerkschaften für Vorübungen zum späteren Generalangriff mißbrauchen wollen.

(Abg. Thälmann: (Komm.) erhält einen zweiten Ordnungsruf mit Ausschlussandrohung, auch andere Kommunisten werden zur Ordnung gerufen.) Die Zügelung der Aufforderungen der „Roten Fahne“ vom 12. März; fort mit dem Reichstag, fort mit der Regierung, wird von den Kommunisten durch Handklatschen und durch den Ruf: Fort mit Seper! unterstützt. Der Minister fährt fort: Wenn Sie überhaupt politischen Gründen zugänglich wären, so würde ich mich um den Nachweis bemühen, daß Ihre ganze Tätigkeit nicht dazu angetan ist, den Arbeitslosen zu helfen, sondern nur, das Arbeitslosenheer ungeheuer zu vergrößern. Wenn das Ruffeldexperiment Schluß machen sollte, dann wäre die ruhige Entwidlung vorbei, geregelte Produktion nicht mehr möglich, und die Arbeitslosen hätten dann überhaupt keine Aussicht mehr.

Das Republikanengesetz will Ruhe schaffen und dadurch das Heer der Arbeitslosen vermindern.

(Der Nationalsozialist Dr. Goebbels erhält den zweiten Ordnungsruf und eine Warnung. Der Kommunist Florin, der diesen Zwischenfall als vereinbart bezeichnet, wird zur Ordnung gerufen.) Der Minister zitiert dann die Beschimpfungen der Polizei durch die „rote Fahne“, wie „bestialische Polizeimethoden“ sowie die Behauptung des gleichen Blattes, daß die Arbeiter sich nicht mehr schlagen und nicht mehr an sich scheitern lassen. (Handklatschen der Kommunisten.) Durch das Republikanengesetz soll dem vorgebeugt werden, daß Arbeiter und Polizei gegeneinander kämpfen. Der Nachschuß der kommunistischen Gewalttäter wird einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Gegenüber solchen Hebertreibern muß die Polizei so stark sein, daß sie mit Erfolg einschreiten werden kann.

Der Minister wendet sich nun den rechtsradikalen Umtrieben zu. Herr Goebbels sprach am 2. Dezember 1929 in seinem „Angriff“, daß man den Widerstand auf die Straße tragen müsse (Widerstand der Nationalsozialisten), es steht nicht da: Bistant die Fahne des Aufstiehs in zwei Jahren auf, sondern (Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): Heute! Um fünf geht's los! Heiterkeit.)

Herr Straßer hat gestern hier erklärt, nur Döbelen und Verbrecher könnten seiner Partei Putschabsichten zumuten. Ich habe gegen diese Selbstbeschuldigung nichts einzuwenden.

(Große Heiterkeit.) Sie behaupten, wir gütigen Waffen zu kämpfen, reden und schreiben aber vom Köpfen und Ausschlagen. Die Nationalsozialistische Partei hat ein schönes Lied, das lautet:

In München war die erste Schlacht, mit unsrem braunen Heer. Wenn uns die zweite Schlacht ruft wieder ins Gemehr, uns, wenn die Handgranate kragt, das Herz im Leibe lag.

(Stürmische anhaltende Heiterkeit.) Ich nehme diese Tiraden nicht allzu ernst. Aber wenn erst nach vielen Monaten die Gerichtsverhandlung ist und vielleicht nur mit einer Geldstrafe endet, so entsetzt der Eindruck, als ob man nur mit den Nationalsozialisten marschieren brauchte, um die Schuldfrage los zu sein, den Verfall der Arbeiterschaft zu zerreißen und einen trübsüchtigen Krieg zu machen. (Die Nationalsozialisten beschuldigen den Minister einer unwahrscheinlichen Rumpfschlichtung und fragen nach dem angeblichen Putschplan.)

Als Rohbach im Herbst 1923 Jellen in der Reichswehr bilden wollte, wurde ihm sehr bald auf die Finger geklopft, und es blieb beim aussichtslosen Versuch. Die gleichen Versuche werden von den Nationalsozialisten unternommen.

(Rufe der Nationalsozialisten: Um den richtigen Geist hineinzu-bringen.)

Jemand, der für diese Bestrebungen gewonnen werden sollte, hat folgendes ausgesagt: (Rufe der Nationalsozialisten: Namen nennen. — Severing: Das würde Ihnen so passen! — Heiterkeit.) Der Abgeordnete der Nationalsozialisten fragte, wie sich die Reichswehr bei einem gewalttätigen Umsturz durch die Nationalsozialisten verhalten würde. (Ruf der Kommunisten: Darüber ist doch gar kein Zweifel, das haben wir doch schon gehabt!) Der Abgeordnete hat gemeint, die Reichswehr werde doch nicht auf nationale Deutsche schießen, und ob ich (der Zeuge) bereit sei, in diesem Sinne auf meine Kameraden einzuwirken. Demgegenüber machte ich auf unsere strengen Befehle aufmerksam, worauf der Abgeordnete erwiderte, das Ziel sei, die jetzige überhaupt nicht nationale Regierung durch eine andere zu ersetzen, den Verfall der Reichswehr durch eine andere zu beseitigen und überhaupt Ordnung zu schaffen. (Heiterkeit.) Bessere Zustände könnten überhaupt nur eintreten durch einen gewalttätigen Sturz der Regierung. Hinter der Bewegung ständen ordentliche Leute, zum Teil auch Großkapital. (Hört, hört! und Heiterkeit links.) Ich sollte als Vertrauensmann oder Funktionär in meinem Standorte wirken, und durch positive Tätigkeit entstehende Unkosten würden ersetzt.

Nachdem Präsident Löbe den Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.), der unangesehnt Zwischenbemerkungen macht, zur Rührung wiederholt ermahnt hat, fährt der Minister fort: Der Reichswehrminister hat in den letzten Tagen einen Erlaß gegen die Versetzungsbefehle in der Reichswehr herausgegeben. Diese Befehle sind die Hintergründe, die ich noch weiter ausmalen könnte. Sie werden verstehen, daß ich das nicht tue. (Zustimmung der Regierungsparteien.) Bei dieser Situation muß die Regierung das Mittel haben, das in dem Republikanengesetz liegt.

Ich bin überzeugt, daß der Reichstag sich der Verpflichtung nicht entziehen wird, dafür zu sorgen, daß die Machtmittel des Staates nicht vorsätzlich abgenutzt werden.

Ein Staat, der seinen Schutz abgibt, gibt sich selbst auf. Zu den Volkserretoren des Deutschen Reiches habe ich das Vertrauen, daß sie diese Unterlassungsfünde nicht begen. (Sehnter anhaltender Beifall der Regierungsparteien, großer Lärm und Pluruse der radikalen Opposition. — Der hakenkreuzler Straßer wird nach mehreren Drohungen und Warnungen wegen Weiterzähmpfens aus dem Saal gemiesen.)

Die Redezeit für die Debatte wird auf 1 Stunde pro Fraktion festgesetzt. Anträge der Kommunisten auf zwei Stunden und der Deutschnationalen auf 1½ Stunden werden unter dem Beschrei der radikalen Opposition abgelehnt.

Abg. Dr. Coerling (Dnat.): Der Verfassungsminister lehnt es nach keiner provozierenden Rede ab, die Gegenstände der Opposition zu hören. Das ist nicht nur eine große und ungebührliche Mißachtung der Opposition, sondern auch das Zeichen einer schiefen Sache. Ich halte es nicht für angebracht und unserer nicht würdig, zu sprechen, solange der Minister nicht hier ist und beantragt, ihn herbeizurufen. (Sehnter Beifall rechts. Lärm der Kommunisten. — Der Abg. Remmele (Kom.) wird wegen hartnäckiger Ordnungstörung auf 8 Tage ausgewiesen.)

Im Hammersprung wird der Herbeirufungsantrag abgelehnt. Inzwischen ist von der Rednerliste der Name Münzenberg verzeichnet, was die Kommunisten zu erregtem Protest veranlaßt. Abg. Thälmann wird schließlich wegen beleidigender Rede gegen den Präsidenten aus dem Saal gemiesen. Der Präsident teilt, als wieder Ruhe eintritt, mit, daß Münzenberg und Dr. Goebbels nicht auf das Wort, sondern nur auf ihre Plätze auf der Rednerliste versetzt haben.

Abg. Stöhr (Komm.): Nach dieser Aufklärung eines Mißverständnisses dürfen wir wohl die Zurücknahme der Ausweisung Remmeles erwarten. (Heiterkeit.)

Präsident Löbe lehnt das ab.

Inzwischen hat Minister Severing unter lauten Hallo der Rechten seinen Platz wieder eingenommen. Jetzt kann also

Abg. Dr. Coerling (Dnat.) loslegen: Im Schatten der gestrigen Young-Abstimmung will man heute den Rest der inneren Freiheit verstoßen. Die letzte Säule des Rechtsstaates, die Justiz, ist in Gefahr. Das Gesetz ist ein Angriff auf die Opposition. Die oberflächliche Denkschrift des Innenministers ist die Bankrotterklärung des Systems Severing. Das Gesetz ist unklar und vieldeutig, es ist auch verfassungswidrig. (Ruf von den Sozialdemokraten: Lind 1927?) Wir waren damals Koalitionspartei, und Sie wissen selbst aus den letzten Wochen, daß eine Koalitionspartei manchmal unter Druck steht.

Abg. Münzenberg (Komm.): Das Republikanengesetz ist immer nur gegen uns angewendet worden. 7000 Arbeiter sind unter diesem Gesetz in insgesamt 5000 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Nationalsozialisten und Stahlhelmer haben Proletariat massenhaft überfallen und gemordet, aber sie sind nicht verboten, wie der Rotfrontkämpfer-Bund.

Hilfer hat seinen Frieden mit dem Großkapital gemacht und eine Programmänderung veranlaßt, nach der die Hilfer-Partei nur noch das jüdische Großkapital bekämpft.

Zum Schutze des Großkapitals wird dieses Gesetz zur Niederhaltung der Arbeiterklasse gemacht. Wir kämpfen mit allen Mitteln für die Legalität unserer Partei. Verbieten man uns, so wird unsere Partei weiterleben. Unsere Kampfmethoden werden sich, wie Wilhelm Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozeß 1871 gesagt hat, nach den Methoden unserer Gegner und unserer Bekämpfung richten. (Zurufe der Sozialdemokraten: Rostau!) Rostau ist Diktator, aber Deutschland nennt ihr eine Demokratie, in der jeder zur Wonne, was er will. Die einst verlassene bolschewistische Partei beherrscht heute ein Sechstel der Erdoberfläche. (Handklatschen der Kommunisten.) Das Gesetz ist ein Zeichen der Schwäche und wird uns anspornen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln für das Ziel, von dem ihr (zu den Sozialdemokraten) abgerückt seid, zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. (Handklatschen der Kommunisten.)

Reichsjustizminister v. Guérard beantwortet die Frage Coer-

Alexander v. Sacher-Masoch: Peter, der Starke

Ich Kopfte dreimal an die gewohnte Stelle des Jammes in der hinteren Ecke unseres Hofes. Gleichzeitig ließ ich einen schrillen, durchdringenden Pfiff aus. Mit diesem Zeichen verständigte ich meinen Freund Jurgen, daß es Zeit sei, baden zu gehen. Ich hatte meine Schwimmanzüge natürlich schon am Morgen, als ich mich für die Schule fertig machte, unter den Bekleidern angezogen, es waren daher keine weiteren Vorbereitungen nötig. Ich konnte gehen, wie ich war.

Ich sah mich um.
Große Schürigkeit lag über dem vierseitigen Hof. Die paar Hühner und unter zerzauster, stets kampfbereiter Hahn hockten drüben im Schatten auf den Sprossen der Weiser, die über den Misthaufen hinweg an die Mauer gelehnt war. Sie schiefen mit eingezogenen Köpfen. Vom alten Birnbaum flogen von Zeit zu Zeit Käfer und Raupen in das Gras. Und so groß war die Stille des Sommermittags, daß man das dumpfe Aufschlagen ihrer Körperchen im Gras hören konnte. Die große Tanne und die vier kleinen Fichten in den vier Ecken des Hofes standen unbeweglich, nichts regte sich, an den Steinstufen der Küchentreppe lehnte ein Besen. Diesen Besen streifte ich mit einem schuldbehafteten Blick, denn mit der gewohnten Ueberwachungslichter der Jugend hatte ich heute morgen meiner Großmutter versprochen, ich würde am Nachmittag die Wege rein fegen, — so blühblau wie noch nie! Das hatte ich schon zum hundertsten Male versprochen, aber immer verhindert mich unausschießbare Geschäfte an der Ausführung dieses Planes. Und obwohl ich sie jedesmal betrog, schenkte mir Großmutter doch immer wieder Vertrauen.

Viele Jahre meiner Kindheit habe ich in den Ecken und Winkeln jenes Hofes gespielt, aber niemals fegte ich seine Wege rein. Denn ich war immer in Eile. Unausschießbar und dringlich sind die Geschäfte der Jugend.

Aber dieser Hof und das Haus leben noch in meinem Herzen.
— — — Das grüngezeichnete Holztor öffnete sich leise, und Jurgens ungekämmerter, grinsender Schädel erschien in der Spalte. Seine finstern, fugefunden Augen durchsuchten erschauend schnell alle Winkel des Hofes, und erst als er sah, daß die Luft rein, — nur ich allein war da —, atmete er auf. Er hatte einen heillosen Respekt vor meiner Großmutter, die klein und finst war wie ein Wieselchen und immer gerade dann irgendwo auftauchte, wenn sich die Hand meines Freundes nach langem Jögern nach einem Apfel oder einer Haselnuß ausstreckte.

„Ich habe Pech mit der alten Dame, da ist nichts zu machen!“ sagte er wie entschuldigend und fuhr fort, die verschiedenen Türen zu beobachten; immer bereit, die Flucht zu ergreifen.

Wir traten aus dem Tor, Jurgen und ich, auf die Straße hinaus. Unserem Haupte gegenüber leuchtete das Wirtshaus „Zum Adler Redegh“ in der Sonnenhitze gelb, obgleich es braun gefärbt war. Ein Blechschild mit einem wunderbar schönen, farbigen Bild des großen Heerführers (natürlich hoch zu Ross) hing über dem Tor. Dieses Schild hing dort, seit ich mich erinnern konnte, und war schon etwas ausgebleicht. Durch das breite Tor des Wirtshauses trieben die Märkter an den Sonntagen ihre Belterwagen, die von kleinen, struppigen Wallachsen gezogen wurden. Hier war das Hauptlokal der Märkter. Ihr größter Gefang weckte mich in den Nächten oft aus dem Schlafe. Sie sangen wilde Räuberlieder und hatten die Gewohnheit, die gleiche Strapaze unendlich oft zu wiederholen. Aber das war ein Bild, denn dadurch wurde mir die Sache langweilig, und so konnte ich wieder einschlafen.

Wir gingen die Straße entlang, Jurgen und ich. Die Straße lag am westlichen Ende der kleinen Stadt und mündete auf einem großen Platz. Hier endete die Driftstraße. Die eine Seite des Platzes lief der Hochwasserdamm entlang, hinter diesem Damm tauchte die Tanne. Die andere Seite des Platzes umgingen die letzten Häuser des Städtchens. Dieser Ort war auch sonst berühmt. Hier schlugen die Wandergitarren ihre Zelte auf und die fahrenden Rummelplätze. Wir überquerten den Platz. Ein leichter Wind war anwesend, und der Staub flog meterhoch von unseren Trüben. Mitten auf

diesem Plage, auf den die Sonne unerbittlich niederbrannte, blieb Jurgen stehen. Ich sah gleich, daß er etwas Besonders zu sagen hatte, denn er schielte mehr als gewöhnlich. Ich hatte recht.

„Hör mal“, sagte Jurgen, und er hustete leicht vom Staub. „Große Dinge werden geschehen. Diese Woche noch.“

Natürlich brante ich vor Neugierde und hätte gerne gleich alles erfahren, aber ich fragte nicht. Denn obwohl wir Knaben waren, wollten wir es stets den großen Helden der Bücher gleich tun, die wir lasen. Winnetou, Old-Shatterhand und die mutigen, aber schweigsamen Renoldehelden des fernen Westens waren unsere Vorbilder. Keiner von ihnen hätte vorzeitige Neugier verraten. Also schwieg ich. Aber Jurgen lud die Neugierde gewaltig, das wußte ich. Und so war ich voll Erwartung.

Wir kamen verstaubt und erblüht an unserem Badeplatz, der südlich vor dem Städtchen unter den großen Specksteinmauern lag, an. Hier machte die Tanne eine Biegung, das eine Ufer war von dichtem Weidengebüsch bestanden, das andere Ufer war steil und felsig.

Jurgen schwamm in elegantem Bogen um einen gefunkenen Baumstamm und landete auf dem kleinen Sandinseln in der Mitte des Flusses. Ich war dicht hinter ihm. Wir ließen uns von der Sonne braten und pafften aus kleinen Tonpfaffen grob geschneittenen Soldatenkaffee. Meine Neugierde wurde allmählich unerträglich, als Jurgen plötzlich loslegte:

„Peter kommt heute hierher. Herrgott, hat der Kerl Duse! Die ganze Stadt wird starr sein.“

„Wie?“ fragte ich dumme.

„Bernhardis Zirkus kommt wieder zu uns. Ich traf den Zirkusleiter vor etwa drei Stunden. Herr und Frau Direktor sind bereits eingetroffen. Sie wohnen wieder im „Allien Redegh“. Und Ignatz ist auch wieder dabei. Na, Peter wird es ihm schon geben.“

„Aha“, sagte ich, denn jetzt begriff ich den Zusammenhang.

Dieser Wandergitarre war in den vergangenen Jahren bereits zweimal in unserem Städtchen aufgelaugt. Akrobaten, Kunstreiter, dressierte Pferde, die sprechende Puppe, der echte indische Feuerkugler usw. Dann Ignatz Blaschke, der stärkste Mann der Welt, und um diesen drehte sich die Sache, von der Jurgen berichtete. Wir hatten nämlich in unserer Klasse einen Schüler Peter Papp. Es war ein hochaufgeschossener, hübscher Junge, und er zählte schon achtzehn Jahre, während wir anderen erst fünfzehn Lenze erlebt hatten. Genannter Papp war der Sohn eines Fischermeisters und arbeitete neben der Schule noch ausbühnweise in der Werkstatt seines Vaters. Das nur nebenbei. Die Bedeutung unseres Schulfreundes lag auf anderem Gebiete. Er genoss nämlich den Ruf, nicht nur der Stärkste in unserer Klasse zu sein, sondern auch der kräftigste Junge des Gymnasiums. Dieser Ruf, der — ich weiß nicht wie — im Laufe der Zeit entstanden war, umstrahlte seine Person mit der Glorie eines Helden. Nichts gab es — daran glauben wir festhalten —, was Peter nicht vermochte hätte. Niemand von uns wagte es, sich ihm entgegenzustellen. Beweise dieser gigantischen Stärke Peters hatten wir allerdings wenig. Aber unsere Phantasie mochte ihn zum Helden unzähliger gefährlicher Abenteuer, und christlich-nostalgisch lauschten die kleinen Pönnler der unteren Klasse den Erzählungen der älteren Knaben. — Peters habe dies oder jenes vollbracht, er sei in der Dämmerung mit dem Trunkenbold des Ortes, Mirko Baumkötter, zusammengetroffen und habe den Kerl trumm und lahm geschlagen, obwohl Mirko, wie alle wußten, stets ein scharfes Messer im Gürtel unter dem Hemde trug. Zwar hatte dieses Messer noch nie jemand gesehen, aber wir zweifelten nicht an seinem Vorhandensein. Oder es hieß im Kreise der Knaben, wenn einer von unangenehmen Erfahrungen mit älteren Personen erzählte: „Na, nur schade, daß Peter nicht dabei war, dann wäre es freilich anders verlaufen.“ Ehrfurchtsvoll lauschten wir seinen Worten, wenn er uns besondere Kniffe des Ringkampfes oder Jiu-Jitsu auseinandersetzte. Aber nie griff er persönlich in unsere Streitigkeiten ein. Das erwarteten wir auch nicht, weil es keinen Sinn gehabt hätte, Kämpfe zu führen, deren Ausgang (Peters Sieg natürlich) schon vorher bekannt war.

(Schluß folgt.)

junge verhegte Menschen in nachgeahmter militärischer Kleidung und billigen Orben herum, jungen Jagd- und Kriegslieber; junge Mädchen blühen bewundernd auf den kurzen Rock und auf die Abzeichen — und in den Schaufenstern einiger Läden hängen Plakate, schwarz-weißrot umrandet, die einen Vortrag des Generals a. D. Ludendorff und seiner Frau Malilde: „Das Ringen um die deutsche Seele“ ankündigen (Diskussion findet nicht statt) — — — Rein, nein, diese ganze staubeladene Bergangenheit ist nicht tot — das Leben ist grauam in der Wiederholung aller Irrtümer — — —

Das ist die tiefste Tragik jener Gräber in der Heide — aller Kriegergräber: in der Welt —, daß ihre Anklage von diesen Menschen nicht verstanden wird und daß die Spätergeborenen achlos an ihnen vorübergehen.

Erna Büsing: Löwenpferde

„Der Mensch ist ein Gewohnheitstier“, wie oft tut man diesen Ausspruch, ohne im entferntesten daran zu denken, daß tatsächlich viele Tiere ein fast ungläubliches Anpassungsvermögen haben. Wilhelm Hagenbeck, der große Tierkenner, war der erste, der diesen Ausspruch einmal ernstlich nachprüfte. Ihm gelang es, auf Grund des Gewohnheitsprinzips, fast unmöglich erscheinende Tierverhältnisse zu fördern. Es kam so weit, daß natürliche Feindschaften zu Gelegenheitsfreundschaften wurden. Zu ihnen gehören die reitenden Löwen zu Pferde. Der erste reitende Löwe war selbstredend die denkbar größte Sensation und Prof. Heck vom Berliner Zoologischen Garten, damals noch ein junger Mann, wollte durchaus diesen Löwen für die Berliner Zoo-Schau engagieren. Aber der jugendliche Draufgänger wurde herztlich ausgehakt. Wie konnte man sich überhaupt nur für solchen hoffnungslosen Fall interessieren! Während man hier in Berlin in Engagementsverhandlungen stand, war das Pferd in Hamburg ja schon lange aufgefressen! So oder ähnlich sprachen alle Tierkenner. Dennoch wurde das Pferd nicht aufgefressen und der Löwe zog von Stadt zu Stadt und von Land zu Land. Schnell hatte man sich an ihn gewöhnt und dem einen reitenden Löwen folgten mehrere.

Selbst reiste auch der bekannte Raubtierdompteur Willi Peters mit reitenden Löwen und in dieser Angelegenheit erlebte er in Schweden ein eigenartiges Vorkommnis. Er hatte einen Löwen, der, gleich einer Stehendreitlerin, durch einen Reiten aufs galoppierende Pferd sprang. Bewußter Löwe wuchs und wuchs, das Pferd aber war bereits lange ausgewachsen. Darum mußte es eines Tages in die Knie, als der Löwe aufsprang. Der König der Tiere war ihm also zu schwer geworden.

Nun, Peters erkundigte sich, wo der nächste Pferdemarkt war, um sofort dorthin zu fahren. Die Reise war weit und die Enttäuschung groß. Standen doch auf diesem Pferdemarkt, sage und schreibe acht wenig vertrauenerweckende Tiere. Auf den eintreffenden Ausrufer: „Aber hier soll doch ein Pferdemarkt sein“, wurde ihm mitgeteilt: „Ja, das stimmt, Pferdemarkt ist, aber die Geschäfte spielen sich hier immer an den Tagen vorher in den Wirtshäusern ab“. 300 Pferde hätte nach eigener Ansicht Peters mindestens mustern müssen, damit er ein passendes Löwenpferd fände; nun aber blieb ihm nichts anderes übrig, als sich acht stehengebliebenen Klepper anzusehen. Unter denen war ein Hengst, der den Teufel im Leibe hatte. Der Gaul schnappte, sobald nur ein Mensch in seine Nähe kam. Und neben diesem Verbrecher stand ein alter Mann, der ihn wehmütig zum Kauf anpries. Na, der Hengst wurde mitgenommen. Falls er sich durchaus nicht zum Löwenpferd eignen sollte, konnte er immerhin für die Löwen geschlachtet werden. Der alte Mann weinte herzzerberührend, als er von dem bittersten Pferde Abschied nehmen mußte. Er versicherte: „Zu mir war er gut, zu mir war er gut und wenn Sie Raubtierdompteur sind, werden Sie auch wohl mit ihm fertig“. Zwei Stunden dauerte die Fahrt und die war qualvoll, denn der Hengst konnte nur das eine Bestreben, seinen neuen Herrn zu beißen. Der alte Mann hatte Wehrübungen gekauft, steckte sie auf die Spitze seines Spazierstocks und reichte sie dem Lebenden. Erst dachte der Hengst, er solle mit dem Stock Brügel kriegen; doch als er schließlich einfiel, daß der vorgehaltene Stock nur eine neue, vorsichtige Art der Fütterung sei, willigte er endlich ein. Nachdem er die Wehrübungen gnädigst angenommen hatte, war er freilich durchaus nicht besserer Laune. Doch wurde er auf diese Weise, ohne gegenfällige Beschädigungen, unter Dach und Fach gebracht. Peters nahm ihn dann in Dressur und tat das in diesem Fall einzig Richtige, er beachtete sein Willen nicht. Er hielt sich weit genug entfernt, um nicht gebissen zu werden, und der Hengst begann mit der Arbeit. Angst konnte er überhaupt nicht und schon nach drei Wochen ging dieses mutige Tier als Löwenpferd in die Manege. Das ist der Hengst Jahre hindurch, ohne jeden Unfall, bis an sein natürliches Ende geblieben, doch hat er sich mit niemandem außer Peters angefreundet. Dieses Löwenpferd nahm das Recht für sich in Anspruch, nur vom Raubtierdompteur gepugt und gefaltet zu werden. Kein anderer durfte es anfassen. Wenn aber trotz des Verbotes der eine oder der andere Reiter an das Pferd ging, bekam er einen empfindlichen Dentschlag.

Ein anderes berühmtes, jetzt noch lebendes Löwenpferd ist der Schimmel Negro. Er hat schon den vierten Löwen auf sich. Negro beherrscht jede Situation und namentlich mit Löwen wird er vorzüglich fertig. Als er mit seinem letzten Reiter bekannt gemacht werden sollte und Peters, nach dem Gewöhnungsprinzip, Löwe und Pferd gemeinsam im Rundläufig spazieren führte, schnappte auf einmal der sonst lammtronne Negro nach dem Löwen und biss ihn ganz gehörig. Und der Löwe duckte sich und war baher erstaunt über den kräftigen Pferdebiß, der ihm auf einmal plötzlich und unerwartet im Nacken sah. Der Dompteur aber klopfte Negro auf den Hals und sagte: „Alter Zirkusgenosse, du bist doch klüger als wir, also auf diese Art und Weise verschaffst du dir Respekt.“

Nachgerade weiß man, daß man bei richtiger Behandlung fast alle Tiere an den Menschen gewöhnen kann. Dieses Wissen ist aber noch gar nicht so lange Allgemeingut. Schrieb doch noch 1899 ein schwedischer Redakteur, als er den Löwen zu Pferde und her nach ein dressiertes Zebra sah, das Pferd sei echt und der Löwe sei auch echt, darum wäre es ein großer Unfug, der nur die eigenen Leistungen herabwürdigte wenn nach dieser großen Nummer ein angeführter Esel, und noch dazu einer in den preussischen Farben, in die Manege geschickt würde.

Die deutsche Jüdelindustrie stellt jährlich rund 300 Millionen Strohhalber her. Bei einer Strohhalberlänge von 3 Zentimeter ergaben diese Strohhalber neuneinundzwanzig eine Länge von 15 Millionen Kilometer.

Jedes fünfte Auto in Deutschland ist ein ausländisches. In Berlin ist sogar jeder dritte Personentraktor ein ausländisches Marke.

Walter Dehmel: Ruffenfriedhof

Eine Wegstunde entfernt von der Stadt Celle, in der Nähe des Landerschulungsheimes Scheuen, gleich hinter der Bahnlinie, liegt ein dürftiges Kieserwaldchen — nicht groß — etwa 300 bis 400 Meter im Quadrat. In der Mitte dieses kleinen Wäldchens, von einem einzigen Drahtzaun eingefacht, ragen einige hundert schmucklose Holzkreuze über geröllenen Erdbügeln auf, mit verblasenen, unbeholfenen Aufschriften zur Hälfte in deutscher, zur anderen in russischer Sprache; — ein vergessener Friedhof des Krieges liegt hier — ein Ruffenfriedhof.

So fern sind uns durch anderthalb Jahrzehnte unruhigen Lebens die Zusammenhänge jener Zeit des vierjährigen Nordens schon entrückt, daß wir beim Anblick dieser mahnenden Holzkreuze, dieser summen zerfallenen Gräber in der stillen Büneburger Heide erstaunt auffahren — uns erst bestimmen müssen . . .

Hier in der Nähe Celles befand sich während des Krieges ein großes Interniertenlager, mehrere Tausend internierter und später auch kriegsgefangene Russen beherbergend. Ein riesiges Barackenmeer zog sich über die Heide hin, eine kleine Stadt für sich, mit niedrigen Behausungen und viel, viel Stacheldraht. Noch heute trifft man Ueberreste dieses Lagers, zerfallene Müllkästen, Ueberbleibsel von Entwässerungsanlagen und ähnliche Dinge an.

Tausende waren hier vom rauhen Beizen des Krieges zusammengeführt, Männer und Frauen, die in Deutschland Brot und Wohnung gefunden, Landarbeiter und Bessergestellte, Junge und Alte, Verheiratete und Unverheiratete, wie's gerade traf —, die Tüchtig vor Spionage sündete sie in ihren Berufen, in ihren Wohnungen auf und trieb sie hier zusammen in eine große Barackenstadt, um die sich ein Stacheldrahtgürtel zog. Monatelang, jahrelang kampierten diese Tausende hier, Sommer und Winter lösten sich ab, — sie blühten hier in entgegengesetztem Maß und in qualvoller Ungewissheit über ihr eigenes Schicksal und das ihrer Angehörigen.

Da war es kein Wunder, wenn hier und da einer, ermüdet und einmütig, nicht mehr Widerstand genug aufbrachte gegen Krankheit und Tod. Song- und Klänge wurden die Toten unter den Rasen gebracht. — ein schüchternes Holzkreuz mit Namen, Geburts- und Todestag ist alles, was als Erinnerung an sie blieb. Etwas über

hundert sind auf diese Weise umgekommen, ihre Gräber liegen still und verstaubt im Wald. — Gewiß, es ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der vielen, vielen Opfer des Krieges, es gibt gewiß draußen auf den Schlachtfeldern viele, viele Massengräber, auf denen die Zahl der Holzkreuze größer ist, die in ihrer endlosen monotonen Reihenfolge gewaltiger wirken —

Und dennoch, es packt dich etwas ans Herz. — Hier, inmitten der weiten, stillen Heide im Herzen Deutschlands, hundert Meter vom Wege ab, steht da vor diesem kleinen vergessenen Friedhof und lieft fremde Namen, fremde Erinnerungszahlen und denkt darüber nach, was an vernichteten Glückhoffnungen, an Leid und Schmerz sich hinter diesen vierhundert Gräbern, Kreuzen und Namen verbirgt. Beinahe laßt dich — — sind es auch fremde Namen, fremde Zeichen, — es waren arme geplagte Menschen wie du, Menschenbrüder, die der Jersian des großen Krieges hier zermalmt, — nicht im Getöse der Schlacht, — nein mit der naghenden Waffe der Ungewissheit, der Enge quälender Besorgnis.

Irgendwo in der unermesslichen Weite Rußlands leben vielleicht noch Angehörige dieser Toten, hofft vielleicht noch manche Mutter, manche Frau — ah, das Menschenherz kammert sich ja an die letzte unwahrscheinlichste Hoffnung — immer noch im stillen auf die Wiederkehr des verschollenen Sohnes oder Mannes, — der Wind trägt schwermütige Trauerlieder über die Felder — —

Vielleicht aber sind sie auch schon alle vergessen, deren Ueberreste hier modern, — das Leben ist grauam und hält sich nicht lange mit Erinnerungen auf.

Fröhlich singend kommen die Kinder vom Erholungsheim, das drüben von einem Hügel mit neuerrichteten Häusern auf die übriggebliebenen grauen Baracken herabsieht, — fröhlich marschieren sie täglich an diesem Wäldchen vorbei, sie wissen wenig mehr von den Schrecknissen des Krieges — Gräber sind Vergangenheit und Abschlus. Kinder sind neuer Anfang und neue Zukunft.

Und wie dennoch alles Leben in Spiralen verläuft und sich immer wieder mit der Vergangenheit berührt, so auch hier. Hinten am Horizont liegt ein großer Truppenübungsplatz; viel zu oft enden hier die Spaziergänge der Kinder und mit sonderbar nervöser Ausdauer suchen sie dann in den ausgewachsenen Schützengraben nach vergessenen militärischen Utensilien, nach weggeronnenen Patronenhülsen, verrosteten Plogpatronen. — Und dein in der Stadt laufen

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 14. & Staats-Oper
Unter d. Linden
Tel.-Ab. B. Fr. No. 7
Jahres-Ab.-F. No. 71
19 1/2 Uhr
Madame Butterfly
Ende n. 22 Uhr

Freitag, 14. & Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus I
19 1/2 Uhr
lustigen Weiber von Windsor
Enden. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
Vorst. 44
20 Uhr

Salome
Ende n. 21 1/2 Uhr

Staats-Schausph.
an Geslermarkt
St. R. 2. Fr. No. 6
Jahres-Ab.-F. No. 63
20 Uhr

Sadopol-Expedition des Kapitäns Scott
Ende n. 21 1/2 Uhr

Staats-Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
Boulevard - George Dandin
Ende 22 1/2 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Amnestie
Schauspiel v. Carl Mar. Finkelnburg
Regie: Günth. Star

Staatl. Schiller-Th.
4 Uhr
Boulevard George Dandin

Staatsoper
Am Platz der Republik
8 Uhr
Salome

Deutsches Theater
B 2. Weidendamm 5201
Tägl. 8 1/2 Uhr
Heute zum 150. Mal
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele
B 2. Weidendamm 5201
8 1/2 Uhr
Die liebe Feindin
Komödie von A. P. Achard
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
J 1 Bismck. 2414/7514
8 1/2 Uhr
Die Kreaur
Schauspiel von Ferd. Bruckner
Regie: Max Reinhardt

Direktion Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
8 1/2 Uhr
Sex Appeal
Lusth. v. Frederik Loosdala
Regie: Foster Larrabee
Albert Rossmann, Moby Christians

Berliner Theater
Dönhoff 170
8 Uhr
Ende 10 1/2 Uhr
„Eins, zwei, drei“
von Franz Molnar
mit Max Pallenberg
Regie: Gust. Hartung
Vorher: **sooper**
Regie Heinz Hilpert

Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Allabendlich 8 1/2 U.
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Lad
Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8 1/2 Uhr
Liebe auf den zweiten Blick

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. B 3 Barb. 0250
Pr. 1-3 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf. - 3 M.
Gastspiel Erich Carow
und weitere 8 international. Attrakt. ausen

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2. & 8 1/2
A ex. E. 4, 8066
INTERNAT. VARIETE

LICHTBURG
GESUNDSTUNNEN
14. - 20. MÄRZ
Das grand e Tonfilmwerk
DER WEISSE TEUFEL
mit IWA HOSI, WILHELM UL, DAVIDE, BETTY ANANI, DON-ALDRIAN-CHOR
Außerdem
DAS GROSSE VARIETE-PROGRAMM
Jugendliche haben Zutritt
Tägl. 3 30 6 00 8 30 Uhr

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Johringstr. 57

Wieder ein neuer Schlager
Der wahre Jakob
Stürmischer Heiterkeits-Erfolg
Dazu ein erkl. buntes Programm
Gutschein für 1-4 Personen
Fahrtzeit nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,
Sondpreis: Parkett u. Rang 0,50 M.

Reichshallen-Theater
Abends (2) Sonntag nachm. (2)
Siciliner-Sänger
Zum Sanatorium
Schloß Sonnensich
Kadettens halbe Preise!
Zentrum 112 68
Dönhoff-Brettli:
Variet. Tanz, Konzert. Inf. 8, Sonnt. 5 1/2

GERMANIA PALAST
Frankfurter Allee 313-314
Von Freitag, 14., bis Montag, 17. März
Nur 4 Tage!
Richard Tauber
in seinem ersten Tonfilm
Ich glaub' nie mehr an eine Frau!
(Das Dirnenlied)
und das gute Beiprogramm
Beginn der Vorstellungen: Wochentags 5, 7, 9 Uhr. - Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr, keine erhöhten Preise.

Sommer-Sprossen
auch in den 20 nächsten Tagen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das edle und schmackhafte Zellulose-Nahrungsmittel „Sommer-Sprossen“ ersetzt.
Reine Schälfrucht. Preis 1/2 Ltr. 1,75 M.
Gegen **Pickel, Akne** etc. etc.
Dr. Schaller, Krummstr. 5, Oranienstr. 41 -
Dr. Schaller, E. Bern. N. St. Nikolaus-Str. 129 -
Dr. Schaller, Otto Schilling, N. Oranienstr. 67 -
Dr. Schaller, C. B. Bern. SW. Büchelerstr. 1 -
Dr. Schaller, Georg Runge, NW. Bodumer Str. 26.

Winter Garten
8 1/2 Uhr - Ztr. 2010 - Rauchen erlaubt
„ROBOT“
Kapit. W. H. Richards Original-Maschinenmensch
ist anderer Verpflichtungen wegen
nur noch heute und morgen
zu sehen.
Goldin mit neuen Musiken - „Togo“, das wahre Tierwunder - Mary & Erik, Sport und Grazie auf geräuschlosen Rollschuhen - Paul Nikolaus mit neuem Repertoire - Fransky, die grotesk-Type & Geitners in Wintersportspielen u. weit. Neuheit.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
4 Uhr und 8 1/2. - 4 Uhr keine Preise

SARRASANI
Tel. Baerwald 4335-36, 0900, 0950
Nur noch **10** Tage!
Freitag:
7 1/2 Uhr Vorstellung
Sonnabend:
3 Uhr Familien-Vorstellung
Kinder v. 2 20 Mk. aufw. halbe Preise
7 1/2 Uhr Vorstellung

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8 1/2 Uhr
„Vater sein, dagegen sehr“
Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

GROSSES SCHAUPIELHAUS
8 Uhr
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Direktion: Dr. Marba Zieker
Komische Oper
Friedrichstr. 104. Merkur 1401/4330.
Nach vollständigerem Umbau
Täglich 8 1/2 Uhr
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach
mit **Guido Thielscher**,
Schutz, Schreiß, Iurg, Hildebrand, Walter
Rosa, Fink, Bohmer, Wenck
Lustspielhaus 8 1/2 U.
Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23.
Liebe auf den zweiten Blick.
Riemann - Heack.
Vorverkauf in beiden Häusern ab
10 Uhr ununterbrochen.

Cranie Rose
täglich 8 1/2 (Sonntag 5 1/2 und
abends 9 Uhr, als
Die goldne Meisterin
Große Ausstattungs-Operette
mit der Musik von Edmund
Eyster im
Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 114.
Billettkasse: Alex. 3422 und 3494
Jeden Sonnabend 11 30 Nach-
vorstellung: **Der lustige alte**.
Nächsten Sonnabend 5 Uhr u.
Sonntag 2 30 Uhr
Schneewittche- und Rosenrot
Vorverkauf ab Montag täglich von 11-1 Uhr
und von 4-8 Uhr abends.

Die letzten 5 Tage
Circus Carl
HAGENBECK
Busch-
Gebäude
Täglich 8 Uhr
Sonnabend und Sonntag
auch nachmittags 3 Uhr, mit be-
sonder. Ermäßigungen.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr
Freies Ponyreiten für Kinder
Möbel-Ausverkauf
wegen Lageraufgabe.
Neuzeitliche Spieles-, Heren-, Schlaf-
zimmer, Einzelmöbel in Qualitäts-
arbeit zu herabgesetzten Preisen.
Nur noch bis 31. März!
Hake, Oranienstraße 127.

KONSUM
GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Konsum-Brot
Ist
reines Roggenbrot
Preis 37 Pf. je kg

Spezial-Brote:

Bauernbrot	Stück 65 Pf.	Rosinenbrote	Stück 30 Pf.
Bio-Brot	Stück 60 Pf.	Grahambrot	Stück 30 Pf.
Schrot-Brot	Stück 60 Pf.	Schwarzbrot	Stück 45 Pf.
Angeschobenes Brot	Stück 60 Pf.	Vollkornbrot	Stück 45 Pf.
Weizenbrote	Stück 40 Pf.	Genovita-Brot	Stück 50 Pf.
Kuchenbrote	Stück 22 Pf.		

Schrippen 5 Stück 10 Pf.
Knüppel 4 Stück 10 Pf.
Hörnchen 4 Stück 10 Pf.

Zwieback Friedrichsdorfer Art Pfund 100 Pf. | **Delikatetzwieback** Paket 45 Pf.
Zwieback Pfund 88 Pf. | **Makronenzwieback** Stück 5 Pf.

Pfannkuchen Dutzend 90 Pf.

Wickel Stück 5 Pf. | **Rosinenblätze** Stück 50 Pf.

Qualitätskuchen
aller Sorten und Preislagen

Bestellungen nehmen alle Abgabestellen entgegen

Die Abgabe der Waren erfolgt in der
Konsum-Genossenschaft Berlin
nur an Mitglieder
Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden

Aufnahmegebühr 50 Pfennig
Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen

Bilanz zum 31. Dezember 1929

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kasse, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	200 766,79	Aktienkapital	24 300 000,—
Wechsel und unverzinsliche Schuttscheinweisungen	33 501 375,10	Reservefonds	1 300 000,—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	15 531 176,40	Pensionsreservefonds	150 000,—
Effekten einschließlich eigener Rentenbriefe	6 065 712,53	Rückstellung f. schwebende Geschäfte	300 000,—
Pfandbriefe aus Auslandsanleihe	21 597 044,40	Emission 6%iger Feingoldrentenbriefe g 300 000,—	535 000,—
Kurzfristige Zwischenkredite und Schuldner in laufender Rechnung	85 121 351,70	Auslandsanleihe	21 594 807,42
Schuldner aus Reichsfonds	22 457 455,89	Gläubiger	115 876 304,—
Realitäten auf Feingoldbasis g 48 498,10	185 300,70	Reichsfonds	25 509 937,85
Nicht im Umlauf befindliche Rentenbriefe g 151 501,90	422 691,20	Transitorische Posten	1 669 530,39
Beteiligungen	7 171 461,65	Reingewinn	3 203 437,69
Ge-ohäftshäuser	2 145 000,—	Aval- und Bürgschaftsverpflichtung. RM 1 918 485,—	
Mobilien	1,—	Indossamentverbindlichkeiten a weitergegebenen Wechseln RM 23 846 671,62	
Transitorische Posten	612 179,35		
Aval- und Bürgschaftschuldner RM 1 918 485,—			
	RM 193 962 027,35		RM 193 962 027,35

Gewinn- u. Verlu-rechnung zum 31. Dezember 1929

Aufwand	RM	Ertrag	RM
Abschreibungen	342 278,47	Vortrag aus 1929	11 870,67
Unkosten	1 628 269,27	Zinsen	4 299 702,71
Reingewinn	8 908 457,69	Provisionen	928 877,03
	RM 5 174 100,43		RM 5 174 100,43

Berlin, den 31. Dezember 1929.

Deutsche Bau- und Bodenbank
Aktiengesellschaft
Dr. Kämpfer Dr. Friedrichs Wildermuth Zehl Dr. Ohlmer
Die vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung haben wir nachgeprüft und mit den Ausweisen der von uns gleichfalls geprüften Bücher in Übereinstimmung gefunden.
Berlin, den 4. März 1930
Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft
gez. Susat gez. Böhm

Badezimmer
auch bis
18 MONATS-RATEN
Raddatz
Berlin, Leipzigerstr. 122-123